

## DRAUSSEN IM LANDE

—  
Neue Gegensätze  
zwischen Land und Stadt?

**ZUM SCHWERPUNKT** Ansgar Graw, Sieg des ländlichen Amerika. Über die Spaltung der US-Gesellschaft; Barbara Bißbort, Von wegen Landei; Reinhard Mohr, Provinz in der Metropole; Philipp zu Guttenberg, Heimat ist wie der Wald

**INTERVIEW** Jürgen Wiebicke, Die Provinz schläft nicht

**WAHLANALYSE** Viola Neu, Zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und NRW

# LUDWIG ERHARD – DEUTSCHLANDS GRÖSSTER MUTMACHER

## SONDERAUSGABE DER POLITISCHEN MEINUNG

NEUES ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

MIT BEITRÄGEN U. A. VON VALDIS DOMBROVSKIS, LARS P. FELD,  
REGINA GÖRNER, CARSTEN LINNEMANN,  
ALFRED C. MIERZEJEWSKI, ANDREAS MUNDT, FRIEDRUN QUAAS,  
WOLFGANG SCHÄUBLE, ASHOK SRIDHARAN



ERHÄLTlich  
IM ZEITSCHRIFTEN-  
HANDEL, PER E-MAIL  
ODER PER POST \*

Den Deutschen geht es insgesamt so gut wie nie zuvor. Dennoch sind viele tief verunsichert. Globalisierung und Digitalisierung wecken Skepsis und Zweifel. Was würde Ludwig Erhard heute raten? Er ist Deutschlands größter Mutmacher.

Mai 2017  
5 Euro

### \* Bestellen Sie hier

per Mail: [politische-meinung@kas.de](mailto:politische-meinung@kas.de)

per Post: Redaktion Politische Meinung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

## Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

In den Kleinstädten und ländlichen Gebieten der USA siegte Donald Trump über Hillary Clinton. Erst ganz am Ende der Wahlkampfzeit nahm die liberale Öffentlichkeit zur Kenntnis, dass es dort den „wütenden weißen Wechselwähler“ gab. Unbemerkt hat sich ein weltverändernder Umschwung angebahnt – weit weg von den Zentren, draußen im Lande.

Mit den „Leuten draußen“ hatte niemand gerechnet: Medien, Demoskopien, Analysten und Politiker fingen ihre Stimmung nicht oder unzureichend ein. Wieviel Verachtung des Kleinbürgerlichen und Provinziellen dem zugrunde lag, lässt sich nicht sagen. Jedenfalls waren zwei getrennte Öffentlichkeiten entstanden – wobei die vergessene, dezentrale Öffentlichkeit der „Leute draußen“ sich ihrerseits längst von den *opinion leaders* in den großen Medien, der Wissenschaft oder der Politik abgewandt hatte. Stanford, Harvard, Washington blieben und erschienen unendlich fern.

Helmut Kohl trieb zu Zeiten der Bonner Republik ständig die Frage um, was die „Menschen draußen im Lande“ denken, fühlen und täglich erleben – und ist als „provinziell“ belächelt worden. Sein sich weltmännisch gebender Amtsnachfolger meinte zum Regieren nur noch *Bild*, *BamS* und *Glotze* zu brauchen. Vielleicht erreicht man so die Massen, aber was spiegelt sich noch zurück?

Wenn heute eine entzauberte Medienkommunikation mitten in der Kritik steht und sich Demoskopien mit einem „unberechenbar“ gewordenen Wähler rechtfertigen, dann sollte das ein Impuls sein, wieder verstärkt den direkten Kontakt zum Bürger zu suchen. Aber wo droht interne Entfremdung und Abkopplung?

Es beeindruckt zwar zutiefst, wie in trendigen *open spaces* und *design thinking labs* die erstaunlichsten Innovationen entwickelt werden. Nur darf das nicht die Überzeugung schmälern, dass auch an den Stammtischen dieser Republik gute Ideen entstehen können. Jedenfalls muss gehört werden, was dort und an anderen Orten „in der Fläche“ gesagt und gedacht wird. Sonst stehen die Silicon Valleys dieser Welt bald nicht nur in den USA plötzlich als Außenseiter da.

Seit Ludwig Erhard ist die christlich demokratische Bewegung Garant dafür, jeden Bürger, unabhängig von Stadt und Land, mit in die Zukunft zu nehmen – Wohlstand für alle! Dies bleibt ihre „Mission“ in der digitalen und globalen Welt. Sie spricht auch die Teile der Gesellschaft an, die beispielsweise Kreuzberger Grüne nie und nimmer erreichen würden.

## INHALT

### 1 EDITORIAL

#### SCHWERPUNKT

## Draußen im Lande – neue Gegensätze zwischen Land und Stadt?

### 14 SIEG DES LÄNDLICHEN AMERIKA

Ansgar Graw

Die Wahl Trumps spaltete die US-Gesellschaft

### 19 SPOTLIGHTS URBANE UND LÄNDLICHE REGIONEN INTERNATIONAL

Einschätzungen aus vier Ländern

### 26 HEIMAT IST WIE DER WALD

Philipp zu Guttenberg

Über Bodenständigkeit und Entwurzelung

### 32 LAND IST NICHT GLEICH LAND

Klaus-Heiner Röhl

Über die wirtschaftliche Lage und Perspektive ländlicher Räume

### 37 PROVINZ IN DER METROPOLE

Reinhard Mohr

Anmerkungen zur politischen Kultur in der deutschen Hauptstadt

### 41 ÜBERFLUGGEBIET BRANDENBURG?

Stephan Raabe

Wie sich die Lebensverhältnisse auf die Politik auswirken

### 46 TICKEN DIE SACHSEN ANDERS?

Michael Mertes

Anmerkungen zum „Sachsen-Monitor 2016“

### 51 ANTWORTEN AUF DEN UNMUT

Vincent Kokert

Über den Wert kleiner Einheiten

### 55 VON WEGEN LANDEI

Barbara Bißbort

Heimat und Internationalität

### 59 OB STADT, OB LAND ... AUF DIE MENSCHEN KOMMT ES AN!

Brigitte Scherb

Für eine differenzierte Meinungsbildung

### 62 INTERVIEW: DIE PROVINZ SCHLÄFT NICHT

Schriftsteller und Radiomoderator Jürgen Wiebicke: Warum wir neu über unseren Zusammenhalt nachdenken müssen

### 67 DIE ZUKUNFT DES DORFES

Jochen Rack

Wie das Land attraktiver werden kann

### 71 „WANDERN MACHT GLÜCKLICH“

Wolf-Rüdiger Pürschel

Erkenntnisse über geografische Mobilität aus der Statistik

### 80 LEBENSWERT UND ZUKUNFTSFEST

Christian Schmidt

Eine neue Politik für ländliche Regionen

### 86 LÄNDLICHE RÄUME UNTER DRUCK

Roland Löffler

Veränderungen durch demografischen Wandel und Urbanisierungstendenzen

### 91 INTERVIEW: IM AGRARLAND NUMMER 1

Bernd Althusmann über VW und die Landwirtschaft in Niedersachsen

## Wahlanalyse

### 96 AUS DER OPPOSITION IN DIE REGIERUNG

Viola Neu

Die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen

### 101 RÉVOLUTION?

Nino Galetti

Nachlese zur französischen Präsidentschaftswahl

## 25 Jahre Aufarbeitung

### 104 WAS SIE WOLLTEN, WAS SIE WAREN, WAS SIE BEWIRKTEN

Peter Maser

Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

### 109 DER AUFARBEITUNG EINE ZUKUNFT!

Stefan Donth

Plädoyer für eine Stärkung der Gedenkstätten im Forschungsverbund „SED-Unrecht“

## Würdigung

### 113 GESCHICHTEN-NETZWERKE UND DAS POSTMODERNE WISSEN

Michael Braun

Die Kunst des Erzählers  
Michael Köhlmeier

## Gelesen

### 119 DER VATER, DIE MACHT UND DAS ERBE

Peter Molt

Anmerkungen eines Zeitzeugen zum Tagebuch des Monsignore Paul Adenauer

## Erinnert

### 124 „AFRIKANISCHE FREUNDE“

Carl Otto und Marlene Lenz

In memoriam Otto Lenz

### 126 FUNDSTÜCK



## Ressource Heimat

Der Fotograf Oliver Helbig ist viel unterwegs. Seine Reisen führen ihn bis an die fernsten und ungewöhnlichsten Orte weltweit. Reisen verbindet sich für ihn wohl weiterhin mit Freiheit.

Wenn Oliver Helbig in unserer Bildstrecke seine ländliche Heimat im Norden Deutschlands nicht frei von Sentimentalität porträtiert, dann liegt darin nicht unbedingt ein Widerspruch.

Das Ländliche, das Ruhige, das Familiäre, die Natur sind vielleicht ein notwendiger Gegenpol zur Weite und Unstetigkeit eines zeitgenössischen Lebens in der globalen Welt – Heimat in Freiheit.

© Oliver Helbig

# Draußen im Lande

—  
Neue Gegensätze  
zwischen  
Land und Stadt?









# Sieg des ländlichen Amerika

Die Wahl Trumps spaltete die US-Gesellschaft

## ANSGAR GRAW

Geboren 1961 in Essen,  
seit 2009 Auslandskorrespondent  
in Washington, D. C. (USA),  
„Die Welt“/„Welt am Sonntag“.

Wer nicht ständig auf die Geschwindigkeitsbeschränkungen achtet, der schafft die 640 Kilometer von Grundy im Buchanan County im westlichen Virginia bis nach Washington, D. C. in weniger als sechs Stunden. In den USA mit

ihren imposanten Dimensionen gilt das als eher kurze Distanz. Grundy und Washington sind demnach fast benachbart. Und doch gibt es wenige Kommunen, die weiter auseinanderliegen könnten.

Washington? Diese Stadt mit den Studierten, die sich alle so wichtig nehmen, die für irgendeine Regierungsbehörde arbeiten oder als Lobbyisten für die Industrie und doch nichts wissen vom wahren Leben? Wo man stets das Hohelied auf alternative Energien singt und am Wochenende mit dem

schweren SUV oder dem Flugzeug verweist und dabei ganz konventionelle Brennstoffe verbraucht? Hillary Clinton, die Demokratin, erzielte in Washington, D. C. im November knapp 91 Prozent der Stimmen, für Donald Trump fielen ganze vier Prozent ab.

Und dann Grundy, etwas über 1.000 Einwohner, ein Städtchen inmitten von Dörfern in den Kohlerevieren der Appalachen. Die Schornsteine der Förderanlagen entlang des Levisa Fork River zischen nachts mit langen gelben Feuerzungen den Himmel an. Die Menschen hier sind Bergarbeiter, oder sie haben Kumpel in der Familie. Manche leiden unter Staublunge, andere haben Angehörige viel zu früh verloren. Einige offenbaren beim Lachen Zahnstümpfe im Mund. Der Zahnarzt ist zu teuer. Aber alle in Grundy und die gut 20.000 Menschen im gesamten Buchanan County schwören auf die Kohle, die ihre Region seit der Mitte des 19. Jahrhunderts groß gemacht hat. Bis vor einigen Jahren eine geringere Nachfrage und schärfere Umweltauflagen Zechen sterben ließen und viele arbeitslos machten.

## FRÜHER GEWANNEN STETS DIE DEMOKRATEN

Früher gewannen in den kleinen Nestern des County stets die Demokraten. Zuletzt war es John Kerry, der in den Präsidentschaftswahlen 2004 US-weit allerdings gegen George W. Bush verlor. Vier Jahre später wollten sie in Grundy von den Demokraten nichts mehr wissen, weil Barack Obama, dieser „Neue“, „dummes Zeug“ erzählte von „erneuerbaren Energien“ und dass „Kohle keine Zukunft“ habe. Heute setzt der County nahezu geschlossen auf Donald Trump. Bei den *Primaries* im Frühling 2016 erhielt der Milliardär über siebenzig Prozent der Stimmen; in kaum einer Kommune in den gesamten USA bekam er mehr. Bei der Generalwahl im November siegte Trump gegen Hillary Clinton mit achtzig zu achtzehn Prozent.

Wer verstehen will, wie Trump die Wahlen gewinnen konnte, muss Amerikas ländliche Regionen besuchen. Hier hat das Leben wenig gemein mit dem schnellen Takt, dem multikulturellen Antlitz und der kosmopolitischen Ausrichtung in küstennahen Städten wie New York oder Los Angeles oder in Metropolen wie Houston oder Chicago. Hier zählen die sehr ursprünglichen amerikanischen Werte, wie sie Trump als Wahlkämpfer ansprach: das Vertrauen in die eigene Kraft, der eigenen Hände Arbeit, der Glaube und viel Gottergebenheit. Dazu das Misstrauen gegen „big government“ und die Ablehnung einer fernen Elite vor allem in Washington, die man für die wirtschaftlichen Probleme verantwortlich macht.

Stadt und Land in den gesamten USA votierten bei den Präsidentschaftswahlen 2016 sehr unterschiedlich. Trump räumte in den ländlichen Gebieten ab. Er holte rund fünfmal so viele Countys wie Clinton, nämlich 2.584 gegenüber 472. Aber in den urbanen Wahlbezirken der Demokratin

leben deutlich mehr Menschen, und sie erwirtschaften fast zwei Drittel (64 Prozent) des Bruttoinlandsproduktes. Darum hatte Clinton am Ende fast drei Millionen Direktstimmen (*popular vote*) Vorsprung. Präsident wurde dennoch Trump, weil er das *electoral vote* der Wähler in den einzelnen Bundesstaaten mit 304 zu 227 klar für sich entschied.

Die Republikaner schneiden auf dem Land und in Vorstädten traditionell besser ab, während die Demokraten in den großen Metropolen dominieren. Trump gelang es aber zusätzlich, jene frustrierten „Reagan-Democrats“ zurück in die Wahllokale zu holen, die nach Ronald Reagan nicht mehr gewählt hatten: Die Demokraten sind ihnen zu links, die Republikaner zu wenig den Interessen der *Blue-Collar*-Arbeiter verpflichtet. Und dann kam ausgerechnet der New Yorker Milliardär und sprach ihre Sprache. Für Law and Order, gegen illegale Immigration, gegen teure Auslandseinsätze, während in den USA die Infrastruktur zerfällt und Schulen mies ausgestattet sind. So führte der Milliardär aus Manhattan die Arbeiterrevolution an, in der das Land die Stadt besiegte.

## ANDREW JACKSON UND DONALD TRUMP

Vor knapp 200 Jahren passierte das schon einmal. Da wurde Andrew Jackson, der harte Bursche aus dem Grenzgebiet der Carolinas zum noch unbesiedelten Westen von den Amerikanern auf dem Land gegen den Widerstand der Amerikaner in den Städten gewählt. Jackson, von 1829 bis 1837 der siebte US-Präsident, sei ein „jähzorniger Mann von bescheidenen Talenten“, urteilte damals Alexis de Tocqueville in seinem bis heute inspirierenden Werk *Über Demokratie in Amerika*, und er schrieb weiter: „Nichts in seiner gesamten bisherigen Karriere hat je gezeigt, dass er qualifiziert wäre, ein freies Volk zu regieren; und tatsächlich hat ihn die Mehrheit der gebildeten Klassen der Union stets abgelehnt.“

Kommt uns das bekannt vor? Jackson, mit dem sich Trump vergleicht, seitdem Historiker auf die Parallelen zwischen beiden Präsidenten hingewiesen haben, wollte den „einfachen Amerikanern“ die Macht zurückerringen von einer „Elite“, die sich in Washington ähnlich dem Adel in Europa gebildet habe. Zudem widersetzte er sich der Gründung einer nationalen Bank, die nur dem Ziel diene, im Interesse des Auslands den Amerikanern das Geld aus der Tasche zu ziehen.

Die Verheißungen der „*Jacksonian Democracy*“ klangen sehr ähnlich wie Trumps Versprechen, den „Sumpf in Washington“ auszutrocknen, den Einfluss von „Wall Street“ zu stoppen, die „Stimme der vergessenen Amerikaner“ zu werden und die Macht „dem Volk“ zurückzugeben. Damals war Amerika ausgesprochen ländlich. Obwohl Städte wie Boston und vor allem

New York rasant wuchsen, lebten 1830 nur 7,2 Prozent der Menschen in Ortschaften mit mehr als 2.500 Einwohnern.

Hingegen gilt das heutige Amerika als urbanisiert. Fast vier von fünf Amerikanern leben in Städten oder städtischen Gebieten, sagt die Statistik. Doch bei genauerem Hinschauen ergibt sich ein anderes Bild. Von diesen 79 Prozent vermeintlicher Städter leben wiederum rund achtzig Prozent in kleinen Ortschaften mit weniger als 20.000 Einwohnern. Sie haben in ihrer Lebensweise wenig gemein mit den Landsleuten in New York City, Los Angeles oder Chicago und den übrigen Metropolen der USA. Amerika ist bis heute recht rustikal geblieben, und auch das erklärt, warum – ebenso wie zu Jacksons Zeiten – bei der Wahl von Trump das ländliche Amerika das städtische herausfordern und besiegen konnte.

## „HILLBILLY-ELEGIE“

Als „Hillbillies“ oder „Hinterwälder“ werden die Menschen auf dem Land oft abgewertet. Das hat mit der Lebenssituation der meisten von ihnen wenig zu tun. Aber es gibt noch jene archaischen Strukturen, die J. D. Vance in seinem faszinierenden und auch auf Deutsch erschienenen Buch *Hillbilly-Elegie* (2016) über seine Familie und eine „Gesellschaft in der Krise“ beschreibt. Vance wuchs auf in Ohio im industriellen *Rust Belt*, wo die Strukturveränderungen und der Niedergang der Produktion für besondere Verwerfungen unter Menschen mit zumeist geringer Schulbildung gesorgt haben.

Da ist beispielsweise Onkel Pet, Besitzer eines kleinen Bauunternehmens. Einmal fuhr bei ihm ein Truck vor mit einer Lieferung, und der Fahrer, wegen seiner Größe und Haarfarbe Big Red genannt, bellte Pet an: „Lad' das ab, du Hurensohn!“ Der Angesprochene monierte, das sei eine Beleidigung seiner Mutter, und als der Fahrer anstelle einer Entschuldigung das Wort wiederholte, zerrte Pet ihn aus der Fahrerkabine, „schlug ihn bewusstlos und schlitzte ihn mit einer elektrischen Säge auf“. Der Fahrer wäre beinahe verblutet, „er überlebte nur, weil er sehr schnell ins Krankenhaus gebracht wurde“, schreibt Vance, der in diesem Milieu aufwuchs, dann als einer der wenigen den Absprung schaffte und die Eliteuniversität Yale besuchte.

Die Ehre von Frauen wird verteidigt, ob es sich um die Mutter, die Schwester oder die Gattin handelt. Die zu verteidigende Ehre der Frauen geht jedoch nicht so weit, schreibt Vance, dass man das Mädchen, das man geschwängert hat, heiraten muss oder dass der Vater bei der Familie bleibt, wenn die Zahl der Kinder zu groß geworden ist und die Probleme damit wachsen. Bei Tocquevilles Beobachtungen aus der *Jacksonian Democracy* klingt dies ähnlich: „In einem solchen Land haben Männer eine Ahnung von den Regeln der Ehre, aber selten Zeit, ihnen ihre Aufmerksamkeit zu widmen.“

Der Niedergang der Industrie in den USA hat in den Stahl- und Kohlerevieren des ländlichen Amerika zu einer Arbeitslosigkeit geführt, die ungefähr doppelt so hoch ist wie im US-Durchschnitt (4,4 Prozent im April 2017). Im Buchanan County in Virginia etwa gab es einst 300 Kohleminen. Übrig geblieben sind 22.

Aber nicht nur Arbeitsplätze wurden vernichtet. Den schwindenden Strukturen und Perspektiven folgten Alkoholismus, Medikamentenmissbrauch und harte Drogen. Im südwestlichen Pennsylvania kostet ein Päckchen Heroin acht Dollar, kaum mehr als eine Schachtel Zigaretten (6,85 Dollar). Die Polizei veröffentlichte mehrfach Fotos von jungen weißen Eltern, die wegen einer Überdosis vorn auf den Sitzen ihres geparkten Autos das Bewusstsein verloren haben, während auf der Rückbank Kleinkinder heulen.

Die Menschen sind antriebslos geworden, beschreibt Vance die Situation. Agonie ist zum herrschenden Wesenszug geworden. Man hat sich an staatliche Wohlfahrtsprogramme gewöhnt. Selbst junge Leute, die einen Job finden, verlieren ihn oft wieder, weil sie das regelmäßige frühe Aufstehen nicht mehr gewöhnt sind.

## ZURÜCK IM DEMOKRATISCHEN ABSTIMMUNGSPROZESS

Und dann kam Trump. Er versprach im Wahlkampf, die Fabriken aus China und Mexiko zurückzuholen und die Kohle wieder fördern zu lassen wie früher. Doch der Großteil der Arbeitsplätze ist gar nicht in billigere Länder abgewandert, sondern der Automatisierung zum Opfer gefallen. Diese Jobs werden nicht zurückkommen. Auch die Renaissance der Kohle bleibt für die überschaubare Zukunft eine Illusion, weil die Förderung von Erdgas wesentlich preiswerter ist. Nur der höherwertige Koks, der zur Eisenverhüttung genutzt wird, verspricht weiterhin gute Gewinne; er ist im Buchanan County, aber längst nicht in allen amerikanischen Kohlerevieren zu finden.

Und dennoch: Trump hat es geschafft, das ländliche Amerika nach Dekaden eines frustrierten Rückzugs zurückzuholen in den demokratischen Abstimmungsprozess. Das ist ein bleibendes Verdienst; die Kandidaten und Präsidenten nach ihm werden dieser Zäsur Rechnung tragen und Ideen entwickeln müssen, wie man das rustikale und das urbane Amerika wieder näher zusammenführt.

# Urbane und ländliche Regionen international

—  
Einschätzungen aus vier Ländern

**B**rasilien ist ein Land kontinentaler Ausmaße. Es umfasst rund die Hälfte Südamerikas, seine Fläche ist größer als die der gesamten Europäischen Union. Wie stellt sich in einem derart „monumentalen“ Staat das Problem der Stadt-Land-Gegensätze dar? Welche politischen Konsequenzen ergeben sich daraus, insbesondere im Hinblick auf populistische Strömungen?

In Brasilien leben laut dem Brasilianischen Institut für Geografie und Statistik 160.925.792 Einwohner in urbanen Gebieten, das entspricht 84,36 Prozent der Gesamtbevölkerung. Dem stehen 29.830.007 Einwohner oder 15,63 Prozent der Gesamtbevölkerung gegenüber, die in ruralen Gebieten wohnen (Angaben nach dem letzten Zensus von 2010). Brasilien ist also ein Land mit sehr hohem

Urbanisierungsgrad. Dabei konzentriert sich die urbane Bevölkerung vor allem auf die Küstengebiete, die südlichen Staaten, die Hauptstadt Brasilia und andere Hauptstädte der Bundesstaaten.

Im Allgemeinen ist die Bevölkerung ländlicher Gemeinden stark benachteiligt. Einkommen, Bildung und Lebenserwartung sind geringer, wodurch die kulturelle und politische Teilhabe der Betroffenen eingeschränkt ist. Allerdings zeigt der regionale Vergleich, dass der Norden am meisten betroffen ist. Dort liegen die ruralen Gemeinden mit den niedrigsten *Human-Development-Indizes*.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein Vergleich der jeweiligen Agrarmodelle. Während im Süden die großindustrielle Landwirtschaft und die Produktion für den weltweiten Export dominieren, bestimmen im Norden kleine landwirtschaftliche Betriebe das Bild. Auf der einen Seite spielt die Landwirtschaft für das nationale Bruttoinlandsprodukt und auf dem Weltmarkt eine wesentliche Rolle. Auf der anderen Seite ist die Bevölkerung im strukturschwachen, ruralen Norden daran nur geringfügig beteiligt – und sogar zu einem beachtlichen Anteil von Ernährungsunsicherheit betroffen!

Die beschriebenen Stadt-Land-Gegensätze haben in Brasilien erheblichen Einfluss auf die Politik. Bei den historisch knappen Präsidentschaftswahlen 2014 – Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei (PT; 51,64 Prozent) gewann im zweiten Wahlgang gegen Aécio Neves von der kon-

servativen Partei der Sozialen Demokratie Brasiliens (PSDB; 48,36 Prozent) – stimmte die überwältigende Mehrheit der nördlichen Staaten für Rousseff, das heißt auch die große Mehrheit der „abgehängten“ ruralen Gemeinden. Auch wenn die Landbevölkerung Brasiliens wie beschrieben nur 15,63 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, kann sie demnach gerade bei knappen Wahlen das Zünglein an der Waage sein.

Dennoch ist nicht davon auszugehen, dass durch die Gegensätze zwischen Stadt und Land ein Nährboden für populistische Bewegungen entsteht. Dafür ist der Bevölkerungsanteil „auf dem Land“ im Vergleich zu gering. Interessanter wäre in diesem Zusammenhang einerseits ein Blick auf die Armut in den Städten und den dortigen Favelas. Andererseits kennt die brasilianische Öffentlichkeit derzeit nur ein Thema: Korruption. Sei es im Zusammenhang mit dem Korruptionsskandal *Lava Jato* um den halbstaatlichen Ölkonzern Petrobras oder angesichts der neuesten Enthüllungen über Absprachen in der Fleischindustrie: Auf der gesamten politischen Klasse lastet der Ruf, korrupt zu sein. Politikverdrossenheit grassiert unter den Bürgern, ganz gleich, ob sie auf dem Land oder in der Stadt wohnen, und diese könnte viel eher Populisten auf den Plan rufen.

Jan Wojschnik, Kevin Kaisig  
Auslandsbüro Brasilien  
der Konrad-Adenauer-Stiftung

**K**enia: Der im Jahre 2010 eingeleitete Dezentralisierungsprozess, *Devolution* genannt, soll einen Aufbruch zu neuen Ufern darstellen. Das verstaubte, postkoloniale zentralistische System von sieben Provinzen und dem Hauptstadtdistrikt Nairobi gehört seither der Geschichte an und wurde abgelöst durch ein föderales System: 47 weitgehend autonome *Counties* (Bezirke) entstanden neu. Die kenianische Verfassung hat hierzu eine Reihe von Politikfeldern neu benannt, in denen die *Counties* unabhängig von der nationalen Ebene verwaltet werden. So verfügen sie über eigene finanzielle Mittel, um dadurch mehr Entwicklung und Selbstbestimmung in die einzelnen Regionen Kenias zu bringen.

Auch wenn zweifelsohne der kenianische Dezentralisierungsprozess weltweit eines der ehrgeizigsten Reformvorhaben in diesem Bereich darstellt, so konnte er doch eines nicht aufhalten: den ständig steigenden Verstädterungsprozess, ausgelöst durch die immense Landflucht der kenianischen Bevölkerung vor allem in die Hauptstadt Nairobi, die mittlerweile etwa dreieinhalb Millionen Einwohner (ohne Außenbezirke) umfasst und nicht nur zur berüchtigten Rushhour aus allen Nähten platzt.

Neben den Auswirkungen auf die Infrastruktur und die Verkehrssysteme, die dem steigenden Bevölkerungswachstum in der Hauptstadt (circa vier Prozent jährlich) nicht mehr standhalten können, ist die Aufnahmefähigkeit erreicht, was zur Bildung von Slums führt, einhergehend mit einem nahezu Totalausfall der Strom-, Wasser- und Abwasser Versorgung in diesen Elendsvierteln. Schätzungen zufolge leben in Kenias Hauptstadt mehr als eine Million Menschen in solchen Siedlungen; Kibera ist einer der größten Slums Afrikas.

Wenn der Kenianer davon spricht, über die Feiertage aufs Land – also *up country* – zu fahren, dann tut er dies fast ausschließlich, um seine Familie zu besuchen und die in der Stadt – zumeist durch informelle Arbeit – hart verdienten finanziellen Mittel im Kreise seiner zahlreichen Verwandten zu verteilen (etwa vierzig Prozent des gesamten landesweiten

Einkommens wird in den beiden größten Städten des Landes, Nairobi und Mombasa, erzielt).

„Draußen im Lande“ ist in diesem ostafrikanischen Land noch immer ein Synonym für Armut und Rückständigkeit. Der Teufelskreis besteht gerade darin, dass die Landflucht nicht nur die großen Städte durch unkontrolliertes Bevölkerungswachstum und sozioökonomische Probleme belastet, sondern gleichzeitig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der ländlichen Regionen erheblich schwächt, da zumeist junge (männliche) Arbeitskräfte in die Stadt abwandern. Die Tendenz ist dabei steigend: Es ist davon auszugehen, dass bereits 2033 über fünfzig Prozent der Kenianer in urbanen Gebieten leben werden. Paradoxiert sind allerdings vierzig der insgesamt 47 *Counties* in Kenia überwiegend ländlich geprägt. Eine erfolgreiche Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses führt im besten Falle langfristig zur Verbesserung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit der *Counties*, einhergehend mit einer verbesserten Infrastruktur und medizinischer Versorgung der dort lebenden Bevölkerung. Es ist zu hoffen, dass damit der derzeitige Trend „weg vom Land, raus in die Stadt“ aufgehalten wird.

Gregor Jaecke

Kommissarischer Leiter des Programmbereichs Dezentralisierung  
und Stärkung lokaler Verwaltungskompetenzen Kenia  
der Konrad-Adenauer-Stiftung

**A**lbanien, das wirtschaftlich unterentwickelte Land auf dem Westbalkan, ist eines der ärmsten Länder Europas. Nach dem Sturz des totalitären Regimes 1990 ging das Land einen mühsamen Weg von der sozialistischen Planwirtschaft hin zu einer offenen Marktwirtschaft. Die Regimeänderung in Albanien hatte allerdings nicht nur ein positives Wirtschaftswachstum zur Folge, sondern auch eine hohe Arbeitslosen- und Korruptionsquote. Die

politische und wirtschaftliche Lage des Landes löste Migrationsströme aus. Nach 1990 emigrierten Hunderttausende Albaner nach Griechenland, Italien oder in andere Staaten der Europäischen Union und nach Nordamerika. Das Land leidet allerdings nicht nur unter der externen Migration, sondern auch unter der Landflucht. Berufliche Perspektivlosigkeit, soziale Unsicherheit und große Entwicklungsunterschiede zwischen den ländlichen Regionen und urbanen Zentren setzen die

Landflucht in Gang. Mittlerweile leben 65,5 Prozent der Gesamtbevölkerung in Städten, wobei dieser Anteil 1990 noch bei 38 Prozent lag.

Die albanische Migrationsgeschichte (interne und externe Migration) lässt sich in drei Phasen einteilen. Als erste Phase (1990 bis 1995) betrachtet man die sogenannte Übergangsperiode Anfang der 1990er-Jahre. Nach der Einrichtung des kommunistischen Regimes war Landflucht nur beschränkt erlaubt, wobei Migration überhaupt verboten war. Nach dem Sturz des Regimes gab es eine massive Flucht aus den schwach entwickelten Randgebieten in die Wirtschaftszentren des Landes.

Die zweite Phase (1996 bis 2001) war gekennzeichnet durch die Krise nach dem Kollaps der sogenannten pyramidalen Investitionspläne in Albanien. Als Folge der Krise verlor ein großer Teil der Bevölkerung seine Ersparnisse, was erneut zur sozialen Perspektivlosigkeit auf dem Lande führte. Darüber hinaus erreichten Landflucht und Auswanderung ein neues Ausmaß.

Die letzte Periode (2002 bis 2011) zeichnete sich durch eine politische Stabilisierung, Wirtschaftswachstum und Rückgang der Armut in den ländlichen Gebieten aus. Trotz dieser positiven Entwicklung des Landes und der Robustheit seiner Wirtschaft blieb aufgrund der Finanzkrise im Jahr 2008 die Binnenwanderung ungebremst.

Das Ziel vieler Zuzügler sind die zentral gelegenen Städte Tirana, Durrës und Elbasan. Tirana und Durrës, die Wirtschaftsmotoren des Landes, sind beliebt aufgrund ihrer besseren Beschäftigungs- und Bildungsmöglichkeiten, aber auch als Zentren des gesellschaftlichen Lebens.

Zwischen 2001 und 2011 war Tirana „Endhaltestelle“ für 58 Prozent aller Binnenwanderer. Die Stadt wies damit das höchste Bevölkerungswachstum im Lande auf. Demgegenüber verlieren die Städte Dibër, Kukës, Gjirokastrë und Berat aufgrund ihrer hohen Auswanderungsquote eine Vielzahl ihrer Einwohner.

Statistisch gesehen verlassen insbesondere junge Albaner im Alter zwischen fünfzehn und 34 Jahren ihren Wohnort. Bemerkenswert ist dabei, dass schon seit Anfang der 1990er-Jahre mehr Frauen als Männer umsiedeln. Dabei beträgt der weibliche Anteil circa sechzig Prozent aller Binnenwanderer.

Auch heute bleibt das Landfluchtproblem des Landes unverändert. Albanien steht kurz vor den Parlamentswahlen. Dennoch scheint weder die Regierung noch die Opposition wegen dieser Problematik wirklich besorgt zu sein. Die Frage, ob nach den Wahlen im Lande irgendwelche Maßnahmen für die Eindämmung der Landflucht ergriffen werden, bleibt vorerst offen.

Walter Glos

Auslandsbüro Albanien  
der Konrad-Adenauer-Stiftung

#### Quellen

- Lerch, Matthias: „Internal and International Migration Across the Urban Hierarchy in Albania“, 2016, [www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC5088220/](http://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC5088220/).
- Gjipali Arsena, Jorgji Etis: „Internal Migration in Albania: Analysis of Determinants through a self-selection model“, [www.rrpp-westernbalkans.net/en/conferences/RRPP-Annual-Conference-2013/Conference-Papers-2013/mainColumnParagraphs/02/text\\_files/file6/Gjipali\\_Arsena.pdf](http://www.rrpp-westernbalkans.net/en/conferences/RRPP-Annual-Conference-2013/Conference-Papers-2013/mainColumnParagraphs/02/text_files/file6/Gjipali_Arsena.pdf).
- [www.worldometers.info/world-population/albania-population/](http://www.worldometers.info/world-population/albania-population/).
- „Internal Migration“, in: Migration in Albania 2014, INSTAT – Institute of Statistics, [www.instat.gov.al/media/242045/migration\\_in\\_albania.pdf](http://www.instat.gov.al/media/242045/migration_in_albania.pdf).
- INSTAT – Instituti i Statistikave.

**I**ndien: „Die Zukunft Indiens liegt in den Dörfern“, sagte einst Gandhi. In der Tat leben ein Dreivierteljahrhundert später immer noch fast siebzig Prozent der Inder außerhalb urbaner Zentren – weit mehr als im globalen und asiatischen Vergleich. Zugleich lag die Urbanisierungsrate zwischen 2010 und 2015 nur knapp über der Hälfte des globalen Schnitts. Indien wird also auf absehbare Zeit ländlich geprägt bleiben. Dennoch wachsen die Städte schon allein aufgrund des allgemeinen Bevölkerungswachstums. Inzwischen beheimatet das Land dreizehn der weltweit hundert bevölkerungsreichsten Großstädte.

Mit den wachsenden Städten gehen unzählige gesellschaftliche und politische Herausforderungen einher. Angetrieben von der Hoffnung auf Arbeit, die oft nur in Form eines Tagelohnes erfüllt wird, zieht es die männliche Landbevölkerung in die Städte. Frauen folgen auf der Suche nach Ehepartnern. Für die Infrastruktur der Städte stellen Wachstum und Zuzug riesige Herausforderungen dar: Straßen, Krankenhäuser, Strom- und Wassernetze sind nur selten auf die Bevölkerungsgrößen ausgelegt, die sie heute bedienen müssen.

In einem so vielfältigen Land erwarten die Binnenmigranten oft Kulturschocks. Die Neu-Städter begegnen erstmals Lebensmodellen und Kulturen, die ihnen völlig unbekannt sind. Die Begegnung von Stadt und Land, zuweilen kombiniert mit Entwurzelung und Perspektivlosigkeit, ist einer der Auslöser von Gewalttaten.

Traditionell hat der ländliche Raum große kulturelle Bedeutung. Wertesystem und Traditionen wurden über Jahrtausende durch ländliches Leben und die Landwirtschaft geprägt. Dass das Denken auch auf dem Land durchaus fortschrittlich ist, zeigte sich aber in der kürzlich vorgestellten

Jugendstudie des Centre for the Study of Developing Societies (CSDS) und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Indien. Interessanterweise waren es junge Inder vom Land, die sich toleranter und offener gegenüber anderen Lebensmodellen, Religionen und Kulturen zeigten als ihre städtischen Altersgenossen.

Auch die indische Politik sieht sich Veränderungsprozessen ausgesetzt. Oft findet sie noch immer entlang persönlicher Beziehungen statt und sind Parteien auf Personen ausgerichtet. Diese lokale und personenbezogene Bindung trug im letzten Jahrzehnt zur zunehmenden Regionalisierung der Politik bei. Zuletzt steht diesem Trend jedoch der Aufstieg der Bharatiya Janata Party (BJP) zur dominanten politischen Partei des Landes gegenüber. Während sie durch Premierminister Narendra Modi zwar stark von der Beliebtheit einer Person profitiert, ist ihr Aufstieg auch entscheidend auf die landesweit vorhandenen professionellen Strukturen zurückzuführen.

Indien sieht sich zahlreichen Veränderungen gegenüber. Entsprechend muss die Regierung landesweite Perspektiven schaffen, will sie eine unkontrollierte Landflucht verhindern. Die indische Regierung hat erkannt, dass eine weitere Urbanisierung nicht die Lösung für Indiens Probleme sein kann. Gerade Premierminister Modi betont immer wieder, dass Indien wirtschaftlich nur gedeihen kann, wenn der ländliche Raum wächst. Durch verschiedene Maßnahmenpakete und Kampagnen versucht die Regierung der Herausforderung zu begegnen: Durch die Anbindung an das Stromnetz, das Internet und eine Verbesserung der Infrastruktur sollen die Perspektiven der ländlichen Regionen erhöht werden. Zudem sollen Städte und Dörfer „smarter“ werden, soll Digitalisierung bei der Verminderung von Abhängigkeiten und bei der Schaffung sozialer Absicherungen helfen. Dauerhafte Perspektiven auf dem Land sind für die Zukunft Indiens von entscheidender Bedeutung. Insofern hat Gandhis Prognose auch heute noch Bestand.

*Mark Alexander Friedrich  
Auslandsbüro Indien  
der Konrad-Adenauer-Stiftung*

# Heimat ist wie der Wald

—  
Über Bodenständigkeit und Entwurzelung

## PHILIPP ZU GUTTENBERG

Geboren 1973 in Mannheim,  
Land- und Forstwirt, Präsident der  
Arbeitsgemeinschaft Deutscher  
Waldbesitzerverbände.

Mit der Heimat ist es so wie mit der Freiheit:  
Ihren nur scheinbar unermesslichen Wert er-  
misst man in dem Moment schmerzlich genau,  
wenn sie einem verloren geht. Jeder, der das  
eine wie das andere in seinem Leben erfahren

musste, wird diesen Zusammenhang bestätigen. Heimat, das Gefühl, an  
einen Ort oder zu einer nicht notwendig besonderen, wohl aber bestimmten  
Gruppe von Menschen zu gehören, ist etwas Elementares und Kraftvolles.  
Je bedrohter dieses Gefühl nach Zugehörigkeit und Heimat erscheint, desto  
größer ist die Sehnsucht danach.

Wer das bestreiten möchte, der frage sich, warum das Magazin *Land-  
lust* mit einer Auflage von 987.000 in 2016 mehr Leser gefunden hat, als die  
Volksparteien SPD und CDU Mitglieder haben – und zwar zusammen. Die  
Antwort: Weil eine Zeitschrift über das Landleben und die Natur fern der an-  
onymen Städte und grauen Wohnblocks ihren Lesern wahrscheinlich etwas  
anzubieten vermag, was „Volks-Parteien“ trotz ihres anspruchsvollen Na-  
mens nur noch unzureichend vermitteln: einen Sehnsuchtsort, Heimat eben.  
Dabei ist Heimat etwas Hochpolitisches: So setzt ein Motto wie „Wir sind ein  
Volk“ die Existenz eines solchen, gemeinsamen Sehnsuchtsortes voraus.

Selbst derjenige, der noch nie etwas vom Subsidiaritätsprinzip, von der Ka-  
tholischen Soziallehre oder von Oswald von Nell-Breuning gehört oder gele-  
sen hat, wird schon intuitiv bestätigen, dass die kleine, die lokale Einheit im-  
mer die große, die anonyme Einheit schlägt, wenn es um Identitätsstiftung  
oder Handlungsfähigkeit geht. Wahr ist: Globalisierung oder Digitalisierung  
haben durch Produktivität und Effizienzsteigerung in den letzten zwei Jahr-  
zehnten Hunderte Millionen Menschen weltweit aus der Armut befreit. Wahr  
ist aber auch: Globalisierung hat die Welt nicht nur effizienter, sondern auch  
schneller wie ungleicher und damit unberechenbarer gemacht.

## WUNSCH NACH ÜBERSICHTLICHKEIT

Darum ist es nur allzu menschlich, dass viele Bürger gerade in den unüber-  
sichtlichen Zeiten des globalen Wandels umso mehr im Lokalen nach Orien-  
tierung suchen, und diese finden sie am ehesten im Kleinen, vor Ort, im Pri-  
vaten. Der jetzige amerikanische Präsident hat kürzlich gezeigt, wie man mit  
einem solchen Gefühl des Lokalen „gegen die da oben“ nationale Wahlen für  
sich entscheiden und so globale Politik machen kann. So sagte ein ungefähr  
vierzigjähriger Wahlkampfshelfer aus Ohio einem Fernsehreporter auf die  
Frage, warum er Donald Trump unterstütze, entwaffnend offen: „Weil ich  
möchte, dass hier (im *rust belt*) alles wieder so wird, wie es war.“ Der Inter-  
viewte hatte das schlichte Gefühl, dass man ihn seiner gewohnten wie ver-  
trauten Heimat beraubt hatte. Seine Antwort macht deutlich, welche Bin-  
dungswirkung und politische Sprengkraft ein Gefühl von Heimat, vom  
Lokalen inmitten einer global aufs Höchste vernetzten Volkswirtschaft zu  
entfalten vermag.

Denn mit Heimat und dem mit ihr verbundenen Wunsch nach Über-  
sichtlichkeit lässt sich in der Tat ein Staat machen, aber ebenso gut populistische  
Stimmungen. Der Wille, für das eigene Tun vor Ort verantwortlich zu  
sein und über dieses die Kontrolle wiederzugewinnen, lokal seine Stimme  
zu erheben und national Gehör zu finden, das macht den Heimatbegriff so  
aktuell wirkmächtig wie politisch brisant.

Umgekehrt scheint transnational der Wille wie die Fähigkeit, Verant-  
wortung für das eigene Handeln zu übernehmen, innerhalb globaler Arbeits-  
und Finanzmärkte einen zunehmend schwereren Stand zu haben. Dazu drei  
Beispiele:

*Erstens:* Wer so digital wie anonymisiert mit dem Geld anderer Leute  
bei null Prozent Zentralbankzinsen als Bank Eigengeschäfte tätigt, scheint  
weit weniger willens und in der Lage, auch für die damit verbundenen, expo-  
nentiell höheren Risiken global zu haften, als man das etwa vom örtlichen  
Bankdirektor mit Handschlagqualität hinsichtlich der Einlagen seiner Kun-  
den erwartet.

*Zweitens:* Kunden, die in einer fränkischen Metropole bei einer Kaffeekette aus Seattle von einer unbekanntem Bedienung mit Vornamensschild ihren eigenen Vornamen auf einen litergroßen Kaffeebecher gemalt bekommen und plötzlich entscheiden sollen zwischen Latte Macchiato, Milchkaffee, Espresso, Cappuccino oder Chai Latte, sehnen sich plötzlich nach einfachem Filterkaffee, auch wenn der früher gar nicht so gut schmeckte, wie es ihnen die eigene Erinnerung glauben macht. Dahinter steht nichts anderes als die einfache Sehnsucht nach Vertrautheit, nach der elterlichen Küche, kurz: nach Heimat.

*Drittens:* Wer etwa in nur scheinbar anonymen, digitalen Räumen andere Menschen von einem dunklen Wohnzimmer aus morgens um drei Uhr virtuell aufs Übelste verunglimpft, der würde dies wahrscheinlich öffentlich und selbst am oft gescholtenen Dorfstammtisch so ungehemmt nicht tun, weil ihm in Echtzeit soziale Missbilligung zuteil würde. Heimat hat dabei nicht die Funktion der Sozialkontrolle, sondern der Herstellung eines Common Sense.

## WANDEL GESTALTEN

Bei all solchen ökonomischen, privaten und selbst politischen Aktivitäten, bei denen man heutzutage die digitale Manipulation bis hinein in den demokratischen Wahlprozess fürchten muss, hat sich durch Globalisierung und Digitalisierung in den letzten zwei Jahrzehnten vieles radikal gewandelt. Dabei haben sich die Spielregeln wie Spielfelder grundsätzlich verändert. Hingegen sind die Menschen weitgehend so geblieben, wie sie immer waren, mit all ihren Stärken und Schwächen. Und zum Menschsein gehört, dass die meisten von uns mit Wandel, Unsicherheit und Entgrenzung nicht sonderlich gut umgehen können.

Wie aber kann ausgerechnet der vermeintlich einengende Heimatbegriff dabei helfen, mit solch gefühlter zunehmender Entwurzelung angemessen umzugehen, ohne in einen billigen Populismus zu verfallen? Zunächst gibt es Konstanten, die zu akzeptieren man gut beraten scheint: Gesellschaftlicher Wandel lässt sich zumindest auf lange Sicht selten staatlich verordnet aufhalten. Im 19. Jahrhundert gab es in der beginnenden Industrialisierung Arbeiter, die ihre neuen Maschinen zerstört haben. Diese Strategie ist ungefähr so effektiv wie die Abschaffung des Seismografen in der Annahme, dass es danach keine Erdbeben mehr geben würde.

Sozioökonomischer Wandel will vielmehr gestaltet werden, und genau dabei bietet der Heimatbegriff einen wichtigen lokalen Anker im Globalen. Wer seine Wurzeln kennt, wer seine Werte und Traditionen stärkt, statt sie zu kappen, der hat auch im scharfen Wind der Globalisierung einen sicheren Stand.

## BÄUME HABEN WURZELN

Bei festen Wurzeln sind wir nun beim Bild des Waldes und meiner Rolle als Vorsitzendem der deutschen Waldeigentümergegenstände. Der Begriff „Wald“ steht für Wurzeln, für Tradition, für Verlässlichkeit und Zukunft gleichermaßen. Waldbewirtschaftung und Wald bedeuten für uns genau das: das Bewahren eines wichtigen Stückes unserer Heimat als Schutz in stürmischen Zeiten, wie Elias Canetti diesen Zusammenhang so unnachahmlich in seinem Werk *Masse und Macht* ausgedrückt hat, als er vom besonderen Verhältnis der Deutschen zum Wald schrieb. Bäume haben Wurzeln, und die sind verlässlicher als jede globale Kreditausfallversicherung. So wie wir Verantwortung für unsere Heimat tragen durch die Bewirtschaftung und damit den Schutz des Waldes, so glauben wir, dass auch mit dem Begriff Heimat verantwortungsvoller umgegangen werden sollte: Ein stets moralisierender Duktus und „Veggie Days“ schaffen kein Gefühl von Heimat, sondern zeugen eher vom Wunsch nach zentralistischer Bevormundung.

Weiterhin sind wir Waldeigentümer Gegner eines globalen Manchesterkapitalismus und überzeugte Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft. Denn nur Letztere scheint nachhaltig, weil sie auf zwei so zentralen wie zukunftsfähigen Prinzipien fußt, ohne die keine Volkswirtschaft langfristig funktioniert:

*Erstens:* Eigentum verpflichtet und ist gleichzeitig rechtsstaatlich zu garantieren.

*Zweitens:* Es gilt das Subsidiaritätsprinzip. Probleme löst man am besten direkt dort, wo sie entstehen.

Ein solches Denken ist alles andere als hinterwäldlerisch – der Begriff der Nachhaltigkeit ist nicht von ungefähr von Forstleuten erfunden worden: Wir ernten nicht mehr, als wir säen. Gesunde, ökologisch wie ökonomisch attraktive Wälder stärken die Wirtschaftskraft unserer Heimat in einer Weise, um die man uns global beneidet. In genau diesem Sinne sind wir heimatverbunden und dennoch technikaffin sowie nachhaltig produktiv, da unsere Wirtschaftsform nicht zulasten künftiger Generationen geht. Wir nutzen modernste digitale Technik, aber eben in einem lokalen Raum, den wir kennen und, vor allem, der uns am Herzen liegt und in dem viele von uns selbst wohnen. Unsere Heimat auszubeuten oder aufs Spiel zu setzen, wäre nicht nur ökonomisch kurzsichtig, sondern würde mit unseren traditionellen Werten kollidieren.

Politisch wie wirtschaftlich betrachtet ist ein solches Heimatverständnis als Grundlage unseres ökonomischen Handelns darum keine Kleinigkeit, sondern ein Schwergewicht und echtes Pfund: Die ländliche Region, die in unseren politischen Diskursen immer weniger vorkommt, bietet zig Millionen Menschen in Deutschland Heimat. Nur knapp fünfzig Prozent der Deutschen leben in städtischen oder dicht besiedelten Räumen. Dennoch fällt auf, dass dieses allzu ungenutzte Potenzial des guten ländlichen Lebens unter

Stärkung des ländlichen Raumes politisch kaum vorkommt. Im Gegenteil: Populistische Kräfte sind oftmals besonders dort erfolgreich, wo die Wähler von dem, was zentral über ihre Köpfe hinweg entschieden wird, überrascht, abgehängt und in ihren Vorstellungen und Wünschen einfach ignoriert werden: in den strukturschwachen Gebieten.

Genau dies, das Umgehen des Subsidiaritätsprinzips, das Brachliegenlassen beziehungsweise aktive Stilllegen des Potenzials unseres ländlichen Raumes, scheint nicht nur politisch kurzsichtig und gerade in postfaktisch-populistischen Zeiten gefährlich, sondern auch ökonomisch fatal und gefährdet den Kern unserer Heimat. Wieviel mehr könnten gerade ländliche Regionen zur ökonomischen, nachhaltigen Stärkung unserer Wirtschaftskraft wie auch zur Identitätsbildung beitragen, die uns Deutschen gerade in den letzten Jahren allzu oft abhanden gekommen scheint. Was also ist zu tun?

## FREIHEIT UND HEIMAT

Auf einen solchen Strukturwandel mit dem Rückzug des Staates von Schule über Polizei bis zur örtlichen Post zu reagieren, scheint genau der falsche Weg. Vielmehr sollten Infrastruktur und Innovation gerade im ländlichen, regionalen Raum massiv gestärkt werden, von der Nutzung der vorhandenen natürlichen Ressourcen bis hin zum schnelleren Breitbandausbau und zu zukunftsfähigen Energiekonzepten, die sich in ihrer Ausgestaltung jedoch heimatbewahrend und nicht wie in ihrer gegenwärtigen Form meist heimatzerstörend auswirken.

All diese Maßnahmen sichern in unsicheren Zeiten Heimat. Allein das Cluster Forst und Holz mit einer Wertschöpfung von 180 Milliarden Euro, 130.000 Unternehmen und 1,1 Millionen qualifizierten Beschäftigten macht als Paradebeispiel bereits vor, wie Zukunft ökonomisch aussehen kann: Es gilt, die Heimat zu stärken, allerdings nicht im Sinne eines *economic nationalism* im Sinne eines Donald Trump, sondern in einer globalen wie lokalen Symbiose der eingangs erwähnten Begriffe von Freiheit und Heimat. Laptop und Lederhosen, vom Lokalen im Globalen, nachhaltiger Umgang mit Eigentum, Investition in Heimat – all das schafft Zukunft.

*But it's not only the economy, stupid:* Vertrauen und Verantwortung als tragende Säulen jeder Gemeinschaft haben den Heimatbegriff als politischen Schlüssel. Heimat ist dabei weder eine Orchidee unter Naturschutz noch ein sagenhaftes Märchenschloss, sondern der Heimatbegriff trägt politisch vor allem dann, wenn er eine hoffnungsvolle, eine konstruktiv gerichtete Utopie ist, die in die Breite ausstrahlt. Vertrauen in die Zukunft des eigenen Landes und die eigene Heimat reduziert zudem ganz nebenbei noch Komplexität und steigert Effizienz.

So wirken etwa die Norweger auf manche ihrer europäischen Nachbarn so heimatverbunden wie modern, ohne dabei nationalistisch abzugleiten.

Man fühlt sich als Norweger, ohne sich der Welt zu verschließen. Und man erwirbt durch gemeinsame Kreativität daheim Wohlstand, den man in einen der größten Pensionsfonds der Welt für jetzige und künftige Generationen global anlegen lässt: vom Lokalen im Globalen! Das ist wirklich nachhaltig und setzt neben einem Common Sense einen ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag voraus: Man teilt neben der Heimat Norwegen eine gemeinsame, täglich gelebte Utopie, die durch gemeinsame Arbeit und gemeinsame Werte zur Vision und schließlich zur Realität wird.

## ORT MIT ZUKUNFTSPOTENZIAL

In Deutschland tut man sich da schwerer: Wenn etwa in Berlin ein Handschlag zwischen Frau und Mann oder eine unscheinbare Halskette mit Kreuz zum schulischen Konfliktpunkt stilisiert wird oder wenn man hinsichtlich eines Ortes wie einer Unisex-Toilette richterlich wie privat Kulturkämpfe ausfechten will, dann wird es mit jenem gesellschaftlichen Konsens, der Heimat und Vertrauen ihre Grundlage gibt, schwierig.

Dabei ist der völlige Rückzug in die eigenen vier Wände politisch keine tragfähige Lösung. Auf einem Bauernhaus in meiner Heimat steht der Giebelpruch „Mag auch die Welt ihr Wesen treiben, mein Haus soll meine Heimstatt bleiben“. Das politische Problem mit diesem Spruch wird deutlich, wenn man das hinter dem Spruch stehende Baujahr 1938 liest: Wer meint, Heimat sei nur ein privates Idyll, in das man sich politisch folgenlos zurückziehen könnte, um die Welt und die eigene Heimat sich selbst zu überlassen, der irrt und könnte selbst jenes Privathaus schneller an die gescholtene Welt verlieren, als ihm lieb ist.

Zukunftsfähiger scheint mir da der Giebelpruch ein Haus weiter: „Wir bauen hier so feste und sind doch fremde Gäste. Und wo wir sollen ewig sein, da bauen wir so wenig ein.“ Diese Präferenz hat eben mit unseren Werten und Traditionen zu tun, was aber darum kein Problem wird, weil Toleranz zu diesen Werten zählt und jeder nach seiner Fassung selig werden soll und darf.

Dies bedeutet: Die eigenen Wertvorstellungen bleiben für das eigene Politik- und Heimatverständnis nicht ohne Konsequenzen. Heimat ist weder eine utopische Idylle noch ein geschütztes Biotop. Heimat ist kein fiktives Märchenschloss, sondern eine stets nach vorn gerichtete Utopie, die gelebt werden will und gepflegt werden muss. Ein bisschen so wie der Wald. Ein Ort mit Geschichte, aber eben auch mit gewaltigem Zukunftspotenzial, von dem kreative, fleißige, heimatbewusste Menschen leben dürfen und in dem sie Natur, ja Heimat mit Händen greifen können. Von solchen Menschen kann keine Gesellschaft genug haben.

# Land ist nicht gleich Land

Über die wirtschaftliche Lage und Perspektive ländlicher Räume

## KLAUS-HEINER RÖHL

Geboren 1968 in Buchholz,  
Senior Economist, Institut der  
deutschen Wirtschaft Köln.

Ein halbes Jahrhundert nach dem Start einer bundesweiten Regionalpolitik, die auf die Verringerung der Unterschiede zwischen prosperierenden Städten und zurückbleibendem

Land durch Investitionen im ländlichen Raum und die Verlagerung von Betrieben aus den Ballungszentren ausgerichtet war, werden die Bemühungen zum interregionalen Ausgleich von vielen als gescheitert angesehen. Berichte über verödete Landstriche einerseits und Wohnungs- und Flächenmangel in den Städten andererseits bestimmen die Diskussion. In den Großstädten wird ein Investitionsstau beim Ausbau der überlasteten Infrastrukturen beklagt, während es im ländlichen Raum scheinbar nur um die Form und Dauer des notwendigen Rückbaus geht.

Doch stimmt dieses Bild überhaupt? Das Bild des ländlichen Raums, wie es im Feuilleton (großstädtischer) Printmedien gezeichnet wird, scheint

nur die Uckermark oder die Eifel zu kennen. Die durchaus richtig beschriebenen Schrumpfungswunden einiger Gebiete werden vom Leser – oder bereits direkt vom Autor – oft auf alle ländlichen Regionen Deutschlands übertragen.

Tatsächlich liegt die Wirtschaftsleistung, anhand des Bruttoinlandsproduktes je Einwohner gemessen, auf dem Lande im Durchschnitt weit niedriger als in den Städten. Doch zum einen gibt es hier wie dort große Unterschiede: Eine ganze Reihe von Städten hat wirtschaftlich den Anschluss an die dynamischen Zentren verloren, und einige ländlich-kleinstädtische Kreise sind durchaus sehr wirtschaftsstark.

Zum anderen vernachlässigt dieses Bild die Pendlerströme: Aus ländlichen Regionen in Metropolennähe pendeln viele Menschen zu städtischen Arbeitsplätzen und verfügen nicht selten über ein hohes Einkommen. In den Landkreisen, die an prosperierende Städte angrenzen, herrscht inzwischen in vielen Teilen Deutschlands nahezu Vollbeschäftigung.

## HOHE KAUFKRAFT IN VIELEN LÄNDLICHEN REGIONEN

Die Perspektive auf Stadt und Land verändert sich zudem, wenn man die Preise mit in den Blick nimmt: Die Einkommensgegensätze zwischen Stadt und Land schrumpfen durch eine Preisbereinigung erheblich. In einer aktuellen Studie<sup>1</sup> zur regionalen Armutsverteilung in Deutschland hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln herausgefunden, dass nach Kaufkraftbereinigung die Armutsquoten auf dem Lande mit wenigen Ausnahmen (zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern) gering sind, während städtische Regionen mit Problemen im Strukturwandel und hoher Arbeitslosigkeit die „Armutshochburgen“ Deutschlands sind.

Führend sind dagegen ländliche Regionen Bayerns und Baden-Württembergs, in denen teilweise weniger als ein Zehntel der Bevölkerung als kaufkraftarm – mit weniger als sechzig Prozent des Durchschnittswerts der Kaufkraft in Deutschland – einzustufen ist. Hierbei handelt es sich um Landkreise, in denen es viele mittelständische Industriebetriebe gibt.

Teilweise sind dies sogenannte *Hidden Champions*, innovationsstarke Unternehmen mit oft mehreren Tausend Beschäftigten, die mit ihren technologisch anspruchsvollen Produkten den Weltmarkt beliefern. Zwar ist die Dichte leistungsstarker Industriebetriebe, wie sie im Südwesten Deutschlands besteht, in anderen Landesteilen unerreicht. Doch einen starken industriellen Mittelstand gibt es in diversen eher ländlich strukturierten Regionen; im Sauerland ebenso wie im Raum Münster-Osnabrück oder in Thüringen. Für das Verarbeitende Gewerbe gilt, dass die Verteilung wissensintensiver und innovationsstarker Branchen auf städtische und ländliche Räume relativ ausgeglichen ist – ganz anders als bei den Dienstleistungen mit einer starken Konzentration wissensintensiver Dienste auf die Großstädte und Ballungszentren.

## STARKE DIFFERENZIERUNG AUCH IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

Die meisten ländlichen Regionen in peripherer Lage gibt es in den neuen Bundesländern, wo prosperierende städtische Zentren dünner gesät sind als im Westen. Aber auch in Ostdeutschland ist Land nicht gleich Land. In Talkshows nennen Politiker gern „die Uckermark und das Erzgebirge“, wenn sie von (angeblich) abgehängten peripheren Regionen sprechen. Tatsächlich könnten die beiden genannten Gebiete kaum unterschiedlicher strukturiert sein. Die Uckermark ist aufgrund ihres geringen Besatzes mit Gewerbe und der großen Entfernung zur Metropole Berlin tatsächlich durch immense Strukturprobleme geprägt. Mit einer Arbeitslosenquote von zuletzt etwa dreizehn Prozent ist sie eine der am stärksten von Unterbeschäftigung betroffenen Regionen Deutschlands – gemeinsam mit westdeutschen Städten wie Bremerhaven oder Gelsenkirchen.

Demgegenüber gibt es im Erzgebirge und in gut für Pendler erreichbaren Städten in seinem Vorland wie Chemnitz und Zwickau zahlreiche mittelständische Industriebetriebe. Die Arbeitslosigkeit fällt hier seit Jahren stetig und lag zuletzt bei circa sechs Prozent. In der öffentlichen Wahrnehmung kommt dieser Wandel jedoch nur sehr langsam an.

Unwiderrspochen bleibt es, wenn in TV-Talkshows Brandenburg mit Süditalien gleichgesetzt wird, obwohl in den an Berlin angrenzenden Kreisen, in denen deutlich mehr als die Hälfte der Landesbevölkerung lebt, die Arbeitslosenquote teilweise bereits weniger als sechs Prozent beträgt und die Wirtschaft im entstehenden Berliner Speckgürtel vom (nun endlich) spürbaren Hauptstadtboom profitiert.

## DROHENDER ARBEITSKRÄFTEMANGEL

Mit Blick auf die zunehmend gute Arbeitsmarktlage nähern wir uns aber einem realen Problem an, das nicht nur die entlegene Peripherie, sondern mit ein paar Jahren Verzögerung viele ländliche Regionen in Ost- und Westdeutschland betrifft: Das Erwerbspersonenpotenzial schrumpft in vielen ländlichen Räumen, während es deutschlandweit zuwanderungsbedingt leicht steigt. Eine angesichts der guten Wirtschaftslage steigende Nachfrage nach Arbeitskräften trifft hier auf ein Jahr für Jahr rückläufiges Angebot, was die Arbeitslosigkeit auf dem Lande kontinuierlich sinken lässt.

Der demografische Wandel stellt Deutschland insgesamt und angesichts des neuen Urbanisierungstrends insbesondere das Land vor immense Herausforderungen. Zwar wird schon seit Jahren vor den Folgen der Alterung und Schrumpfung der Gesellschaft gewarnt, doch angesichts stark ansteigender Zuwanderung ist die Bevölkerung in den letzten Jahren wieder gewachsen.

Auch die Beschäftigung erreicht immer neue Rekordwerte, sodass der demografische Wandel als Bedrohungsszenario für Deutschland in der öffentlichen Debatte stark in den Hintergrund tritt.

Trotzdem kann in der Frage der demografischen Entwicklung keine Entwarnung gegeben werden, schon gar nicht für den ländlichen Raum. Durch die stärkere Immigration wird die seit etwa zwei Jahrzehnten in der deutschen Binnenwanderung wahrnehmbare Tendenz „zurück in die Stadt“ noch verstärkt. Die meisten Migranten gehen in die Städte, an der ungünstigen Demografie auf dem Lande ändert die Zuwanderung wenig. Die Arbeitsmigration vom Land in die Städte ist zwar angesichts einer fast überall geringen Arbeitslosigkeit nur noch von untergeordneter Bedeutung – auch die neuen Bundesländer sind seit ein paar Jahren insgesamt keine Abwanderungsregion mehr –, doch dafür spielt die Bildungsmigration eine größere und langfristig entscheidende Rolle. Der kontinuierlich steigende Studierendanteil unter den Schulabgängern in Deutschland begünstigt die Metropolen und Universitätsstädte nachhaltig.<sup>2</sup>

Gerade junge Frauen zieht es nach dem Schulabschluss in die Städte, was zu einem Überschuss junger Männer in vielen ländlichen Regionen geführt hat. Wenn die Phase der Partnerwahl und Familiengründung am Studienort stattgefunden hat, wird eine Rückkehr in die Herkunftsregion eines Partners sehr unwahrscheinlich – zumal der andere Partner dort keine Bindungen aufweist. Geht die Babyboomer-Generation in fünf bis fünfzehn Jahren in Rente, droht vielen ländlichen Regionen ein immenser Verlust an Erwerbsbevölkerung, der nur schwer durch Zuwanderer zu kompensieren sein dürfte.

## BILDUNG UND INNOVATIONEN WERDEN NOCH WICHTIGER

Der Eröffnung neuer Fachhochschulen in kleineren Städten in eher ländlichen Regionen in den letzten zwanzig Jahren hat zwar dazu beigetragen, dass akademische Bildung in Deutschland nicht mehr ganz so stark auf relativ wenige Universitätsstädte konzentriert ist und die Industrieunternehmen in ländlichen Regionen leichter Bildungs- und Forschungspartner finden – etwa für duale Studienangebote –, sie kann aber die Bildungswanderung junger Menschen in die Großstädte allenfalls abmildern, nicht entscheidend verändern. Aus volkswirtschaftlicher Sicht kommt daher dem Produktivitätswachstum und Innovationen eine zentrale Rolle zu, damit die zahlreichen Betriebe außerhalb der Wirtschaftszentren und Ballungsräume den demografisch bedingten Arbeitskräftemangel abfedern können.

Während Firmen in den Wirtschaftszentren oft noch die freie Auswahl unter den Bewerbern haben, müssen Unternehmen auf dem Lande schon heute aktiv um Fachkräfte werben und teils den Blick nach Ost- und Südeuropa richten. Den starken Industrieunternehmen in Baden-Württemberg

oder Bayern dürfte dies eher gelingen, doch Betriebe in weniger attraktiven Landstrichen mit geringerem Lohnniveau, etwa in Ostdeutschland, wird es schwerer fallen, ihren Arbeitskräftebedarf zu decken – selbst jenseits des Segments hoch qualifizierter Fachkräfte.

## INTERREGIONALE VERNETZUNG VORANTREIBEN

Besser sieht es in jenen ländlichen Regionen aus, die im weiteren Umland der wachsenden Großstädte liegen: Mit zunehmender Verteuerung des knappen Wohnraums in den Zentren wird die Suburbanisierung wieder Fahrt aufnehmen, und Firmen an Standorten, die noch relativ stadtnah sind, können am urbanen Arbeitskräftepool partizipieren. Nur durch eine gute Infrastrukturanbindung an die Zentren und die Vernetzung mit urbanen Gebieten können ländliche Regionen daher den bevorstehenden Demografie-Knick abfedern.

Künftig werden sich die bereits heute sehr unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen und Lebensverhältnisse im ländlichen Raum weiter ausdifferenzieren, wobei eine gute Vernetzung mit den wachsenden Ballungsräumen und kleineren Großstädten entscheidend für die Entwicklung der Regionen ist: Je weniger wirklich abgelegene Regionen es gibt, desto besser sind die Chancen für den ländlichen Raum insgesamt. Deutschland hat in dieser Beziehung weit bessere Voraussetzungen als praktisch alle anderen hoch entwickelten Flächenländer in Europa, da es durch seine historisch gewachsene föderale Struktur und relativ hohe Siedlungsdichte über sehr viele städtische Zentren verfügt, die auf ihr jeweiliges Umland ausstrahlen. Aber auch die digitalen Infrastrukturen müssen mithalten: Ein zügiger Ausbau des Breitbandnetzes, wie er mit der „Digitalen Agenda“ des Bundes endlich eingeleitet wurde, erlaubt es Unternehmen in kleineren Städten und ländlichen Räumen, am globalisierten Wirtschaftsgeschehen in der kommenden Ära der Industrie 4.0 teilzuhaben und eigene innovative Produkte in Kooperation mit Kunden und Forschungseinrichtungen zu entwickeln.

Für einen generellen Pessimismus gibt es keinen Anlass, doch der bevorstehende Renteneintritt der geburtenstarken Wirtschaftswunder-Jahrgänge bei gleichzeitig anhaltender Bildungsmigration in die Städte stellt viele ländliche Regionen tatsächlich vor große Herausforderungen. Der Wettbewerb um Fachkräfte wird sich erheblich verstärken, wobei gut vernetzte und attraktive ländliche Räume die besseren Karten haben.

<sup>1</sup> Röhl, Klaus-Heiner / Schröder, Christoph: Regionale Armut in Deutschland, IW-Analysen, Nr. 113, Köln 2017.

<sup>2</sup> Röhl, Klaus-Heiner: „Konzentrations- und Schrumpfungprozesse in deutschen Regionen und Großstädten bis 2030“, in: IW-Trends, 4/2013, Jg. 40, S. 81–98.

## SCHWERPUNKT

# Provinz in der Metropole

Anmerkungen zur politischen Kultur in der deutschen Hauptstadt

## REINHARD MOHR

Geboren 1955 in Frankfurt am Main, Journalist und Autor. Nach dem Studium der Soziologie arbeitete er für das von Daniel Cohn-Bendit verantwortete Frankfurter Stadtmagazin „Pflasterstrand“, die „tageszeitung“, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und den „stern“. Von 1996 bis 2004 war er Kulturredakteur beim „Spiegel“, von 2006 bis Oktober 2010 freier Mitarbeiter für „Spiegel Online“. Seitdem schreibt er als freier Autor vor allem für die „Welt am Sonntag“.

„Das ist doch provinziell!“, heißt es oft. Also hinterwäldlerisch, unterentwickelt, spießig, engstirnig, zurückgeblieben, kurz: von gestern. Wer so charakterisiert wird, kann gleich einpacken und nach Hause gehen. Seit jeher funktioniert das Attribut „provinziell“ zugleich auf zwei Ebenen: ethnisch-geografisch und politisch-intellektuell. Klar, die Provinz war seit dem Römischen Reich stets das Periphere, „jottwedee“, wie der Berliner sagt, „janz weit draußen“, Eroberungen jenseits des Zentrums, jenseits der Metropolen. Das aber hieß stets auch: jenseits der politischen Macht und der kulturellen Entwicklung. Schon die Kunst der

Renaissance entstand in italienischen Städten wie Siena und Florenz, nicht in den abgelegenen Bergen der Abruzzen oder an der Küste Kalabriens.

So hat sich bis heute der Dünkel gegenüber dem „platten Land“ und seinen „Provinzpolitikern“ gehalten, selbst wenn immer neue Wellen der *Landlust*, so der Titel einer Zeitschrift, durch die Republik wogten. Angeblich aber macht nur Stadtluft frei, während sich in den Dörfern die soziale Enge auch in den Köpfen widerspiegelt: geistige Beschränktheit, eisernes Festhalten an Traditionen, kommunikative Selbstgenügsamkeit.

Umso erstaunlicher, dass dieselben Phänomene in Metropolen anzutreffen sind, in denen doch angeblich Weltoffenheit, Vielfalt, multikultureller Austausch und urbane Intellektualität dominieren. Während die Provinzler stets nur mit ihresgleichen konfrontiert würden, herrsche in der großen Stadt, so zumindest die Legende, der unentwegte Austausch verschiedenster Kulturen, sozialer Realitäten und „bunter“ Individualitäten. Solche Urbanität, in der der Dichter auf den Denker trifft, die Künstlerin auf den Soziologen, mag es in einigen Häusern und Straßenzügen geben, in bestimmten Restaurants und Cafés, vor allem in akademisch geprägten Milieus. Doch die Lebenswirklichkeit der großen Mehrheit in den Städten sieht anders aus.

## EINE ART LINDENSTRASSE IM KARREE

Man lebt in seinem Viertel, das oft kaum weniger homogen ist als ein Dorf in Mecklenburg-Vorpommern. Bundesweit berühmt für ein derart dorfähnliches Biotop ist der fast schon sprichwörtliche Prenzlauer Berg in Berlin, jener „Kiez“ der Besserlebenden, in dem ein Menschenstamm zu wohnen scheint, der keine Sorgen kennt außer der Frage: „Ist das auch bio?“ Ein Stillleben der fortgeschrittenen Wohlstandsgesellschaft, eine Art Lindenstraße im Karree, ein Miniatur-Paradies, von dem nicht einmal Karl Marx zu träumen wagte.

Die böse Welt bleibt weitgehend draußen, irgendwo im Wedding, in Kreuzberg oder Neukölln. Kaum ein Flüchtling traut sich in diese post-moderne Idylle. Gewiss, ein paar Schwarze kehren nun den Bürgersteig vor den Restaurants, aber auch das sind nur Farbtupfer im Gesamtkunstwerk des glücklichen Zwergenreichs einer neuen sanften Bürgerlichkeit.

So ist es kein Wunder, dass hier Grüne, Linke und SPD überwältigende Mehrheiten erringen, ohne sich im Detail erklären zu müssen. So wie früher der Vater ein Leben lang CDU gewählt hat, machen heute Sohn und Tochter wie von selbst bei Grünen oder Linkspartei ihr Kreuz. Nur das Milieu hat sich geändert, nicht der Vorgang selbst, der wenig mit kritischer Reflexion zu tun hat. Freilich zeigt der aktuelle Niedergang der Grünen im Bund, dass auch deren Stammwähler sich zunehmend auf jene provinziellen Inseln zurückgezogen haben, wo der möglichst klimaneutrale „Fußabdruck“, Fahrradwege und *Organic Food* wichtiger sind als existenzielle Fragen wie Jobs und Sicherheit.

Eine verschärfte Variante dieser durchaus spießigen Kiezkultur ist in jenem Bezirk zu besichtigen, der seit der Wiedervereinigung Friedrichshain-Kreuzberg heißt. Im Kern aber geht es um das einst berühmte Westberliner Quartier im Schatten der Mauer, dort, wo die Nächte so lang waren wie die Tresen in den verrauchten Stammkneipen. Bis heute ist hier ein habituelles Retro-Linksradikalismus prägend, der konservativ-museale Züge trägt.

## FOLKLORE DER FUNDAMENTALOPPOSITION

Die CDU in Kreuzberg, man kann es nicht höflicher sagen, ist eine Splitterpartei. Hans-Christian Ströbele dagegen, dem bis heute kein kritisches Wort zu seiner einstigen Rolle als RAF-Anwalt einfällt, ist hier ein geradezu mythischer Held, obwohl er nie im Dorf der Aufständischen gewohnt hat.

In weiten Teilen Kreuzbergs reimt sich immer noch Anarchie auf Alltag wie zu Zeiten von Rio Reisers „Ton, Steine, Scherben“, und wenn die Revolution, die stets pünktlich zum 1. Mai mit voller Wucht, bei Blaulicht und Feuerwehrensirenen ausbricht, auch nur noch Folklore ist, so ist „Fundamentalopposition“ doch immer noch ein zentraler Bezugspunkt des politisch-kulturellen Milieus. Geistige Beschränktheit, eisernes Festhalten an Traditionen, kommunikative Selbstgenügsamkeit – nichts könnte das Provinzielle der Kreuzberger Kiez-Politik besser charakterisieren.

Selbst die Multikulti-Ideologie kann hier in ausländerfeindliche Resentiments umschlagen, wenn die sich verändernde Metropolenwirklichkeit auf die hartnäckige Provinz im Kopf trifft. Jüngst wurde ein neues, von einer jungen New Yorkerin betriebenes Lokal im Kiez am berühmten Görlitzer Park mit Baseball-Schlägern attackiert. An die Wand pinselte die linksfaschistische Heimatschutztruppe: „Ausländer Bonzen raus!“ Auch wenn diese militante Aktion gegen eine vermeintliche „Gentrifizierung“ von beinahe allen Seiten verurteilt wurde, ist sie doch typisch für jene Borniertheit, mit der man in Kreuzberg immer rechnen muss. Die führenden Bezirkspolitiker kennen ihre Klientel bestens und bedienen sie nach Kräften.

## IDEOLOGISCHE PARALLELGESELLSCHAFT

Für diese Art von Klientelismus steht auch die grün-alternative Bürgermeisterin Monika Herrmann, der selbst Parteifreundinnen die Förderung einer „ideologischen Parallelgesellschaft“ vorhalten. Bundesweit bekannt wurde sie durch ihren Umgang mit der seit Jahren von Flüchtlingen besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule. Noch immer harren einige dort aus und blockieren den geplanten Umbau zu einer regulären Unterkunft. Der Kostenaufwand für

den Bezirk geht längst in die Millionen. Ein Schildbürgerstreich, gegen den sich kein wirklicher Protest regt. Warum? Weil die Vertreter des ewigen Protests ja schon in der Regierung sitzen und nur das Beste wollen. Oder sollte jemand so reaktionär sein, die offenkundige Verschwendung von Steuergeldern anzuprangern?

So besonders die Kreuzberger Verhältnisse auch sind – sie sind durchaus repräsentativ für ganz Berlin, soweit es um das immer weitere Vordringen von Interessengruppen, Partikularinteressen und lobbyartige Pressure-Groups geht, die sich gerne als Vertreter des Allgemeinwohls inszenieren. Die „sozialen Medien“ machen es leichter als früher, mit geschickten Aktionen *Agenda-Setting* zu betreiben, und eine ebenso kritische wie schlagkräftige Hauptstadt-*press* wie in Washington, Paris oder London gibt es nicht.

### STASI-BELASTETER LINKSAKTIVIST ALS STAATSEKRETÄR

Dabei sind die Baustellen Berlins gewaltig. Die größte, der auf kafkaeske Weise vor sich hindämmernde, längst gar nicht mehr neue Flughafen, setzt das Paradigma: fachliche Unfähigkeit, gepaart mit einem fulminanten Chaos der Zuständigkeiten und einer politischen Verantwortungslosigkeit, die dafür sorgt, dass niemand ernsthaft zur Rechenschaft gezogen wird. Unvergessen das Verwaltungsdesaster namens „LAGeSo“ auf dem Höhepunkt der Flüchtlingswelle, unübertroffen in seiner politischen Instinktlosigkeit die Ernennung eines stasi-belasteten Linksaaktivisten zum Staatssekretär für Stadtentwicklung. Hätte ihn nicht ein kurzer, aber heftiger Skandal aus dem Amt gefegt, wäre er einer von 25 Staatssekretären des rot-rot-grünen Senats geblieben. Das um ein Vielfaches größere Bundesland Nordrhein-Westfalen beschäftigt gerade einmal zehn Beamte in dieser hohen politischen Stellung.

Der Ur-Kreuzberger und Mitbegründer der linken *taz* Max Thomas Mehr kritisiert, dass es „eine gemeinsame Vorstellung, wo und wie sich politischer Wille heute herausbildet“, inzwischen nicht mehr gebe: „Das Gemeinwesen Berlin existiert nur noch als Ansammlung und Interessenvertretung von Kiez-Kulturen, Minderheiten und allerlei selbsternannten Expertengremien, denen jegliche Legitimation durch den Wahlbürger fehlt. Die Parteien sind eher leere Hüllen als Mittler zwischen Bürgerinteressen, Parlament und Regierung. Nirgendwo haben sich die politischen Parteien in ihren Konturen so aufgelöst wie in der Hauptstadt. Der kurze Herbst der friedlichen Revolution in Ost-Berlin hat auch kein neues Bürgertum geschaffen. Übrig geblieben sind Klüngel, die keine Idee von der Stadt als Metropole haben.“

Wenn das nicht provinziell ist.

# Überfluggebiet Brandenburg?

—  
Wie sich die Lebensverhältnisse auf die Politik auswirken

### STEPHAN RAABE

Geboren 1962 in Düsseldorf,  
Landesbeauftragter für  
Brandenburg und Leiter des  
Politischen Bildungsforums  
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Bundespräsident Joachim Gauck stellte in seiner Abschiedsrede fest, die „liberale Demokratie“ stehe zunehmend unter „Beschuss“. <sup>1</sup> Sein Nachfolger Frank-Walter Steinmeier beklagte zu seinem Amtsantritt die „schleichende Erosion von innen“, die unsere Demokratie gefährde. <sup>2</sup>

Woher rühren diese Gefahren? Spielen möglicherweise Diskrepanzen zwischen Stadt und Land eine Rolle? Geht vielleicht von ländlichen Gebieten eine Gefahr aus, wie in den USA, wo der Anti-Establishment Wahlkampf von Donald Trump insbesondere in den „Überfluggebieten“ erfolgreich war?

Berlin und Brandenburg, die Hauptstadt-Metropole und das weite Land von Prignitz und Uckermark, Havel-, Spree- und Oderland, Lausitz und Elbe-Elster, sind ein gutes Beispiel, um diesen Fragen auf den Grund zu gehen. Man könnte Berlin als das „natürliche Zentrum“ des Landes Brandenburg ansehen, das die Metropole vollständig umfasst. Die Stadt ist multikulturell. Fast jeder dritte der rund 3,67 Millionen Einwohner hat einen Migrationshintergrund. Bei hoher Bevölkerungsfuktuation wuchs die Metropole vor allem durch den Zuzug von Ausländern in den letzten Jahren um fast 50.000 Einwohner pro Jahr. Die Stadt hat 2015/16 zudem rund 72.000 Flüchtlingsmigranten aufgenommen. Die Arbeitslosenquote betrug im März 9,4 Prozent. Ende 2015 gab es circa 4,5 Prozent Sozialhilfeempfänger. Im Landesparlament regiert nach fünf Jahren einer rot-schwarzen Regierung seit Herbst 2016

eine rot-rot-grüne Regierung; die Opposition bilden CDU, AfD und FDP. Die sich tendenziell als „Anti-Establishment-Bewegungen“ verstehenden Parteien Die Linke und AfD kommen zusammen auf 29,8 Prozent.

Brandenburg, mit der Wiedervereinigung 1990 als Land neu gegründet, hat 2,49 Millionen Einwohner. Es ist damit nach Mecklenburg-Vorpommern das am wenigsten dicht besiedelte Bundesland, der Fläche nach das fünftgrößte. Während die Bevölkerung insgesamt durch Abwanderung und die demografische Entwicklung bis 2014 pro Jahr um gut 10.000 Einwohner abnahm, wächst sie andererseits in der Metropolregion um Berlin stark an. Nur 5,0 Prozent der Bevölkerung hatten 2014 einen Migrationshintergrund. 2015/16 kamen knapp 38.000 Flüchtlingsmigranten hinzu. Die Arbeitslosenquote lag im März bei 7,6 Prozent, wobei es größere regionale Unterschiede gibt. So leben im Norden zwischen 8,8 und 13,3 Prozent Arbeitslose, im Süden zwischen 8,3 und 10,2 Prozent. Dagegen liegt die Arbeitslosigkeit in den Berlin-nahen Gebieten im Bundesdurchschnitt von 6,0 Prozent. 2,9 Prozent der Menschen erhielten 2015 Sozialhilfeleistungen. Politisch ist im Land seit 1990 die SPD die dominierende Kraft. Seit 2009 regiert sie mit den Linken. CDU, AfD, Grüne und Freie Wähler bilden die Opposition. Auch in Brandenburg kommen Linke und AfD auf gut 30 Prozent.

## WIRTSCHAFTSKRAFT, EINKOMMEN UND LEBENSZUFRIEDENHEIT

Unterschiedlich ist die Wirtschaftskraft von Stadt und Land: Brandenburg erreicht pro Kopf nur 88 Prozent des EU-Durchschnitts und sogar nur 70,6 Prozent des Bundesdurchschnitts, während Berlin in Bezug auf Europa bei 119 Prozent und im deutschen Vergleich bei 94,9 Prozent liegt.<sup>3</sup> Allerdings liegen Stadt und Land beim verfügbaren Einkommen je Einwohner mit 88,1 Prozent des deutschen Durchschnitts gleichauf, trotz unterschiedlicher Produktivität.<sup>4</sup>

In Brandenburg gibt es jedoch bei Wirtschaftskraft und Einkommen große regionale Unterschiede: Die kreisfreien Städte Potsdam (147,6 Prozent), Frankfurt (Oder) (128,6 Prozent), Cottbus (120,3 Prozent), Brandenburg (110,7 Prozent) sowie der Landkreis Spree-Neiße mit dem Braunkohlebergbau (138,2 Prozent) und die beiden südlich an Berlin anschließenden Kreise Dahme-Spreewald mit dem Flughafen BER (127,1 Prozent) und Teltow-Fläming (119,5 Prozent) liegen erheblich über dem Durchschnitt, während die meisten anderen Kreise auf erheblich niedrigere Werte kommen, insbesondere Märkisch-Oderland im Osten (72,2 Prozent), das Havelland im Westen (72,6 Prozent) oder der Barnim im Nordosten (75,8 Prozent).<sup>5</sup>

Beim Einkommen pro Kopf schneiden dagegen die kreisfreien Städte im Vergleich zum Durchschnitt des Landes, der 2014 bei 18.599 Euro lag,

ebenso unterdurchschnittlich ab wie die weit von Berlin entfernten Kreise.<sup>6</sup> An der Spitze stehen hier die südlich an Berlin anschließenden Kreise Potsdam-Mittelmark (110,7 Prozent), Dahme-Spreewald (104,3 Prozent) und Teltow-Fläming (103,0 Prozent).<sup>7</sup>

Die Zufriedenheit ist in Deutschland nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aktuell so hoch wie noch nie seit 1990. Im Osten sei sie in den letzten Jahren besonders stark angestiegen. Zwar liege sie dort immer noch etwas unter dem West-Niveau, aber der Abstand habe sich erheblich verringert. Das wird darauf zurückgeführt, dass sich in Deutschland anders als in anderen Ländern in den letzten Jahren Wirtschaft und Arbeitsmarkt positiv entwickelt haben.<sup>8</sup>

Die Berliner und Brandenburger rangieren beim „Glücksatlas 2016“ allerdings nur knapp vor Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt auf dem 16. und 17. Rang am Ende der Skala. Bei der Zufriedenheit mit dem Einkommen ist der Abstand zum Bundesdurchschnitt mit 0,7 Punkten am größten. Bei den Themen Gesundheit/Pflege und Arbeit sind es 0,4 Punkte weniger. Einen relevanten Unterschied zwischen Stadt und Land scheint es demnach aber nicht zu geben.<sup>9</sup>

## SOZIALER STATUS, WAHLBETEILIGUNG UND WAHLERGEBNISSE

Nach der Bundestagswahl 2013 hat die Bertelsmann Stiftung auf den Zusammenhang von sozialem Status und Wahlbeteiligung hingewiesen: Arbeitslosigkeit, fehlende Bildung, geringere Kaufkraft, prekäre soziale Milieus führten zu einer geringeren Wahlbeteiligung in Großstädten. In Berlin zeigte sich das insbesondere im Vergleich der Bezirke Marzahn-Hellersdorf im Osten und Steglitz-Zehlendorf im Südwesten mit einer Differenz von 14,7 Prozent (65,1 zu 79,8 Prozent).<sup>10</sup>

Aber auch in Brandenburg gibt es Unterschiede von bis zu 13,0 Prozent in der Wahlbeteiligung zwischen einzelnen Regionen: So lagen die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel mit 7,7 Prozent, Frankfurt (Oder) mit 3,5 Prozent und Cottbus mit 2,7 Prozent hinsichtlich der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl ebenso unter dem Durchschnitt von 68,4 Prozent wie auch die berlinfernen Kreise Prignitz mit 3,0 Prozent, Ostprignitz-Ruppin mit 5,7 Prozent, Uckermark mit 4,9 Prozent im Norden oder Oberspreewald-Lausitz im Süden mit 2,6 Prozent.<sup>11</sup>

Dieser Befund korrespondiert mit dem geringen Einkommen und der höheren Arbeitslosigkeit in diesen Gebieten. Dagegen lag die Wahlbeteiligung in den einkommensstärkeren und weniger von Arbeitslosigkeit betroffenen Teilen des Landes wie der Hauptstadt Potsdam mit 5,2 Prozent oder den Landkreisen Potsdam-Mittelmark mit 5,0 Prozent und Dahme-Spreewald mit 4,0 Prozent über dem Durchschnitt, was ebenso 2009 der Fall war.

Gibt es einen ähnlichen Zusammenhang auch bei der Wahlentscheidung? Die rechtsextreme NPD, die bei den Bundestagswahlen 2005 in Brandenburg 3,2 Prozent und 2009 sowie 2013 je 2,6 Prozent erreichte und damit zuletzt sogar vor der FDP mit 2,5 Prozent lag, hat ihre Hochburgen im Süden des Landes in den Kreisen Spree-Neiße mit 3,9 Prozent, Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster mit jeweils 3,7 Prozent, Oder-Spree mit 3,3 Prozent und Dahme-Spreewald mit 3,1 Prozent. Spree-Neiße mit dem Braunkohletagebau (138 Prozent BIP) und Dahme-Spreewald mit dem Flughafen Berlin Brandenburg (127 Prozent BIP) sind die wirtschaftsstärksten Landkreise in Brandenburg. Wie der Kreis Oder-Spree liegen sie auch bei den Einkommen über dem Landesdurchschnitt und weichen bei der Arbeitslosigkeit nicht negativ vom Landesschnitt ab. Schlechter ist zwar die Situation tief im Süden in den Kreisen Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz, doch lässt die disparate Lage kaum Rückschlüsse darauf zu, warum gerade in diesen Gegenden die NPD relativ stark in Erscheinung tritt.

### „ANTI-ESTABLISHMENT-PARTEIEN“ MIT WENIGER ZUSPRUCH

Die AfD, die als Protestpartei bei der Bundestagswahl 2013 erstmals antrat und in Brandenburg auf Anhieb 6,0 Prozent erreichte, platzierte sich damit vor den Grünen (4,7 Prozent) und der FDP (2,5 Prozent) als vierte politische Kraft. Ein Jahr später bei der Landtagswahl verdoppelte sie das Ergebnis auf 12,2 Prozent. Bemerkenswerterweise schnitt die AfD bei beiden Wahlen in den entlegenen ländlichen Kreisen im Norden – in der Prignitz (2013: 4,3 Prozent, 2014: 9,2 Prozent), in Ostprignitz-Ruppin (4,9 Prozent/10,6 Prozent), in der Uckermark (4,7 Prozent/10,7 Prozent) – und ganz im Süden – in den Kreisen Elbe-Elster (5,9 Prozent/11,4 Prozent) und Oberspreewald-Lausitz (5,8 Prozent/11,9 Prozent) – am schlechtesten ab. Überdurchschnittlichen Zuspruch fand sie dagegen in den an Berlin angrenzenden Kreisen (mit Ausnahme von Potsdam und Potsdam-Mittelmark) sowie im Südosten im Kreis Spree-Neiße.<sup>12</sup>

Die Linke, in Brandenburg eine „etablierte“ Partei, landete bei den Bundestagswahlen 2013 mit 22,4 Prozent und bei den Landtagswahlen 2014 mit 18,6 Prozent jeweils auf dem dritten Platz. Sie hat ihre Hochburgen in den im Osten an Berlin anschließenden Kreisen Barnim (2013: 26,6 Prozent, 2014: 23,2 Prozent), Märkisch-Oderland (25,8 Prozent/22,9 Prozent), Oder-Spree (24,0 Prozent/19,5 Prozent) sowie in Frankfurt (Oder) (27,2 Prozent/24,9 Prozent) und Potsdam (24,1 Prozent/23,7 Prozent). In den entfernten ländlichen Gebieten schneidet sie nur durchschnittlich ab.

Da die CDU ihre besten Ergebnisse mit mehr als 36 Prozent bei der Bundestagswahl und mehr als 24 Prozent bei der Landtagswahl in den entlegenen Landkreisen im Norden und Süden verzeichnete, ist die

Schlussfolgerung klar: Die „Anti-Establishment-Parteien“ finden in den entfernten ländlichen Gegenden, den „Überflugregionen“, weniger Zuspruch als in den Berlin-nahen Gebieten.<sup>13</sup>

Der Vergleich mit den Wahlergebnissen in Berlin zeigt zudem, dass diese bezüglich Linke (Bundestag 18,8 Prozent, Landtag 15,6 Prozent) und AfD (4,9 Prozent, 14,2 Prozent) kaum von Brandenburg abweichen.<sup>14</sup> Wenn also von politisch „Abgehängten“, Unzufriedenen oder Frustrierten die Rede ist, so sind diese wohl hier wie dort in Stadt und Land zu finden, was Brandenburg betrifft aber eher in der Umgebung der Metropole als auf dem weiter entfernten Lande.

<sup>1</sup> Rede vom 18.01.2017: [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2017/01/170118-Amtszeitende-Rede.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2017/01/170118-Amtszeitende-Rede.html).

<sup>2</sup> Rede vom 22.03.2017: [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2017/03/170322-Vereidigung.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2017/03/170322-Vereidigung.html).

<sup>3</sup> Vgl. Regional GDP in the European Union, 2014: [ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7192292/1-26022016-AP-EN.pdf/602b34e8-abba-439e-b555-4c3cb1dbbe6e](http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7192292/1-26022016-AP-EN.pdf/602b34e8-abba-439e-b555-4c3cb1dbbe6e).

<sup>4</sup> Vgl. Statistische Ämter der Länder: Gesamtwirtschaftliche Ergebnisse im Bundesvergleich, Ausgabe 2016: [www.vgrdl.de/VGRdL/tbls/VGR\\_FB.pdf](http://www.vgrdl.de/VGRdL/tbls/VGR_FB.pdf).

<sup>5</sup> Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, Kreisergebnisse für Deutschland: [www.vgrdl.de/VGRdL/tbls/?lang=de-DE](http://www.vgrdl.de/VGRdL/tbls/?lang=de-DE).

<sup>6</sup> Brandenburg/Havel 90,2 Prozent, Frankfurt (Oder) 91,8 Prozent, Cottbus 95,3 Prozent, Potsdam 98,1 Prozent, Uckermark 93,2 Prozent, Ostprignitz-Ruppin 94,4 Prozent, Prignitz 97,0 Prozent im Norden und Elbe-Elster 94,7 Prozent im Süden.

<sup>7</sup> Vgl. Statistischer Bericht P16 – j/14: Verfügbares Einkommen und Primäreinkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen im Land Brandenburg 1993 bis 2014, S. 18–21: [www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat\\_berichte/2016/SB\\_P01-06-00\\_2014j01\\_BB.pdf](http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat_berichte/2016/SB_P01-06-00_2014j01_BB.pdf).

<sup>8</sup> Vgl. Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland holt auf, Pressemitteilung des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung vom 17.03.2017: [www.diw.de/de/diw\\_01.c.100319.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilungen.html?id=diw\\_01.c.554636.de](http://www.diw.de/de/diw_01.c.100319.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilungen.html?id=diw_01.c.554636.de); zur Diskussion um die Studie Ronnie Schöb: Zufrieden und unzufrieden zugleich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.04.2017, S. 18.

<sup>9</sup> Vgl. Christine Fratzke / Ulrike von Leszczynski: „Glücksatlas 2016. Brandenburger gehören zu den unglücklichsten Deutschen“, in: Potsdamer Neueste Nachrichten vom 18.10.2016: [www.pnn.de/brandenburg-berlin/1123137/](http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/1123137/).

<sup>10</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung: Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013, hier Berlin: [www.wahlbeteiligung2013.de/berlin/](http://www.wahlbeteiligung2013.de/berlin/).

<sup>11</sup> Diese Städte und Kreise hatten auch schon 2009 bei der Bundestagswahl die niedrigste Wahlbeteiligung. Vgl. Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg 4+5/2013, S. 58–85, Wahl zum 18. Deutschen Bundestag in Brandenburg 2013, hier S. 65: Wahlbeteiligung: [www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/aufsaeetze/2014/HZ\\_201304-02.pdf](http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/aufsaeetze/2014/HZ_201304-02.pdf).

<sup>12</sup> Bei der Landtagswahl 2014 erzielte die AfD im Grenzgebiet an Oder und Neiße zwischen den Ämtern Golzow und Döbern-Land mit 15–22,5% die höchsten Ergebnisse.

<sup>13</sup> Zu den Wahlergebnissen siehe: [wahlergebnisse.brandenburg.de](http://wahlergebnisse.brandenburg.de).

<sup>14</sup> Zu den Wahlergebnissen siehe: [www.wahlen-berlin.de](http://www.wahlen-berlin.de); dass Die Linke in Berlin etwas schwächer ist als in Brandenburg, liegt am Westteil der Stadt, in dem sie weniger Stimmen erhält: Bundestagswahl 2013 / Landtagswahl 2016 Berlin-West: 10,8/4,2 Prozent, Berlin-Ost 29,5/28,1 Prozent.

# Ticken die Sachsen anders?

Anmerkungen zum „Sachsen-Monitor 2016“

## MICHAEL MERTES

Geboren 1953 in Bonn, Jurist, Autor und literarischer Übersetzer, von 2011 bis 2014 Leiter des Auslandsbüros Israel der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Wenn es um die politische Kultur im Osten Deutschlands geht, richten sich seit einiger Zeit die Scheinwerfer der Öffentlichkeit auf den Freistaat Sachsen. Gewiss hat die seit 2014 aktive „Pegida“-Bewegung erheblichen Anteil an dieser gesteigerten Aufmerksamkeit. Ticken

die Sachsen anders? Wirft man einen oberflächlichen Blick etwa auf den „Sachsen-Monitor 2016“ (eine im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei vom Markt- und Politikforschungsinstitut „dimap“ erstellte Studie), könnte man versucht sein, diese Frage zu bejahen. Die Wirklichkeit sieht freilich anders aus. Jedenfalls ist sie viel komplexer.

Zur Komplexität gehört, dass – wie die Studie nachweist – in wichtigen Fragen politischer Kultur signifikante Unterschiede innerhalb Sachsens bestehen, nämlich zwischen dem Direktionsbezirk Leipzig einerseits und den Direktionsbezirken Chemnitz und Dresden andererseits. Bemerkenswert sind auch die Unterschiede zwischen den Generationen. So nennen von den

18- bis 29-Jährigen 28 Prozent – doppelt so viele Befragte wie bei den Altersgruppen ab 60 Jahren – den Themenkomplex „Asylpolitik/zu viele Ausländer/Überfremdung“ als „wichtigstes Problem“ in Sachsen, wenn sie ohne Vorgabe einer Antwortmöglichkeit gebeten werden, ihre Ansicht spontan zu äußern. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite stehen jene 20 Prozent der 18- bis 29-Jährigen, die den Anstieg des Rechtsextremismus als wichtigstes Problem für ihr Land bezeichnen – wiederum doppelt so viele wie bei den Befragten ab 60, ja sogar bei den Altersstufen ab 30 Jahren. Hier zeigt sich innerhalb der jungen Generation eine Polarisierung, die stärker ausgeprägt ist als bei älteren Jahrgängen.

Allein diese Beispiele verdeutlichen, dass der „Sachsen-Monitor 2016“ nicht für generalisierende Urteile über die sächsische Bevölkerung taugt. Länderübergreifende Vergleiche widerlegen zudem die These eines sächsischen Sonderweges auf dem Feld der politischen Kultur.

Aus den zahlreichen Aspekten, unter denen sich die Befunde der Sachsen-Studie auswerten lassen, sollen hier drei herausgegriffen werden: *Erstens*: der Vergleich mit den anderen ostdeutschen Ländern; *zweitens*: neuere Entwicklungen in Ostmitteleuropa (Polen, Ungarn); *drittens*: Tendenzen in der jüngeren Generation.

## KEIN SONDERFALL SACHSEN

Bei einem Ost-West-Vergleich grundlegender politischer Orientierungen fällt Sachsen keineswegs als extremer Sonderfall im Kreis der ostdeutschen Bundesländer auf. Die These von einer spezifisch sächsischen Anfälligkeit für Rechtspopulismus, Demokratieverdrossenheit und gruppenbezogene Aversionen lässt sich nicht aufrechterhalten.

Mitprägend für die gesamtdeutsche politische Kultur sind nach wie vor deutliche Einstellungsunterschiede zwischen Ost und West. Bereits an der Oberfläche, nämlich den Ergebnissen der Sonntagsfrage (Landtagswahlen), sind fortbestehende Differenzen zwischen dem Osten und dem Westen der Bundesrepublik ablesbar: Im Osten kam die AfD 2016 auf Werte zwischen 15 und 25 Prozent – im Westen lagen ihre Werte um rund 10 Prozent niedriger, nur in Hessen und Baden-Württemberg gab es zuletzt deutliche Abweichungen nach oben (Hessen 14 Prozent im Januar 2017, Baden-Württemberg 17 Prozent im September 2016). Einiges spricht für die Vermutung, dass die AfD-Zahlen im Zuge des Bundestagswahlkampfes insgesamt zurückgehen werden – nicht zuletzt deshalb, weil eine Polarisierung zwischen Union und SPD die Behauptung der AfD konterkariert, sie sei die einzige „Alternative“ zum Status quo.

Im West-Ost-Vergleich zeigen sich deutliche Meinungsunterschiede auch dort, wo nach dem Funktionieren unserer Demokratie oder der Glaubwürdigkeit unserer Medien gefragt wird.

## INSTITUTIONENVERTRAUEN – UNTERSCHIEDE ZWISCHEN WEST UND OST

Im Dezember 2016 ergab eine Studie von „infratest dimap“ im Auftrag des WDR, dass fast zwei Drittel (64 Prozent) der Westdeutschen mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland zufrieden oder sehr zufrieden sind, im Osten Deutschlands dagegen etwas weniger als die Hälfte (49 Prozent). Unter den staatlichen Institutionen genießt die Polizei auf gesamtdeutscher Ebene mit 81 Prozent das höchste Vertrauen, doch auch hier weichen West und Ost signifikant voneinander ab (West 84, Ost 70 Prozent). Dieses Muster setzt sich fort im Blick auf das Bundesverfassungsgericht (West 72, Ost 57 Prozent), die Bundesregierung (West 42, Ost 35 Prozent) und den Bundestag (West 43, Ost 32 Prozent).

Häufiger als ihre ostdeutschen Mitbürger (48 Prozent) halten westdeutsche Befragte (59 Prozent) die Medien für eine glaubwürdige Informationsquelle. Dieses Gefälle von rund 10 Prozent bleibt bestehen, wenn konkret nach „staatstragenden“ Medien wie Tageszeitungen, öffentlich-rechtlichem Radio und öffentlich-rechtlichem Fernsehen gefragt wird. Im Westen lehnen mehr als drei Viertel der Befragten (77 Prozent) das Wort „Lügenpresse“ ab, im Osten sind es gut zwei Drittel (68 Prozent). Die Bertelsmann-Studie „Willkommenskultur im „Stresstest““ vom April 2017 konstatiert, dass Ost und West im Hinblick auf die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, „weiter auseinander driften“.

Der „Sachsen-Monitor 2016“ bestätigt den Eindruck, dass die Ansichten der sächsischen Bevölkerung im Großen und Ganzen denen der übrigen Ostdeutschen entsprechen. So äußern sich 51 Prozent eher zufrieden oder sehr zufrieden über das Funktionieren der Demokratie auf Bundesebene; für die eigene Landesebene sagen das sogar 56 Prozent (Brandenburg 57 Prozent im November 2016, Mecklenburg-Vorpommern 62 Prozent im August 2016). Ein ähnlicher Gleichklang zwischen Sachsen und anderen Ostdeutschen ist beim Institutionenvertrauen zu beobachten: Polizei 70 Prozent (Ost 70), Bundesregierung 33 (Ost 35), Bundestag 33 Prozent (Ost 32).

## NATIVISTISCHE STRÖMUNGEN

Spätestens mit der (oft so genannten) Flüchtlingskrise seit 2015 sind Bruchlinien zwischen den westlichen Altmitgliedern und den ostmitteleuropäischen Neumitgliedern der Europäischen Union sichtbar geworden. Der Wunsch nach Verteidigung kultureller Identität und nationaler Souveränität gegen Entwicklungen, die als „Überfremdung“ und „Fremdbestimmung“ empfunden werden, lässt sich mit dem US-amerikanischen Begriff „Nativismus“ genauer erfassen als mit der Allerweltsbezeichnung „Rechtspopulismus“.

Nativistische Strömungen gibt es auch im Westen Europas – in Großbritannien ebenso wie in den Niederlanden und Frankreich. Aber anders als in Ungarn und Polen haben sie es nicht geschafft, parlamentarische Mehrheiten hervorzubringen. Internationale Vergleichsstudien des Washingtoner *Pew Research Center* von 2016 und 2017 zeigen, dass Deutschland bei nativistischen Einstellungen im europäischen Mittelfeld liegt.

Es ist kein überraschender Befund, dass der Osten Deutschlands in dieser Hinsicht näher beim ostmitteleuropäischen, der Westen Deutschlands näher beim westeuropäischen Mainstream liegt. Der „Sachsen-Monitor 2016“ liefert dafür aussagekräftige Hinweise. Nativistische Tendenzen lassen sich besonders klar an den Sorgen der Befragten vor „Überfremdung“ ablesen. In Sachsen gaben 58 Prozent an, die Bundesrepublik sei „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“. Das gelte auch für ihre persönliche Wohnumgebung, meinten 17 Prozent. Bei den 18- bis 29-Jährigen waren es sogar 32 Prozent. Hier klaffen tatsächliche Verhältnisse (praktisch keine Ausländer in der persönlichen Wohnumgebung) und gefühlte Wirklichkeit in grotesker Weise auseinander. Der „Sachsen-Monitor 2016“ erklärt diese Diskrepanz mit „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Man könnte sie aber auch als Symptom einer tiefsitzenden Angst vor Identitätsverlusten interpretieren.

Für die enorme Bedeutung der Identitätsfrage spricht auch, dass das Institutionenvertrauen in Sachsen umso größer ist, je näher – im wörtlichen Sinne – eine Institution den Bürgerinnen und Bürgern steht: Zum Bürgermeister der eigenen Gemeinde oder Stadt haben 57 Prozent der sächsischen Befragten Vertrauen – dagegen nur 18 Prozent zur Europäischen Kommission. Im Prinzip dürfte ein solches Vertrauensgefälle auch in anderen europäischen Regionen und Ländern zu beobachten sein; es taugt also ebenfalls nicht als Indiz für einen sächsischen Sonderweg.

## JE JÜNGER, DESTO SKEPTISCHER GEGENÜBER AUTORITÄTEN

Als Deutschland 1990 seine staatliche Einheit wiedererlangte, war die Hoffnung groß, dass die innere Einheit nach einer Generation auch in den Köpfen der Deutschen vollendet sein werde. Doch wie hätte dieser Angleichungsprozess politisch forciert werden können? Schon 1844 hatte Heinrich Heine in seinem „Wintermärchen“ die innere Einheit als „Einheit im Denken und Sinnen“ definiert – und gespottet, das wirksamste Mittel, dieses Ziel zu erreichen, sei die Zensur.

Jedenfalls hat die Zeit allein eine völlige „Einheit in Köpfen“ nicht bewirken können. Aber man sollte doch erwarten, dass der mentale Angleichungsprozess umso weiter fortgeschritten ist, je jünger die Befragten sind.

Doch da wartet der „Sachsen-Monitor 2016“ mit einigen kontraintuitiven Befunden auf. So ist bei denjenigen, die im vereinten Deutschland aufgewachsen sind (also der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen), das Institutionenvertrauen besonders schwach ausgeprägt – und bei denjenigen, die den größten Teil ihres Lebens in der DDR verbracht haben (also der Altersgruppe 70 plus), besonders stark. Polizei: 55 versus 77 Prozent; Justiz: 52 versus 51 Prozent; Sächsische Staatsregierung: 39 versus 49 Prozent; Sächsischer Landtag: 35 versus 49 Prozent; Bundestag: 29 versus 39 Prozent; Bundesregierung: 27 versus 40 Prozent; Parteien: 13 versus 21 Prozent.

Was ist der Grund dafür? Das verhältnismäßig geringe Institutionenvertrauen der jungen Generation in Sachsen hat wohl vor allem mit einer größeren Skepsis gegenüber Autoritäten zu tun. Braucht Deutschland jetzt „eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“? Das bejahen 50 Prozent der 18- bis 29-Jährigen, aber fast zwei Drittel – 65 Prozent – der Altersgruppe 70 plus. Bemerkenswert ist auch, wie unterschiedliche Altersgruppen auf die Frage antworten, ob „in diesen Zeiten ... unbedingt eine starke Hand gebraucht wird“. Bejaht wird dies von 54 Prozent der 18- bis 29-Jährigen, 61 Prozent der 30- bis 44-Jährigen, 64 Prozent der 45- bis 59-Jährigen, 59 Prozent der 60- bis 69-Jährigen und 67 Prozent der Altersgruppe 70 plus.

## OFFENER TRANSFORMATIONSPROZESS

Die politische Kultur im Freistaat Sachsen unterscheidet sich nach alledem nicht signifikant von der politischen Kultur in Ostdeutschland und weiten Teilen Ostmitteleuropas. Fragen der Identität und Zugehörigkeit, die sich in der Angst vor „Überfremdung“ negativ manifestieren, spielen in der jüngeren Generation Sachsens eine größere Rolle als in älteren Jahrgängen. Gleichzeitig sind in dieser Generation die Sorge vor dem Anstieg des Rechtsextremismus und die Ablehnung eines autoritären Politikverständnisses am stärksten ausgeprägt.

*Zahlen ohne Angabe des Instituts sind Studien der Meinungsforschungsinstitute „dimap“ und „infratest dimap“ entnommen.*

# Antworten auf den Unmut

—  
Über den Wert kleiner Einheiten

## VINCENT KOKERT

Geboren 1978 in Neustrelitz, seit  
Oktober 2011 Fraktionsvorsitzender  
der CDU-Landtagsfraktion  
Mecklenburg-Vorpommern, seit  
April 2017 Landesvorsitzender der  
CDU Mecklenburg-Vorpommern.

„Ländlicher Raum“ – eine Begrifflichkeit, die sich in der Politik, in den Medien, im gesamten öffentlichen Diskurs als Bezeichnung für etwas durchzusetzen scheint, was man früher schlicht „Dörfer und Kleinstädte“ nannte. Dabei handelt es sich bei dem sogenannten „Ländlichen Raum“ um eine Wortschöpfung der Verwaltung,

in diesem Falle des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR), einer Behörde mit rund 1.250 Mitarbeitern und einem Etat von beinahe 100 Millionen Euro. Dieses Bundesamt hat über Deutschland ein Raster gelegt mit dem Ergebnis, dass es hierzulande Ballungsräume beziehungsweise Städte gibt und eben den Rest: einen mehr oder minder dicht besiedelten „Ländlichen Raum“.

Allein die Wortwahl deutet darauf hin, dass den Beamtinnen und Beamten weniger dicht besiedelte Regionen nicht ganz geheuer erscheinen. Die Begrifflichkeit „Ländlicher Raum“ klingt merkwürdig distanziert und drückt dabei recht schonungslos aus, was in den Köpfen derjenigen vorgeht, die an ein Dorf denken: Überalterung, keine Arbeitsplätze, schlechte Straßen. „Ländlicher Raum“ – eine Begrifflichkeit wie ein Seufzer. Dabei wohnen in Mecklenburg-Vorpommern, wenn man sich an dieser Definition orientiert, die allermeisten Menschen im Ländlichen Raum. Lediglich die Hansestadt Rostock wird als „städtisch“ angesehen, die Landeshauptstadt Schwerin und der Kreis Nordwestmecklenburg gelten zumindest als „ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen“. Im Nachbarland Schleswig-Holstein sieht es ähnlich aus, in Brandenburg sowieso. Dreißig Prozent aller Deutschen wohnen in mehr oder weniger dünn besiedelten Gegenden. Diese Gegenden machen aber über siebzig Prozent der Fläche Deutschlands aus.

## GLEICHWERTIGKEIT DER LEBENSVERHÄLTNISSE

Wählerstimmen spiegeln diese Gewichtung aus gutem Grund nicht wider. Wer Politik für Menschen in dünn besiedelten Regionen macht, muss sich daher die Frage gefallen lassen, ob er ignoriert, dass die Mehrzahl der Menschen gar nicht in dünn besiedelten Regionen lebt. Wer Politik für Menschen auf dem Dorf macht, der macht sich verdächtig, politische Prioritäten falsch zu setzen. Ist Politik, die besonders die ländlichen Regionen in den Blick nimmt, daher rational begründbar? Für Mecklenburg-Vorpommern mag man diese Frage aufgrund der spezifischen Situation möglicherweise noch bejahen, aber taugt sie als Ansatz für Deutschland insgesamt? Das Grundgesetz gibt darauf in Artikel 72 eine eindeutige Antwort, denn dort ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet verankert.

Aber auch moralisch gibt es keine Begründung dafür, jemanden als Bürger zweiter Klasse zu behandeln, weil er sich – bewusst oder unbewusst – dafür entschieden hat, nicht in der Stadt oder in Ballungszentren zu leben. Und zu guter Letzt: Wenn siebzig Prozent der Fläche Deutschlands als mehr oder minder dünn besiedelt gelten, wirkt es geradezu aberwitzig, wenn beinahe drei Viertel des Bundesgebietes zu politisch kaum relevanten Regionen erklärt werden.

Soweit die Theorie. Aber wie gibt man diesen Regionen heute eine sinnvolle Perspektive? Wie behandelt man diese Regionen fair, wo doch der Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit auf Metropolen wie Berlin, Hamburg, München oder den Regionen Rhein-Ruhr und Rhein-Main zu liegen scheint? Wie schafft man es, dass auch die Menschen in den weniger dicht

besiedelten Regionen die Überzeugung gewinnen, politisch nicht als zweit-rangig wahrgenommen zu werden? Hierzu vier Thesen:

### Wer das Organisieren staatlichen Handelns nur als Kostenfaktor betrachtet, übersieht, dass es Demokratie nicht gratis gibt.

Insbesondere die kommunale Ebene sieht sich heute oft mit dem Vorwurf konfrontiert, dass es ihr an Effizienz mangle und es daher sachgerecht sei, sie in größeren Einheiten zu organisieren. Betrachtet man das kommunale Ehrenamt lediglich unter dem Kostengesichtspunkt, so mag das sogar zutreffend sein. Rein rechnerisch wäre es möglicherweise günstig, Deutschland zu einem Zentralstaat umzubauen sowie die Bundesländer, die Kreise und die Gemeinden aufzulösen und nachgelagerte Einheiten einer Zentralregierung einzurichten.

Selbst wenn man an dieser Stelle die verbindlichen Vorgaben des Grundgesetzes zur föderalen Ordnung und kommunalen Selbstverwaltung einmal beiseite ließe, weist eine solche Betrachtungsweise erhebliche Schwächen auf. Es stellt sich vor allem die Frage, ob ein solcher Schritt das demokratische Bewusstsein in der Gesellschaft stärken oder schwächen würde. Wo man einem Menschen Verantwortung überträgt, nimmt er diese in der Regel wahr, und er nimmt sie auch ernst. Das Gegenbeispiel war die DDR, in der man – suchte man einen Verantwortlichen – praktisch auf allen Ebenen stets mit dem Finger auf eine übergeordnete Behörde zeigen konnte. Und dies sogar zu Recht: Die Menschen wurden systematisch der Verantwortung entledigt.

Es ist daher in erheblichem Maße kurzsichtig, das demokratische Gefüge nur unter Kostengesichtspunkten zu betrachten: Wer kommunale Funktions- und Mandatsträger aus der Verantwortung entlässt, indem politische Spielräume beschnitten werden oder weil die Unmittelbarkeit der Verantwortung entfällt, der riskiert, dass das demokratische Verantwortungsbewusstsein und damit die Demokratie als solche Schaden nimmt. „Demokratiekosten“ lassen sich in öffentlichen Haushalten nicht abbilden, Fingerspitzengefühl von Politikern ist an dieser Stelle deshalb gefragt.

### Digitale Infrastruktur ist heute so wichtig wie fließendes Wasser und befahrbare Straßen.

Viel zu lange wurde das Breitbandinternet als eine Spezialinfrastruktur für wissensbasierte Berufe betrachtet. Tatsächlich ist der Zugang zu schnellem Internet heute für fast jeden Deutschen so wichtig und selbstverständlich wie ein Wasserhahn oder eine asphaltierte Straße. Das Bedürfnis nach Kommunikation und Information, kurz: nach Nutzung des Internets, ist erfreulicherweise so verbreitet, dass politisch kein Weg daran vorbeiführt, das gesamte Bundesgebiet schnellstmöglich mit Breitbandinternet zu versorgen, auch, aber eben nicht nur, um unternehmerische Ansiedlungen überhaupt erst sinnvoll erscheinen zu lassen.

**Erst stirbt die Schule, dann das Dorf – der Erhalt kleiner Grundschulen ist existenziell, um das Leben auf dem Dorf attraktiv zu erhalten.**

Eine Familie wird sich nur dann für das Leben auf dem Dorf entscheiden, wenn eine Grundschule in erreichbarer Nähe liegt. Dies gilt auch für weiterführende Schulen: „Kurze Beine“ fordern kurze Wege. Schulschließungen führen zur Abwicklung von Dörfern durch die Hintertür. Wo eine Schule erst einmal geschlossen ist, wird im Normalfall nie wieder eine neue eröffnet. Der politische Fokus muss daher auf den Erhalt kleiner Grundschulstandorte gerichtet sein.

Zwar gilt auch für diese Standorte das Kostenargument. An dieser Stelle ist mehr Innovationsfreude in der Kultusbürokratie gefragt: Ist es politisch erklärter Wille, kleine Schulstandorte zu erhalten, ist die Kultusbürokratie aufgefordert, innovative Konzepte zu erarbeiten, abseits des abgegriffenen Konzepts vom jahrgangsübergreifenden Unterricht. Die Digitalisierung birgt auch in diesem Bereich noch nicht ausgeschöpfte Effizienzreserven.

**Eine Behörde ist nicht nur eine Verwaltungseinheit, sondern auch Arbeitgeber.**

Die Tatsache, dass sich beispielsweise das Kraftfahrt-Bundesamt, eine Behörde mit beinahe 700 zum Teil hoch bezahlten Mitarbeitern, in Flensburg befindet, lässt sich kaum damit begründen, dass Flensburg in Deutschland besonders zentral gelegen ist. Hier wurde bewusst und politisch gewünscht, Kaufkraft in einer strukturschwachen Region zu verankern.

Dieser Mut, den die Mütter und Väter der jungen Bundesrepublik Anfang der 1950er-Jahre hatten, fehlt heutzutage vielfach. Wird heute eine Behörde eingerichtet, verlagert oder neu zugeschnitten, wird der Fokus darauf gelegt, wie man dies den Beschäftigten möglichst schonend beibringt. Dies mag verständlich erscheinen, aber hier wird bewusst auf ein politisches Instrument verzichtet, mit dem sich Regionen, die weniger stark sind, aktiv stützen lassen. Zumal es heute weniger denn je gute Argumente dafür gibt, Verwaltungen zu konzentrieren: Zumindes Telefonanschlüsse gibt es selbst in den entlegensten Gegenden, das Straßen- und Schienennetz war nie besser ausgebaut.

Politik kann Antworten auf den Unmut in ländlichen Regionen geben. Der erste Schritt dazu ist, sich die richtigen Fragen zu stellen.

# Von wegen Landei

—  
Heimat und Internationalität

**BARBARA BISSBORT**

Geboren 1992 in Zweibrücken, stellvertretende Vorsitzende des Bundes der Deutschen Landjugend e.V. (BDL), zuständig unter anderem für die Internationale Jugendarbeit und internationale Jugendpolitik.

Wer die Klischees des Landlebens vor Augen hat, dem wird es schwerfallen, den Bogen zur Internationalität zu spannen. Sind das nicht Gegensätze? Abgeschiedenes Idyll inmitten von Natur und Tieren versus multinationale Herausforderungen ...

Dabei hat diese antagonistische Konstruktion so wenig mit der Realität zu tun wie mein Aufwachsen auf dem Bauernhof mit den „Heidi“-Sendungen im Fernsehen. Zwar gibt es spezielle Beispiele dafür, dass die Welt auf dem Lande immer noch sehr klein sein kann – wie im Fall einer Landwirtin aus meinem Nachbarort, die befürchtete, dass ihr Mann sie nicht im Krankenhaus besuchen würde: Von ihrem Dorf in Rheinland-Pfalz lag das Krankenhaus im saarländischen Homburg eine halbe Stunde entfernt. Noch nie in seinem ganzen Leben sei er woanders gewesen, schon gar nicht im Saarland, so ihre Klage.

Wie steht es also um die Internationalität der „Landeier“? Und: Wie wird man dort „international“? Meine erste internationale Erfahrung war ein Schüleraustausch – und nach der schulischen Laufbahn fast ein Muss: Wer nach dem Abitur nicht mindestens drei Monate im Ausland war, galt schnell als Versager. Das ist sicher auch nicht richtig, schließlich sollte jeder für sich entscheiden, wie sein „Über-den-Tellerrand-Schauen“ aussieht.

Im Allgemeinen sammeln viele ihre ersten internationalen Erfahrungen im Urlaub. Und da gibt es einen Unterschied zwischen Städtern und den Menschen, die den ländlichen Raum ihre Heimat nennen: Mein Vater, Landwirt mit Leib und Seele, hat ein einziges Mal Urlaub in einem anderen Land gemacht – nicht, weil er nicht möchte, sondern weil das nur schwer zu ermöglichen ist. Denn im Sommer liegt für die Bauern die Arbeitsspitze des Jahres – die ganze Familie ist eingespannt. Außerdem gilt es, die Tiere auf dem Hof – Nutztiere – zu versorgen. Es geht nicht, wenn nicht jemand zur Verfügung steht, der diese – auch vertrauensvolle Aufgabe – übernimmt.

## VEREINE ALS INTERNATIONALE BRÜCKEN

Aber: Landwirte brauchen nicht unbedingt Urlaub, um ins Ausland zu fahren! So vielfältig andere Nationen sind, so vielfältig ist inzwischen die Landwirtschaft selbst. Groß ist die Neugierde bei vielen Junglandwirten, Betriebe und das Landleben im Ausland kennenzulernen. So erweitern sie den eigenen Horizont und schauen aus anderer Perspektive auf den eigenen Hof. Und selbst wenn man als Landwirt daheim bleibt, führt an Internationalität kein Weg vorbei. Keiner kann seine hochwertigen Produkte nur noch ab Hof direkt an den Verbraucher verkaufen, die Handelspartner werden internationaler. Wir verkaufen Getreide nach Frankreich, und es „trudeln“ Rechnungen auf Französisch bei uns ein. Ist das nicht ein Weg zu echter Internationalität, der selbst vielen Städtern fehlt?

Natürlich strahlen große Städte mehr internationale Vielfalt aus als mein kleines 800-Einwohner- beziehungsweise 500-Schweine-Dorf. In der Stadt leben weit mehr Menschen und Nationalitäten, entsprechend gibt es mehr Möglichkeiten für Kontakte und Austausch. Aber macht nur die Multinationalität im Umfeld die Menschen internationaler?

Wenn man darüber nachdenkt, wie typische „Landeier“ zu weltoffenen, neugierigen Menschen mit internationalen Erfahrungen werden können, dann ist mein Ansatz in erster Linie: durch das ehrenamtliche Engagement. Das verleiht dem ländlichen Raum Muskeln und macht ihn offen und weit. In den Dörfern sind durchschnittlich mehr Menschen ehrenamtlich engagiert und in Vereinen aktiv als in der Stadt.<sup>1</sup> Vor allem ist die Bindung an die Vereine intensiver. In diesem Umfeld werden viele stabile internationale Brücken gebaut. Denn Gleichgesinnte – wie etwa beim Volkstanz, bei der Freiwilligen

Feuerwehr oder dem Karneval – gibt es auf der ganzen Welt: Meine Großeltern singen in einem Dorfchor, der alle zwei Jahre eine Auslandsreise unternimmt. Sie treten dann in anderen Ländern auf und singen gemeinsam mit ihren Gastgebern. Menschen mit ähnlichen Interessen tauschen sich aus und entdecken unzählige Kleinigkeiten, die Verständnis füreinander schaffen. Sei es beim Bauernverband, dessen Aktive sich vor allem für die praktische Landwirtschaft anderer Länder interessieren, bei kirchlichen Vereinigungen, die Partnergemeinden besuchen, oder beim Heimatverein, der sich mit regionalgeschichtlich Interessierten anderer Länder über Konzepte austauscht – das „Schmoren im eigenen Saft“ wird zunehmend die Ausnahme.

## „FREMDE WERDEN FREUNDE“

Doch in den sogenannten strukturschwachen peripheren ländlichen Regionen, in denen die Kultur- und Freizeitangebote der kommunalen Seite nicht (mehr) sichtbar sind, wittern rechte Gruppierungen (immer noch) ihre Chance. Gezielt bieten sie Rockkonzerte, Ferienlager oder Sommerfeste insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene an. Nicht nur die jungen Leute durchschauen nicht sofort, dass es sich um rechtsradikale Lockangebote handelt, auch Eltern freuen sich oft zunächst über diese zusätzlichen Sport- oder Kreativkurse für ihre Kinder. Dahinter steckt aber die Strategie, als „Kümmerer“<sup>2</sup> die „Lücken“ zu besetzen, die sich ihnen bieten, um rechts-extreme Netzwerke aufzubauen. Haben sie sich erst etabliert, können sie ihre menschenverachtenden Theorien verbreiten. Dabei fällt ins Gewicht, dass in ausgedünnten Regionen eine Gruppe von zehn Personen bereits eine „Macht“ darstellen kann – in einer Stadt würde sie mit dieser Anzahl diese Wirkung nie erzielen. Daher ist das Klischee, „Landeier“ würden stärker ins rechte Lager tendieren, falsch. Nur bieten sich den „Rechten“ günstigere Bedingungen, um mit überschaubarem Aufwand Fuß zu fassen. Insofern ist diese Strategie auch kein spezifisch ostdeutsches Problem. Strukturschwache Regionen gibt es in Ost und West, Nord und Süd.

Auch auf dem Land gibt es viele demokratiefördernde Projekte, Aktionstage, Initiativen und Proteste gegen rechte Gruppierungen, mit denen die Menschen klare Zeichen für ein kulturelles und internationales Miteinander setzen. Unser Projekt bei der Landjugend heißt „Fremde werden Freunde“, mit dem wir für Demokratie und ein friedvolles Miteinander eintreten und beispielsweise Geflüchtete mit einbinden, wenn zum Wohl der Gemeinschaft angepackt wird. Voraussetzung für eine lebendige und couragierte Zivilgesellschaft in jeder Gemeinde ist jedoch ein klares politisches Bekenntnis dazu, dass auch die prekären ländlichen Regionen künftig nicht im Stich gelassen werden. Ein gezieltes Förderprogramm wäre notwendig, eine langfristig angelegte Raumplanung im Sinne einer Struktur- und Entwicklungsplanung

müsste vorangetrieben werden, die den Dialog mit den Organisationen, Institutionen und vor allem mit den Bürgern nicht scheut und die Potenziale wiederentdeckt.

## INTERNATIONALES ENGAGEMENT

Seit fast zehn Jahren engagiere ich mich bei der Landjugend. Angefangen bei der Ortsgruppe bis heute als stellvertretende Bundesvorsitzende ist der internationale Austausch alles andere als eine unbedeutende Fußnote. Wir haben Partnerlandjugendgruppen in Österreich, Polen, Russland, der Schweiz, selbst in Ghana. Zahlreiche deutsch-französische Kinderfreizeiten und Tandemkurse, Austauschtreffen mit Junglandwirten und Jungwinzern verschiedener Länder, Lehrfahrten nach Israel, Irland, Ungarn finden statt. Hinzu kommen Kooperationen mit der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch, mit dem Deutsch-Französischen und dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk, multinationale Seminare mit der *Rural Youth Europe* (RYEurope) und dem Europäischen Rat der Junglandwirte (*Conseil Européen des Jeunes Agriculteurs*, CEJA). Das ist nur eine kleine Auswahl unseres internationalen Engagements. Daraus sind bereits viele internationale Freundschaften erwachsen, von denen wir enorm profitieren. Oft haben sich Erfahrungen herausbildet, die eigene Probleme relativieren und lösen helfen. Die internationalen Begegnungen prägen, weil es überall junge engagierte Menschen gibt, die unsere Welt besser machen wollen – lokal, national und global. Die Möglichkeit, gemeinsam mit ihnen unsere Zukunft zu gestalten, und das Herz fürs Land entwickeln eine eigene Dynamik, die stark und glücklich macht.

Meine Heimat ist das Leben auf dem Land. Das sind meine Wurzeln. Die möchte ich nicht aufgeben. Aber nur, wenn Bäume starke Wurzeln haben, können sie über sich hinauswachsen. Das gilt im übertragenen Sinne auch für uns, denn unsere Dörfer haben nur dann Zukunft, wenn wir sie als Teil einer zunehmend globalen Welt betrachten. Einzelkämpfer haben langfristig keine Chance.

<sup>1</sup> [www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/LaendlicheRaume/Studie-Buerger-engagement-LR.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/LaendlicheRaume/Studie-Buerger-engagement-LR.pdf?__blob=publicationFile), S. 149 [Zugriff am 27.04.2017].

<sup>2</sup> Bund der Deutschen Landjugend (Hrsg.): *Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen*, Berlin 2017, S. 61, S. 102, S. 108, S. 152, S. 179.

## SCHWERPUNKT

# Ob Stadt, ob Land ... auf die Menschen kommt es an!

—  
Für eine differenzierte Meinungsbildung

## BRIGITTE SCHERB

Geboren 1954 in Dennhausen, seit 2007 Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes.

Immer mehr Städter kennen das Landleben nicht aus eigener Erfahrung. Sie haben eine romantische Vorstellung davon. Aber sind das nur die Menschen, die in der Stadt leben?

Nicht jede oder jeder auf dem Land ist Landwirtin oder Landwirt und kennt die Routinen im Stall und auf dem Feld. Und ist es nicht so, dass wir alle die gleichen Medien nutzen, unabhängig vom Wohnort?

Wir können in Hochglanzmagazinen lesen, wie man aus Beton schöne Blumenkübel gießt. Wir schauen Fernsehserien, in denen Frauen vom Land mit einem Bus über kurvige Straßen fahren, um danach auf einem Hof die Vorspeise in der Orangerie einzunehmen. Schalten wir um, können wir einen

Bauern dabei beobachten, wie er eine Frau sucht, die er lieben kann – und die ihn liebt. Leicht ist die Suche nicht, weil die Arbeit auf dem Hof hart und nie Feierabend ist. Obendrein ist der Bauer nicht besonders attraktiv und weltgewandt. Tags darauf schlagen wir dann die Zeitung auf und lesen in der Titelseite, wie gewinn gierige Bauern ihre Tiere vernachlässigen. Nun sind wir nicht mehr amüsiert oder hingerissen, sondern nur noch entsetzt.

Medien skandalisieren die negativen Aspekte, um ihre Auflagen zu steigern. Menschen überhöhen die positiven Aspekte, um von einem besseren Leben zu träumen. Das mag bis zu einem bestimmten Punkt menschlich und legitim sein. Im Diskurs über gute Lebensbedingungen für die Menschen in unserem Land hilft uns das jedoch nicht weiter.

## DIALOG AUF AUGENHÖHE

Überhaupt – es gibt nicht *den* ländlichen Raum. Inzwischen gibt es genug Stimmen, die sagen, dass die Grenzen nicht mehr zwischen Stadt und Land verlaufen, sondern zwischen Regionen in Deutschland. Wir LandFrauen leben vor, wie bereichernd es ist, voneinander zu lernen. Wir nehmen es mit der Abgrenzung zwischen Stadt und Land nicht so genau. Auch in Hamburg, Bremen und Berlin gibt es uns. Wir stehen für das, was eine gute Gemeinschaft ausmacht: 500.000 LandFrauen sind bundesweit organisiert, um gemeinsam zu handeln.

Die Stadt-Land-Beziehung wird heute neu belebt. Seit jeher führen LandFrauen einen regen Dialog mit Verbraucherinnen und Verbrauchern über Landwirtschaft und das Leben auf dem Land, und wir beobachten diese Entwicklungen sehr genau. Wir schätzen den Dialog auf Augenhöhe.

Zwischen Stadt und Land entstehen immer mehr direkte Lieferbeziehungen, die Menschen machen gern Urlaub auf unseren Höfen, genießen in unseren Restaurants Kaffee und Kuchen. Die Städter kaufen gern unsere Produkte, vorab vom Hof, online oder als Großabnehmer, weil sie und ihre Nachbarn, Freunde und Bekannten genau wissen wollen, wo ihre Eier, ihre Milch, das Obst und Gemüse herkommen. Das Interesse an unserer Arbeit nimmt zu. Wir geben unser Wissen weiter. Die Arbeit der vielen LandFrauen in der Ernährungsbildung an Schulen – darunter das Projekt *SchmExperten* – bestätigt übrigens, was uns Studien und Umfragen in Zahlen aufzeigen können: Oft weiß das Landkind über Ernährung und Landwirtschaft nicht besser Bescheid als das Kind in der Stadt.

Es ist längst bekannt: Auch auf den Dörfern ist es nicht mehr selbstverständlich, dass man sich auf der Straße grüßt, weil jeder jeden kennt. Aber eine starke Gemeinschaft findet sich mit Sicherheit in den Dörfern, wo es noch ein intaktes Vereinsleben gibt. LandFrauen zum Beispiel sind dafür bekannt, Herausforderungen praktisch zu meistern.

## FÖRDERUNG OHNE „PROJEKTITIS“

Es läuft nicht rund in der Gemeinde? Dann entwickeln sie eine Lösung und helfen mit, das Problem zu beheben. Die Ideen reichen vom Bürgerbus, der Verkehrsverbindungen wieder neu aufleben lässt, der Gründung einer eigenen Kita bis hin zur Integration von Flüchtlingen. Kurze Wege, wenige Entscheidungsinstanzen tragen dazu bei, dass bürgerschaftliches Engagement eine große Reichweite entfalten kann. Dies ist immer dann nötig, wenn sich der Staat immer weiter aus seinen Aufgaben zurückzieht. Noch können die Lücken mit Kreativität und Engagement geschlossen werden. Das hat jedoch Grenzen.

Stadt und Land können voneinander lernen, genau wie Regionen voneinander lernen können. Es ist ermutigend, dass das immer mehr Kommunen begreifen und eine erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit umsetzen. Für die ländlichen Räume wird postuliert, dass die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gewährleistet werden muss. Inzwischen scheint es, dass der Weg dahin statt im einseitigen Rückbau der Infrastruktur eher in einem intelligenten Umbau liegt. Hierzu bedarf es eines entsprechenden Förderrahmens. Er sollte sich weniger an Verwaltungsstrukturen, sondern mehr an Regionen mit ihrem eigentlichen Förderbedarf orientieren. Förderung muss weg von der „Projektitis“ hin zu echter Wirksamkeit. Wenn das Ehrenamt eingebunden ist, brauchen wir weniger Bürokratie. Dies muss genauso für die Förderung der ländlichen Entwicklung gelten wie beispielsweise für den Städtebau.

Städter ziehen „auf's Land“ und umgekehrt. Wer sich wo dauerhaft niederlässt, bleibt eine private Entscheidung. Die Menschen müssen dort, wo sie leben wollen, auch die richtigen Rahmenbedingungen finden, um sich eine Existenz aufbauen zu können. Besonders junge, gut ausgebildete Frauen in ländlichen Regionen brauchen verbesserte Arbeitsmöglichkeiten abseits von Minijobs und eine Infrastruktur, die zu ihren Lebensvorstellungen passt. Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die von jungen Frauen mehrheitlich gewünscht wird, gehören gute Betreuungsangebote und eine ausreichende Versorgung vor Ort. Nur dann können wir die strukturell bedingte Abwanderung verringern und die Vielfalt der Regionen in Deutschland erhalten.

# Die Provinz schläft nicht

Warum wir neu über unseren Zusammenhalt nachdenken müssen

## JÜRGEN WIEBICKE

Geboren 1962 in Köln, Journalist und Schriftsteller, moderiert jeden Freitagabend in WDR5 „Das Philosophische Radio“. Ende 2016 veröffentlichte er das Buch „Zu Fuß durch ein nervöses Land. Auf der Suche nach dem, was uns zusammenhält“.

**Kurt Tucholsky hat zu Zeiten der Weimarer Republik den Hauptstadtjournalisten empfohlen, sich in der „Provinz“ umzusehen, denn hier saßen die „Massen“, die über die Zukunft Deutschlands entschieden und die – anders als fortschrittlich und demo-**

**kratisch gesinnte Großstädter – viel stärker von einer reaktionären Gesinnung geprägt seien. Wie viel „Tucholsky“ steckt in Ihrer Motivation, einen Monat lang von Köln nach Bielefeld zu wandern?**

**Jürgen Wiebicke:** Fünfzig Prozent Tucholsky, und zwar deshalb, weil er recht damit hatte, dass man nicht nur die Großstadtperspektive haben sollte, dass diese sogar borniert sein kann. Wer die Gesellschaft verstehen will, muss auch mit Menschen auf dem Land sprechen. Unrecht hatte Tucholsky aber darin, dass er das Land oder das Ländliche automatisch mit



© Bettina Fürst-Fastré

reaktionärem Denken in Verbindung gebracht hat – als ob der Fortschritt nur in der Stadt zu Hause wäre und der Rückschritt in der Provinz.

**In den USA haben die Zentren an den Küsten eher für Hillary Clinton und die gesamte Mitte eher für Donald Trump gestimmt. Ist das nicht ein Anzeichen für die unterschiedlichen Einstellungen und Befindlichkeiten in Stadt und Land?**

**Jürgen Wiebicke:** Auch das gehört zu den Gewissheiten, die sich gerade in Auflösung befinden. Wir wissen heute nicht mehr mit Bestimmtheit, wo modernes Leben und wo der Rückschritt beheimatet ist. Und zwar deshalb, weil die tiefe gesellschaftliche Verunsicherung in allen Mi-

lieus zu Hause ist. Sie erfasst den Bauern auf dem Land genauso wie den Vorstandsvorsitzenden eines Konzerns mit Sitz in der Großstadt. Dass wie selbstverständlich fortgeschrieben wird, was gestern galt, trifft auch auf dem Land nicht mehr zu. Kein Bauer, der einen Acker besitzt, weiß – schon wegen der explodierenden Bodenpreise – mehr, welches Produkt er in drei oder fünf Jahren anbauen wird. Am Niederrhein, einem Hotspot der Blumenindustrie, sagte mir ein Bauer, dass er seinen Sohn gerade in die USA geschickt habe, damit er dort moderne Methoden erlerne. Soviel zum Thema: In der Provinz wird geschlafen.

**„Wandertagebücher“ sind seit Hape Kerkeling fast ein eigenes Genre. Da spielen Weltflucht und Weltmisstrauen**

oft eine wichtige Rolle. Ist es so, dass Sie den üblichen Methoden der Wahrheitsfindung und Meinungsermittlung nicht mehr über den Weg trauen, beispielsweise der Demoskopie? Inwiefern ist Ihr Wandertagebuch – überspitzt formuliert – eine Antwort auf den Vorwurf der „Lügenpresse“?

**Jürgen Wiebicke:** Spätestens seit der Wahl Donald Trumps muss man sich die Frage stellen: Bewege ich mich innerhalb einer Blase, in einer Lebenswelt, die kulturell geschlossen ist? Oder führe ich ein Leben mit möglichst vielen verschiedenen Kontaktpunkten – was heißt, dass ich auch mit Menschen zu tun habe, die meinen Lebensstil nicht teilen, nicht meiner Meinung sind und mich möglicherweise mit ihrer Gesinnung ärgern? Heute kommt es wesentlich darauf an, dass wir wieder in einer gemeinsamen Welt leben wollen. Mein Befund ist da im Moment eher negativ. Auf die Vertrauenskrise der Institutionen, die Sie angesprochen haben, kann die Antwort nur sein, dass diese eine andere Form der Ansprache wählen, die viel direkter ist. Der große französische Politikwissenschaftler Alfred Grosser sagte mir kürzlich, wir müssten mit Wärme und Vernunft aufklärerisch auf die Menschen einwirken – wobei bemerkenswert ist, dass er „Wärme“ an erster Stelle genannt hat.

„Zu Fuß durch ein nervöses Land“ heißt Ihr Buch, und Sie sagen, Sie hätten auf Ihrer Wanderung eigentlich keinen einzigen Menschen getroffen, der seine Lebensumstände als sicher bezeichnet hätte. Woher kommt diese Verunsicherung, wenn es den Menschen doch, soweit es die ökonomischen Rahmenbedingungen aussagen, relativ gut geht?

**Jürgen Wiebicke:** Wenn selbst ein Bauer – früher ein Beruf, der beständiger nicht sein konnte – heute nicht mehr sagen kann, welches Produkt er demnächst herstellen wird, und auch nicht sicher sein kann, ob er im Wettbewerb bestehen wird, dann ist das ein Anzeichen für die Tiefe des Strukturwandels, der von Großstädtern übrigens oft nicht wahrgenommen wird. Die Unsicherheiten haben inzwischen jeden Lebensbereich erfasst, wobei die existenziell bedrohliche Frage lautet: Was ändert die Digitalisierung an meiner Arbeit?

**Aber technischer Fortschritt und Rationalisierung sind doch eigentlich alte Geschichten!**

**Jürgen Wiebicke:** Ja, und dennoch ahnen viele, dass es über das bisher bekannte Maß hinausgeht. Studien zufolge steht jeder zweite Arbeitsplatz im Dienstleistungsbereich infrage. Weil sich diese Unsicherheit eingenistet hat, spreche ich von einem nervösen Land.

Da Sie von den ökonomischen Rahmendaten sprechen: Mein Ansatz ist, dass man nicht auf die Mitte schauen sollte, wenn man verstehen will, was sich in einer Gesellschaft verändert, sondern auf die Ränder: auf Millionäre und Flaschensammler sozusagen.

Man hat Sie schon gefragt, wie weit wir davon entfernt sind, dass diese Nervosität in Angst umschlägt. Ich nenne das mal den „Weimar-Punkt“. Spielt da nicht auch ein übersteigerter Alarmanismus eine Rolle?

**Jürgen Wiebicke:** Natürlich müssen wir aufpassen, dass wir uns nicht verrückt

machen und zu Alarmisten werden. Nervosität muss nicht in Angst umschlagen. Was ich feststelle, ist ein Gefühl der Labilität, das jeden zu erfassen scheint – egal, ob gut verdienend oder arm, mit festem Arbeitsvertrag oder ohne.

Vor allem darf man nicht übersehen, dass man aus dieser Nervosität auch einiges machen kann. Deswegen heißt der Untertitel des Buches „Auf der Suche nach dem, was uns zusammenhält“.

Die entscheidende Frage lautet für mich, wie wir neue Formen des Zusammenhalts organisieren und unterstützen, wenn die alten nicht einfach fortgeschrieben werden können. Oft sind es Formen von Geselligkeit, wie vielleicht ein Schützenverein, die einen „Kitt“ darstellen. Aber Schützenvereine haben ein demografisches Problem. Da wachsen die Jüngeren nicht mehr selbstverständlich hinein.

**Sie sagen, den Menschen sei in der Globalisierung das „Grundvertrauen in die Selbstwirksamkeit“ verloren gegangen. Können Sie das erläutern?**

**Jürgen Wiebicke:** Ein Gefühl der Selbstwirksamkeit resultiert aus der Überzeugung, dass es auf mich ankommt, dass mein Wirken gefragt ist und etwas verändert. Das Gegenteil sind Ohnmachtsgefühle, Resignation und pessimistische Lähmung. Meine Beobachtung ist, dass so etwas inzwischen sogar die Spitze unserer Gesellschaft erreicht hat. Selbst ein Manager, der vermeintlich „am Steuer“ sitzt, erklärt spätestens nach dem dritten Glas Bier, dass er nur ein „Rädchen im Getriebe“ und den Prozessen ausgeliefert sei, die man nicht gestalten, sondern nur ertrage.

**Ich frage mich, ob diejenigen, die sich besonders lautstark darüber beschweren, nicht gefragt zu werden und nichts beeinflussen zu können, wirklich immer bereit sind, dann auch selbst aktiv zu werden, wenn sie tatsächlich angesprochen sind. Daher die Frage: Wie stärken wir das fehlende Grundvertrauen in die Selbstwirksamkeit?**

**Jürgen Wiebicke:** Wenn wir etwas ändern wollen, müssen wir uns zusammmentun. Nur wissen viele heute nicht mehr, wie und wo. Demokratie ist aber darauf angewiesen, dass möglichst viele ein Wissen haben, wie man zusammenfindet. Als Radikaldemokrat verweise ich darauf, dass Menschen ein besseres Leben führen, wenn sie von unten her die Verhältnisse mitgestalten. Wichtig ist, dass sie auf lokaler Ebene etwas gemeinsam entwickeln. Das ist der Anfang. Vor der eigenen Haustür können wir die Erfahrung machen, dass es auf uns ankommt. Dass es einen Unterschied macht, ob ich mich engagiere oder nicht. In meinem Stadtteil gibt es eine Flüchtlingsinitiative mit Menschen aus den unterschiedlichsten Milieus. Im Grunde ist es ein bürgerliches Engagement, nicht etwa ein linksalternativ-christliches Nischenprojekt. Ein klassisches Demokratie-Labor. Menschen machen Politik, ohne das selber so zu nennen. So etwas hat Zukunft, weil wir es mit einer enormen „Geselligkeitskrise“ zu tun haben und die Menschen wieder verstehen müssen, wo man sich trifft, um die Verhältnisse zu beeinflussen. Die Demokratie braucht analoge Orte.

**In Ihrem neuesten Buch „Zehn Regeln für Demokratie-Retter“ lautet Regel 2: „Mache dir die Welt zum Dorf!“ Das**

klings, offen gesagt, etwas sozialromantisch und passt so gar nicht zu dem unidyllischen Bild, das Sie in Ihrem anderen Buch vom modernen Landleben zeichnen.

**Jürgen Wiebicke:** Wenn ich sage: „Mache dir die Welt zum Dorf“, heißt das nicht: Wir ziehen aufs Land und machen einen Kibbuz auf. Diese „Regel“ zieht eine Konsequenz aus der Globalisierung, denn wir kommen nicht damit klar, dass Algorithmen eine Aktie rauf- oder runtergehen lassen, dass die Wall Street mein Leben beeinflusst oder eine brennende Textilfabrik in Pakistan mein Einkaufsverhalten ändern soll. Das sind Dinge, die uns überfordern. „Dorf“ ist hier eine Metapher, bei der es nicht um Leben auf dem Land geht. Denn die Dörfer, die ich meine, kann man auch in der Großstadt gründen. Man versucht, Formen von radikaler Demokratie oder von Geselligkeit – oder wie man es nennen möchte – herzustellen. Das ist die Idee der sozialen Stadt, in der Menschen aufeinander aufpassen, in der keiner, der alt und schwer krank ist, in Einsamkeit gerät oder wo man sich um Flüchtlinge kümmert. Eine solche aktive Zivilgesellschaft ist eine Antwort auf die Globalisierung.

**Sie beschreiben, wie Sie beim Besuch eines Schützenfests in Dormagen oder bei der Wallfahrt in Kevelaer von einer**

**Demut und Rührung erfasst werden, die Sie überrascht hat. Brauchen wir mehr urbanen Respekt vor ländlichen Lebensformen und Traditionen?**

**Jürgen Wiebicke:** Ja, aber ich meine auch, dass sich die Lebensformen und Traditionen verändern. Das ist auch gut so. Der erste Schütze, den ich getroffen habe, ist schwarzer Hautfarbe und hat mir fröhlich davon erzählt, dass es auch schwule Schützen gibt. Das hat mein Klischeebild von den vermeintlich konservativen Schützen irritiert. Mich bewegt dabei, dass es einfacher ist, Traditionen und Rituale abzuschaffen, als die Frage zu beantworten, was danach kommen soll. Die vollends durchindividualisierte Gesellschaft, die meint, dass nur das gepflegte Eigeninteresse dafür sorgen wird, dass es allen gut geht, halte ich für ein Märchen. Deswegen glaube ich auch, dass man neu über Zusammenhalt nachdenken muss.

*Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 15. März 2017.*

#### Literatur

Wiebicke, Jürgen: *Zehn Regeln für Demokratie-Retter*, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2017, 112 Seiten, 5,00 Euro.

Wiebicke, Jürgen: *Zu Fuß durch ein nervöses Land. Was uns zusammenhält*, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2016, 336 Seiten, 19,99 Euro.

# Die Zukunft des Dorfes

—  
Wie das Land attraktiver werden kann

#### JOCHEN RACK

Geboren 1963 in Erding (Oberbayern), aufgewachsen in Nördlingen, Romanschriftsteller und langjähriger freier Journalist beim Bayerischen Rundfunk.

Schmucke renovierte Bauernhäuser, in denen man auf viel Platz mit seiner Familie zusammenlebt, schmiegen sich um eine kunsthistorisch wertvolle Dorfkirche, gleich daneben befindet sich das ökologisch sanierte Schulhaus, in dem die Grundschüler des Ortes von

ansässigen Lehrern unterrichtet werden und regelmäßig Kulturveranstaltungen der Gemeinde stattfinden; im Rathaus kann man den Bürgermeister treffen, um auf dem kurzen Dienstweg über Belange der Gemeinde zu sprechen, die Bewohner des Dorfes kennen und respektieren sich, man pflegt ein lebendiges Vereinsleben, die Freiwillige Feuerwehr, ein Kindergarten oder ein Altenpflegeverein stehen für aktiven Bürgersinn; im örtlichen Gasthaus trifft man sich am Stammtisch, im Tante-Emma-Laden kauft man ein und plauscht mit den Nachbarn; wenn man einmal in die nächstgrößere Stadt fahren will,

gibt es passende Bus- oder Bahnverbindungen, und natürlich haben die Raiffeisenbank oder die Sparkasse genauso eine Filiale im Ort wie die Post; und wenn man krank ist, geht man zum Landarzt, der einen von Kindesbeinen auf kennt.

Solches Dorfleben gilt vielen als eine Art Utopie der kleinen Gemeinschaft. Doch das Land als antizivilisatorische Entschleunigungs- und Erholungszone ist häufig nur eine eskapistische Projektion von Stadtbewohnern, die unter hohen Mieten und Platznot leiden. Die Urbanisierung ist jedoch weltweit der herrschende Megatrend. Dagegen kämpfen viele ländliche Regionen und kleine Gemeinden in Deutschland mit Infrastrukturproblemen und Abwanderungstendenzen.

## VON DER SUBURBANISIERUNG ZUR REURBANISIERUNG

Wir erleben seit ein paar Jahren eine Pendelbewegung: erst die Zeiten der Suburbanisierung, als der Traum vom Einfamilienhaus im Grünen der Lebensrealität der Kleinfamilie entsprach. Nunmehr gibt es dagegen wieder einen Trend zur Reurbanisierung, der mit den gewandelten Geschlechterverhältnissen, aber auch damit zusammenhängt, dass die Städte attraktiver geworden sind: durch weniger Luftverschmutzung, weniger Lärm, besseren Nahverkehr, größere kulturelle und soziale Vielfalt. Dazu kommt ein demografischer Faktor: Das Statistische Bundesamt erwartet bis 2050 einen Einwohnerrückgang von zwölf Millionen, der vor allem auf Kosten des Landes gehe. Das beschert vielen Gemeinden und Regionen erhebliche Probleme. Auch kleine Städte leiden unter Finanznot und mangelnder Attraktivität, unter Zersiedelung, Flächenzerstörung und dem Verlust von Infrastruktur sowie architektonischer Substanz.

Nicht alle Probleme des Landes haben mit der demografischen Schrumpfung zu tun; auch die Veränderung der Wirtschaft – immer weniger Arbeitsplätze im Agrarsektor, weniger Handwerksbetriebe, weniger produzierendes Gewerbe, dafür mehr Jobs im Wissens-, Informations-, Medien- und Dienstleistungssektor – sowie die generelle Automobilität und neues Einkaufsverhalten haben dazu beigetragen, dass der Dorfbewohner heute nur noch selten im Dorf arbeitet, einkauft und ausgeht, sondern im nächsten Gewerbegebiet und in der durch Pendeln erreichbaren Stadt. Oder man lässt sich von Amazon zu Hause beliefern. Die infrastrukturell „gehandicapten“ Dörfer gleichen oft „Schlafdorf fern“. Das Leben findet anderswo statt. Logisch, dass daraus eine Abwärtsspirale werden kann. Wer will die Stadt verlassen, um in einem ungeselligen Dorf zu leben, in dem die Kinder lange Wege bis zur nächsten Schule zurücklegen müssen und man sich ins Auto setzen muss, wenn man ein Restaurant besuchen möchte?

## GEGENBEWEGUNG – DIE INITIATIVE „RETTET DAS DORF!“

Die drohende Misere des Lebens auf dem Land hat aber inzwischen eine Gegenbewegung hervorgebracht. „Rettet das Dorf!“ lautet beispielsweise die Parole des Humangeografen Gerhard Henkel, der in der Fern- und Fremdbestimmung der kleinen Gemeinden einen anderen Grund für ihre Probleme sieht. Die Zusammenlegung von Gemeinden und der damit verbundene Verlust von 300.000 ehrenamtlichen Kommunalpolitikern habe zu einem Verlust an lokaler Kompetenz und gemeinwohlorientiertem Verhalten geführt. Dörfer, die ihre politische Selbstverantwortung verloren haben, könnten sich gegen die Folgen des Strukturwandels nur mäßig behaupten. Ein „kommunales Initiativ- und Förderprogramm“ sei nötig, um die negative Entwicklung auf dem Dorf umzukehren, Schrumpfungprozesse wenn nicht zu bremsen, so doch sozialverträglich zu gestalten.

Politische Maßnahmen und mehr Geld vom Staat sind das eine. Notwendig ist aber gleichzeitig das zivilgesellschaftliche Handeln der Bewohner in den ländlichen Räumen selbst, wenn sie gegen die Abwärtsspirale sinkender Lebensqualität vorgehen wollen. Denn dünne Besiedelung – wenn der Megatrend zur Urbanisierung anhält – heißt nicht automatisch sinkende Lebensqualität, das zeigt ein Blick auf Skandinavien. Nur muss die Daseinsvorsorge anders organisiert werden als bisher. Wenn kleinere Läden dichtmachen, kann ein genossenschaftlich organisierter Dorfladen neu entstehen, der vielleicht auch ein Café einschließt, einen Postservice bietet und als sozialer Treffpunkt dient. Wenn der öffentliche Nahverkehr abgebaut wird, können Bürgerbusse die Mobilitätsbedürfnisse befriedigen. Rollende Arztpraxen können den Landarzt ersetzen. Die Kooperation benachbarter Gemeinden kann zum Beispiel bedrohte Schulstandorte oder ein Schwimmbad erhalten; man spricht dann von der sogenannten regionalen Cloud.

## VOM LEISTUNGSSTAAT ZUM GEWÄHRLEISTUNGSSTAAT

Der Staat sollte diese Modelle zivilgesellschaftlicher Aktivität unterstützen, indem er beispielsweise die Bürgerbusse finanziell fördert. Das Modell ist die Freiwillige Feuerwehr, deren Betrieb in Kooperation von Kommunen, Bürgern und Staat funktioniert. Soziologen sprechen in dem Zusammenhang davon, dass sich die Rolle des Staates wandelt: vom Leistungsstaat zum Gewährleistungsstaat.

Entscheidend aber ist in jedem Fall, dass die betroffenen Bürger ihre Sache selbst in die Hand nehmen, aus neuer kommunaler Selbstverantwortung Bürgervereine oder Bürgergenossenschaften gründen. Die „Raumpioniere“ oder „Avantgardisten des Umbruchs“ müssen sich dabei nicht nur

konservativ auf die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge konzentrieren. Sie könnten das Leben auf dem Land tatsächlich so umgestalten, dass es auch für die zivilisationsmüden Stadtbewohner wieder so attraktiv wird, um bewusst dorthin hinziehen zu können. Dazu würde gehören, dass viel mehr Kreativität in die Erhaltung historischer Bausubstanz investiert wird:

- dass man der Renovierung und dem Erhalt der Dorfkerne mehr Aufmerksamkeit schenkt als dem Ausweisen von Neubaugebieten;
- dass man den Denkmalschutz beachtet und ästhetische Kriterien ganz hoch ansetzt;
- dass man Solar-, Windkraft- oder Biogasanlagen ästhetisch ansprechend gestaltet; überdies kann die erneuerbare Energie auch die Ökonomie des Landes stärken. Bürgervereine, die dezentral ein Windrad oder eine Biogasanlage betreiben, können Geld verdienen, welches sie für andere Infrastrukturen zur Verfügung hätten.

Kleine Museen, Kultur- oder Naturlehrpfade steigern das Interesse am ländlichen Raum und schaffen Ausflugsziele für Städter. Gasthöfe, die hochwertige regionale Küche bieten, mit Lebensmitteln von örtlichen Erzeugern, deren Anbau ökologischen und tierethischen Erfordernissen entspricht, haben ein unverwechselbares Alleinstellungsmerkmal. Biobauernhöfe, die auch Urlaubsmöglichkeiten für Touristen bieten, befördern die viel beschworene Landlust: Nicht nur unser Dorf soll schöner werden, sondern auch unser Land!

Notwendig sind entschiedener Biotopschutz und bewusste Gestaltung der gewachsenen Kulturlandschaften. Auch Naturräume bieten, wenn sie ökologisch intakt und ästhetisch ansprechend sind, dem Menschen der Erlebnisgesellschaft vielfältige Attraktionen. Eine Natur, die dem Empfinden Resonanzräume bietet, deren Schönheit erfahrbar ist, lockt den Städter zur Erholung aufs Land.

Und ein Dorf, das mehr oder mindestens genauso viel Gemeinschaft bietet wie das Leben in der Stadt, kann ein Magnet sein für Menschen, die die Globalisierung und Unübersichtlichkeit des modernen Lebens bedrohlich finden. Nur wenn das Land und die Dörfer schöner, lebendiger und gemeinsinnorientierter werden, haben sie eine Zukunft. Landflucht muss nicht unbedingt zu Landfrust führen.

# „Wandern macht glücklich“

Erkenntnisse über geografische Mobilität aus der Statistik

*„Der Nebel/reicht bis zum Dorfrand, und sieht man/die Straße nicht mehr, dann sieht man/sagt Moritz der Tankwart/das Nichts.“*

Jürgen Becker, Dorfrand mit Tankstelle, 2007

## WOLF-RÜDIGER PÜRSCHEL

Geboren 1951 in Peine, Germanist, bis 2016 Landesstatistiker in Niedersachsen.

Das Hotel Estrel in Neukölln ist mit seinen 1.125 Zimmern das zweitgrößte Hotel in Deutschland. David Wagner, Autor des Buches *In Berlin*, staunt: „Das Estrel funktioniert

nach dem Las-Vegas-Prinzip. Innen bietet das Haus einfach alles, das Hotel genügt sich selbst, der Gast soll das Haus gar nicht mehr verlassen.“ Auch Jörg Sundermeier berichtet von Menschen, „die während ihres Aufenthaltes das Gebäude nur verlassen haben, wenn sie zu einem Termin mussten“. Die „Riesenbettenburg ist also ein Dorf für sich, und die große Lobby kann tatsächlich als Dorfplatz gelten“.

Die Bettenburg in der Millionenstadt ist also ein Dorf? Und der Dorfplatz ein Sehnsuchtsort für alle? Womöglich strebe man ins Getümmel der Metropolen – um, gerade angekommen, wie die Einheimischen an latenter Stadtfucht zu laborieren? Was wird also aus den Metropolen und der Ländlichkeit? Um das Zusammenleben in einer sich diversifizierenden Gesellschaft zu gestalten, sollte man die Fakten kennen, auch die unbequemen.

Das Wandern als Freizeitgestaltung ist eine Massenbeschäftigung in Deutschland. Der Deutsche Wanderverband berichtet von bis zu vierzig Millionen Menschen. Ob häufig oder nur gelegentlich, lässt sich schwer sagen. Als Wanderung gilt jeder Wechsel der Wohnung über die Gemeindegrenze. Dieser Wechsel wird vom Meldeamt registriert und an die Statistikbehörde weitergegeben. Es wird unterschieden nach Binnenwanderungen, innerhalb Deutschlands, und Außenwanderungen.

Die Bevölkerungsstatistik umfasst auch sogenannte „Wanderungen“. Hier, wie bei allen Bemühungen der deskriptiven Statistik, geht es um den Nachweis von Regelmäßigkeiten in Massenerscheinungen. Zunächst wird akribisch und methodisch abgesichert gezählt, sodann erfolgt die Füllung der dafür vorgesehenen Tabellenstrukturen. Und wenn noch Zeit ist, werden die Resultate analysiert und in Zeitreihen begutachtet.

Was für die eine Seite eine Abwanderung ist, wird auf der anderen Seite als eine Zuwanderung vermerkt. Aus den Abwanderungen und Zuwanderungen einer Gemeinde oder einer anderen administrativen Einheit kann ein Wanderungssaldo errechnet werden. Um die Wanderungsbewegungen ausreichend zu würdigen, müssen sie aber im Kontext der gesamten Bevölkerungsentwicklung gesehen werden.

## ÜBERALTERUNG TROTZ HOHER ZUWANDERUNG

Ende 2015 haben in Deutschland 82,2 Millionen Menschen gelebt, fast zwei Millionen mehr als 2011: 73,5 Millionen Deutsche und 8,7 Millionen Ausländer. 11,5 Millionen verfügten über eigene Migrationserfahrungen. Dabei sind allein 2015 netto (laut dem Außenwanderungssaldo) 1,139 Millionen Menschen zugewandert. So teilt es das Statistische Bundesamt mit.

Wir leben also in demografisch bewegten Zeiten. Dies hat jüngst zu einer weiteren demografiepolitischen Bilanz der Bundesregierung Anlass gegeben. Naturgemäß fällt der Politik die Überalterung der Wohnbevölkerung – schon aus rentenpolitischen Gründen – zuvörderst ins Auge. So stehen 2015 hundert Menschen zwischen zwanzig und 64 Jahren 35 Personen ab 65 Jahren gegenüber. Jedoch ist auch die chronische „Unterjüngung“ der Gesellschaft zu beachten, die nicht nur arbeitsmarktpolitisch kritisch wird. Zurzeit werden in Deutschland etwa 730.000 Kinder pro Jahr geboren. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Bevölkerung trotz anhaltend hoher Zuwanderung immer

älter wird. Zusammengefasst: Wir werden möglicherweise weniger, wahrscheinlich heterogener und sicherlich älter.

Für die großen Städte gelten diese Prognosen (weniger und älter) wohl eher nicht. Eher für die Dörfer und Kleinstädte im ländlichen Raum, deren seit Längerem festzustellende Probleme mit schrumpfender und alternder Einwohnerschaft womöglich durch hinzukommende Zuwandernde nur gedämpft werden.

## STÄDTE WACHSEN WEITER

Ein beträchtlich wirkender Pullfaktor zugunsten der Stadt ist über die Jahrhunderte festzustellen. Das geflügelte Wort „Stadluft macht frei“ aus dem 13. Jahrhundert hatte damals nur vorübergehend eine Wirklichkeit. Aber sie lässt sich doch von einem vermeintlichen Freiheitsversprechen verlocken, wenn es die junge Frau aus Fürstfeldbruck nach München zieht. Die Pushfaktoren demgegenüber lassen in der Stadt nicht auf sich warten. Lärm, Enge und die gesundheitlichen Nachteile innerstädtischer Industrialisierung und motorisierter Mobilität sowie die Unsicherheiten im Umgang mit vielen fremden Menschen ließen und lassen manchen erwartungsvollen Neubürger speziell die große Stadt nicht mehr als ihre (Schutz-)Burg erleben. Und sie gehen wieder. Mancher eingeborene und gelernte Großstädter schließt sich an. Gerade für die Metropolen gilt: Viele Menschen ziehen beispielsweise aus München weg. Trotzdem wächst diese Stadt weiter. Berlin hat 2016 sogar einen Zuwachs um 60.000 Einwohner gemeldet.

Die Dörfer und ländlichen Kleinstädte bis 10.000 Einwohner (so definiert der „Dorfpapst“ Gerhard Henkel den Ländlichen Raum) leben seit Jahrtausenden von und mit der Landwirtschaft, je nach Geländebeschaffenheit und Bodengüte in unterschiedlicher Ausprägung. Hier leben nur noch dreißig Prozent der Bevölkerung, und immer weniger davon betreiben noch Landwirtschaft. Viele Dörfer verlieren Einwohner und können ihre Infrastruktur nicht aufrechterhalten.

## DIE DÖRFER MÜSSEN IHRE ROLLE NEU BESTIMMEN

Der Nimbus der Bauern als Garanten der Ernährung – und mittlerweile auch der Energieversorgung sowie eines naturnahen Tourismus – ist aber bis in die jüngste Zeit fast ungebrochen. Erst angesichts eindeutiger Anforderungen der Europäischen Union gestehen die selbstbewussten Bauernverbände öffentlich zu, dass nicht alle ihrer Mitglieder die Regeln einer guten landwirtschaftlichen Praxis beachten. Den allgemeinen Bedeutungsverlust verkraften

sie nur schwer. Die Dörfer müssen ihre Rolle nun neu bestimmen. So stellte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* in ihrer Ausgabe vom 25. März 2017 unter dem Titel „Ab in die Stadt! Ab aufs Land!“ fest: „Stadt und Land sind gleichermaßen groß geworden durch Selbstverwaltung.“ Zu fordern seien also eigene, dauerhafte Finanzierungsquellen von Städten und Landkreisen. „Die Ballungsgebiete platzen aus den Nähten, der ländliche Raum dagegen klagt über Auszehrung.“ Deutschland tue sich „immer schwerer mit der Integration“. Dennoch könne man sich hier aufmerksamer und nachhaltiger um die Zugewanderten kümmern.

Eine Gegenstimme zu den Verhältnissen „draußen im Lande“ erhebt der Romancier und Übersetzer Henning Ahrens, der in seinem *Provinzlexikon* über das Neubaugebiet festhält: „Entsteht vor allem am Rand von Ballungsgebieten, weil sich Pendler gern Nistplätze auf dem Land bauen. Ihren Kindern fehlt zum Ärger der Landwirte die Ehrfurcht vor den Feldfrüchten, und sie beschwerten sich gern über ländliche Gerüche, zum Beispiel von Mist oder Gülle.“ Das Neubaugebiet Sorge für eine weitere Nivellierung der Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie, allem oberflächlichen Individualismus zum Trotz, für mehr Anonymität und damit „für eine Urbanisierung auf niedrigem Niveau“. Vielleicht scheitern traditionelle Siedlungen auf dem Land daran, dass sie eine in urbanen Zusammenhängen entwickelte Vielfalt von Ethik und Praxis nicht leben können.

## HOHE ARBEITSMARKTBEDINGTE MOBILITÄT

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung teilte im März 2017 mit, dass mittlerweile sechzig Prozent der Berufstätigen als Pendler ihre Gemeinde verlassen. Die Stadt München mit ihrer sehr ausgeprägten Suburbia gibt bekannt, dass es neben dem täglichen Land-Stadt-Strom auch große Pendlerströme von residenten Münchnern gibt, die nach auswärts pendeln. Aus Städten streben Menschen in noch größere Städte oder in kleinere Siedlungen, sie werden zu Nah- oder Fernpendlern. In nicht exakt bekannter Zahl haben wir Flüchtlinge und Schutzsuchende aufgenommen, die aus Staaten oder staatenähnlichen Gebieten des Nahen Ostens und Afrikas gekommen sind und zumindest teilweise in Deutschland bleiben werden.

Wichtig ist zu wissen: Nur ein Teil dieser Bevölkerungsprozesse und dieser sozialen Dynamik wird in der Wanderungsstatistik erfasst. Und zwar: Im Jahr 2014 wurden in Deutschland etwa 6,3 Millionen Umzüge über die Gemeindegrenzen erfasst (Binnenwanderung plus Außenwanderung). Enthalten sind allerdings auch Mehrfachumzüge einer Person. Vor allem lassen sich keine „Wanderungsketten“ feststellen. Bei einem Fortzug in die neuen Bundesländer kann demnach nicht unterschieden werden, ob die Person vorher aus den neuen Bundesländern zugezogen war oder nicht. Solche Angaben

bietet aber das Sozio-oekonomische Panel. Für alle Wanderungen von West nach Ostdeutschland für die Jahre 1991 bis 2005 wurde ein Rückkehranteil von 49,6 Prozent festgestellt.

Im europäischen Vergleich stellt sich Deutschland als eine Gesellschaft mit hoher arbeitsmarktbedingter Mobilität dar. Die zirkuläre Mobilität (Berufspendler) nimmt weiter zu, die residenzielle Mobilität (Binnenwanderung) geht seit Ende der 1990er-Jahre zurück. Nach dem Fall der Mauer setzte eine Ost-West-Wanderung ein (1991: 165.000 Personen). Auffällig ist die Konzentration der Wanderungsverluste auf die Altersgruppe 18 bis 35 Jahre. Wegen des gleichzeitigen Geburteneinbruchs im Osten wurde die hohe Zahl abwandernder Frauen besonders beachtet.

## PROZESSE DER REURBANISIERUNG IN OSTDEUTSCHLAND

Im Jahr 2014 ist rechnerisch jeder zwanzigste Einwohner innerhalb Deutschlands von einer Gemeinde in eine andere umgezogen. 28 Prozent der vier Millionen Umzüge fanden innerhalb eines Kreises statt, 44 Prozent zwischen Kreisen eines Bundeslandes und 28 Prozent zwischen Bundesländern.

Nach der hohen Abwanderung von Ost nach West von 1989 bis 1991 verringerte sich die Ost-West-Wanderung, und die West-Ost-Wanderung nahm zu. Im Jahr 2014 betrug der Wanderungssaldo nur noch 3.300 Personen.

Zwischen 1991 und 2006 verloren die neuen Länder per Saldo 1,5 Millionen Personen durch Abwanderung. In der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre gab es eine Phase der Suburbanisierung in Ostdeutschland neben der anhaltenden Abwanderung. Im Jahr 2005 gibt es noch eher kleinräumige Prozesse der Suburbanisierung, die vor allem im Raum Berlin zu einem Wachstum des Umlandes (fast aller Kreise) geführt haben. Gleichzeitig profitieren Magdeburg, Leipzig, Dresden und Erfurt sowie weitere kleinere Städte (Weimar, Jena) von Prozessen der Reurbanisierung. Inzwischen gab es hier durch Sanierungen und Wohnumfeldverbesserungen ein großes Angebot bezahlbarer Wohnungen, das bevorzugt angenommen wurde.

In Westdeutschland verzeichnen Hamburg, Düsseldorf, Köln und Frankfurt Wanderungsgewinne; das gilt aber auch für viele Umlandgebiete, besonders um die Metropolen wie Hamburg, München oder Frankfurt. Landschaftlich bevorzugte Gebiete an der Küste, am Oberrhein und im alpennahen Bayern ziehen Menschen an, auch ältere. Abwanderungsgebiete sind dagegen im Ruhrgebiet, in Nordosthessen und in Nordbayern zu verzeichnen.

Bemerkenswert sind neben den dominierenden Ost-West-Wanderungen sowie der beschriebenen Sub- und Reurbanisierung in ostdeutschen Regionen auch Zuzüge jüngerer Personen, die in ganz bestimmte ostdeutsche Regionen ziehen – die „Zuzugsinseln“. Denn neben den 1,5 Millionen

Ost-West-Wandernden sind von 2004 bis 2007 auch eine Million Westdeutsche in den Osten gezogen, jährlich circa 120.000 bis 140.000 Personen.

Fast ein Drittel aller Zuzüge erfolgt nach Berlin, gefolgt von Sachsen. Hauptziel der westdeutschen Zuzüge sind neben Berlin die urbanen Regionen mit den Universitätsstädten Rostock, Potsdam, Magdeburg, Erfurt und Leipzig. Auffällig ist, dass die Niedersachsen bevorzugt ins nahe Sachsen-Anhalt und nach Berlin streben. Die Schleswig-Holsteiner zieht es nach Mecklenburg-Vorpommern, die Bayern und Baden-Württemberger nach Sachsen und Berlin.

Interessanterweise werden die oben genannten ostdeutschen Regionen, auf die sich die westdeutsche Zuwanderung konzentriert, auch von den Ostdeutschen bevorzugt. In diese „blühenden“ Regionen mit einem Beschäftigungszuwachs (in den Jahren 2005/06) sind besonders die jungen westdeutschen Frauen und Männer gekommen.

Wenige Großstadregionen und einige landschaftlich reizvolle Gegenden Ostdeutschlands bilden attraktive Zuzugsräume für westdeutsche Zuwanderer. Neben den genannten Großstädten sind das Regionen an der Ostseeküste und einzelne Städte wie Görlitz, das mit seiner sanierten Altstadt erfolgreich die Aufmerksamkeit auf sich zieht.

## BEVÖLKERUNGSZUWACHS TROTZ STADTFLUCHT

Konstantin A. Kholodilin hat eine Studie zu den „Wanderungssalden der deutschen Metropolen“ erarbeitet. Der zusammengefasste Binnenwanderungssaldo der sieben größten deutschen Städte war von 2004 bis 2013 stets positiv, seit 2006 allerdings mit Abnahmen. 2014 war er erstmals negativ. Im Jahr 2014 betrug die Nettomigration aus dem Ausland in diese Städte über 100.000 Personen. Seit 2010 hatte der Wanderungssaldo mit dem Ausland bereits zugelegt.

Von 2011 bis 2015 wuchs die Bevölkerung Berlins um 1,4 Prozent pro Jahr, in ganz Deutschland waren es nur 0,6 Prozent. Berlin verliert mindestens seit 1995 Bevölkerung an Brandenburg. Seit 2015 ist auch der Saldo der Binnenwanderung, also innerhalb ganz Deutschlands, für Berlin negativ. Ähnliche Zahlen ergeben sich für Hamburg und Schleswig-Holstein sowie für Niedersachsen. In beiden Fällen kann es sich bei dem zurückgehenden Inlandssaldo um Stadtflucht handeln.

Noch einmal zu Berlin: Seit 2009 driften die Salden für Deutsche und Ausländer auseinander. Der positive Saldo für Deutsche (mehr Deutsche kommen nach Berlin als wegziehen) wird kleiner und ist 2015 negativ geworden (minus 6.117 Personen). Dagegen wächst der Saldo für Ausländer ständig (im Jahr 2015 betrug er 47.202 Personen).

## AUSBLICK IN BEWEGTEN ZEITEN

Rixdorf bei Berlin war eine dörfliche Idylle. Aus Rixdorf wurde Neukölln, einer der am dichtesten besiedelten Ortsteile und Bezirke Berlins. Doch gibt es hier ein „Dorf“, und zwar das Hotel Estrel, wie zu Beginn dieses Beitrages ausgeführt. Es ist ein Dorf mit urbaner Infrastruktur, mit Dienstleistungen und Waren aller Art und den technischen Voraussetzungen für eine bequeme Fortbewegung. Ist das die „dörfliche“ Autarkie, wie sie in unsere Gegenwart passt? Oder ist das nur dichterische Freiheit, gar Ironie?

Viele wirkliche Dörfer sind administrativ zugehörig, also eingemeindet, aber als Siedlungen weit draußen stehen sie für sich. Hier entscheidet sich, ob es weiterhin ein Landleben geben wird. Der Wettbewerb um Menschen und Firmen bleibt die Herausforderung. Nicht alle Beobachter sind pessimistisch: Daniel Dettling, Leiter des Berliner Büros des Zukunftsinstituts, frohlockt: „Dem Leben auf dem Land gehört die Zukunft.“ Zusammenhalt und Tradition sind die positiven Stichwörter. Eine enorme Chance sieht er in künftiger Zuwanderung. Die Bevölkerungsprognosen für die nächsten Jahrzehnte müssten umgeschrieben werden, sagt er. Tatsächlich halten sich die statistischen Ämter mit Zahlen zur konkreten Entwicklung der Einwohnerzahl momentan zurück. Unbestritten gibt es positive Beispiele: Für den Landkreis Emsland weist die Statistik viele Arbeitsplätze aus. Auch andere Parameter eines intakten Zusammenlebens zeigen positive Befunde: etwa, dass relativ viele Kinder geboren werden. Integration, so der Bevölkerungsforscher Reiner Klingholz, brauche aber selbst im Emsland eine gemeinsame Plattform für alle, Einheimische wie Zuwanderer.

### Lesetipp

Lerch, Philipp / Piepenschneider, Melanie (Hrsg.): Kommunalpolitik. Was uns prägt – was uns eint.

Beiträge zur Politischen Bildung, Schriftenreihe Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Band 4, LIT Verlag, Berlin/Münster/Wien/Zürich/London 2017, 354 Seiten, 34,90 Euro.



# Lebenswert und zukunftsfest

—  
Eine neue Politik für ländliche Regionen

## CHRISTIAN SCHMIDT

Geboren 1957 in Oberzenn,  
Landkreis Neustadt an der Aisch,  
Rechtsanwalt, seit 1990 Mitglied  
des Deutschen Bundestages, seit  
2014 Bundesminister für Ernährung  
und Landwirtschaft.

Ländliche Regionen prägen das Bild unserer Heimat: Über die Hälfte der Bevölkerung lebt auf dem Land. Der überwiegende Anteil der mittelständischen Unternehmen ist dort angesiedelt. Natur- und Kulturlandschaften bieten einen Rückzugsraum für Erholungssuchende.

Die regionale Vielfalt unserer Lebensmittel wird auf dem Land erzeugt. Die Vielfalt und Vitalität der ländlichen Regionen ist damit nicht nur Basis unseres Wohlstands, sondern auch der gesellschaftlichen Stabilität unseres Landes. Diesen Schatz gilt es zu erhalten und zu fördern – mit einer neuen Politik für ländliche Regionen.

Dabei wissen wir, dass es den einen ländlichen Raum nicht gibt. Neben wirtschaftlich prosperierenden oder auch durch Zuzug wachsenden Regionen

existieren Gegenden, die durch Abwanderung und Alterung, fehlende Arbeitsplätze und Defizite bei der Grundversorgung gekennzeichnet sind. Würde die Entwicklung verstärkt, wüchse das Risiko, dass wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land gefährden. Wenn Läden und Schulen schließen, wenn Verwaltungen nicht mehr präsent sind und der Leerstand zunimmt, entsteht schnell ein Gefühl des Abgehängtseins, aus dem sich Politikverdrossenheit und Ressentiments entwickeln können. Ein weiteres Auseinanderdriften der Regionen muss daher verhindert werden. Menschen, die auf dem Land leben, brauchen vor Ort verlässliche Strukturen. Sie erwarten zu Recht eine umfassende wohnortnahe Versorgung und eine lebendige Ehrenamts- und Vereinsstruktur. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Regionen muss deshalb zu einem Aktivposten auf der politischen Agenda unseres Landes werden.

## ZUSTÄNDIGKEITEN BÜNDELN – AUCH BEIM BUND

Mehr als in jedem anderen Politikfeld stehen bei den ländlichen Räumen an erster Stelle die Menschen vor Ort, die die Herausforderungen in ihrer Region kennen und Lösungen finden können. Das vorausgesetzt, muss der Bund auf diesem Feld seine Rolle neu definieren, um sich stärker für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland engagieren zu können und um mit Rahmenkonzepten und zielgerichteter Förderung neue Wege zu finden. Ziel ist es, da zu unterstützen und zu aktivieren, wo Länder und Kommunen an ihre Grenzen stoßen. Die Realität zeigt: Eine bessere Koordination und Steuerung ist in Deutschland auf allen Ebenen notwendig.

So hat sich das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) durch seine Aktivitäten als Verantwortlicher in der Bundesregierung für die ländlichen Räume etabliert. Für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) stehen in diesem Jahr 765 Millionen Euro zur Verfügung. Auch die Mittel für das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) sind von zehn Millionen auf 55 Millionen Euro aufgestockt worden.

Gestärkt wurde das Ministerium zudem durch die Gründung einer neuen Abteilung, die für die Ländlichen Räume zuständig ist. Da der Bund in unserem föderalen System nicht allein aktiv werden kann, könnte künftig eine „Gemeinsame Koordinierungsstelle Ländlicher Raum“ weitere Impulse für die Erarbeitung eines abgestimmten „Zukunftsprogramms für unsere ländlichen Regionen“ geben. Grundvoraussetzung muss sein, dass das BMEL als Ministerium für Ländliche Räume noch umfassender als bisher die Koordination im Bund für die zentralen Fragen der ländlichen Regionen in Deutschland übernimmt und so Akteure und Ideen zusammenbringt sowie entsprechende Aktivitäten initiiert.

Ich gehe so weit, eine politische Präferenz für die ländlichen Räume zu fordern. Bei Standortentscheidungen, Infrastrukturmaßnahmen oder Aktivitäten zur Daseinsvorsorge sollten genau die Regionen gestärkt werden, die die größten strukturellen Herausforderungen für die Zukunft zu meistern haben.

## NEUE IDEEN FÜR DAS LAND

Die Vielfalt urbaner und ländlicher Räume ist Ausdruck und Ergebnis der historischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und staatlichen Entwicklung. Diese gilt es zu bewahren, und es darf daher nicht darum gehen, Stadt und Land gegeneinander auszuspielen.

Im Falle staatlicher Investitionen in urbane Infrastruktur, beim Hochschulbau oder bei der Förderung zentraler Industriestandorte könnten als Ausgleich dafür in den ländlichen Räumen über einen neuen Fonds für die ländliche Entwicklung vergleichbare Finanzmittel vorgesehen werden, um finanzschwachen Kommunen auf dem Land eine Förderung anzubieten. Anhand solcher Überlegungen gilt es, die vorhandenen finanziellen Förderungskonzepte weiter zu entwickeln.

Für die hierzu erforderliche Datengrundlage wurde das Thünen-Institut beauftragt, einen Landatlas zu entwickeln. Damit können wir regionale Herausforderungen identifizieren und passgenaue Fördermöglichkeiten ableiten.

Grundsätzliches Ziel der Daseinsvorsorge muss es sein, den Menschen Planbarkeit und Perspektiven zu bieten. Nur wer die Sicherheit hat, auch in Zukunft Zugang zu Bildung, ärztlicher Versorgung oder Einkaufsmöglichkeiten zu haben, wird sich für das Leben in ländlichen Regionen entscheiden.

Die Entwicklung moderner Daseinsvorsorge und Infrastruktur muss den jeweiligen Erfordernissen vor Ort angepasst werden. Es gilt, gemeinsam mit den regionalen Partnern neue föderalismuskonforme Lösungsmodelle zu entwickeln. Diese werden im ländlichen Umfeld von Metropolen anders aussehen als in dünn besiedelten Gebieten.

Gemeinsames Ziel aller Aktivitäten ist es, Lösungen zu finden, die wirtschaftlich tragfähig sind und von privaten Akteuren weitergeführt werden können. Erfolgreiche Modellvorhaben müssen bei Bedarf in eine Regelförderung überführt werden können.

## WIRTSCHAFTSKRAFT DER REGIONEN VERBESSERN

Mittelstand, Handwerk und Kleinbetriebe haben in ländlichen Regionen eine besonders hohe Bedeutung für Arbeit, Einkommen, Ausbildung und regionale Wirtschaftskreisläufe. In Zeiten steigender Immobilienpreise bieten die ländlichen Räume Chancen für wachsende Unternehmen mit Flächenbedarf

und für Existenzgründer. Deshalb wollen wir solche Unternehmer auf die Chancen des ländlichen Raums aufmerksam machen.

Durch die verstärkte Förderung von Ausbildung und Start-up-Unternehmen wollen wir junge Menschen in ländlichen Räumen halten oder dorthin zurückholen. Wir unterstützen die Unternehmen, die regionale Märkte bedienen ebenso wie solche, die mit Ideen, Dienstleistungen und Produkten unsere Zentren sowie die internationalen Märkte versorgen und so im ländlichen Raum neue Handels- und Vertriebssysteme aufbauen. Regionale Produkte sollen noch stärker etabliert werden. Das gilt gleichermaßen für das Brot und den Käse aus dem Dorfladen wie für High-Tech-Innovationen für den Maschinen- und Fahrzeugbau.

Dabei ist auch zu beachten, dass nicht alles nach der Prämisse des Wettbewerbsrechts entschieden werden kann. Hohe Qualität erfordert häufig hohe Standards und damit höhere Kosten, die nicht ausschließlich über den freien Markt ausgeglichen werden können. Hier muss der Staat die Menschen auch weiterhin unterstützen können.

In der digitalen Gesellschaft ermöglicht der Zugriff auf die Datenautobahn mehr Chancen auf dem Land. Die Bundesregierung investiert vier Milliarden Euro in ein flächendeckendes Breitbandnetz mit fünfzig Mbit/s. Gerade Unternehmen und Freiberufler in ländlichen Räumen brauchen schnelle und leistungsfähige Internetverbindungen, um Daten, Informationen oder Produkte zu den Kunden in Deutschland und der Welt schnellstmöglich transportieren zu können. Konkret bedeutet das: Glasfaser bis ans Haus und zu jedem Funkmast, damit auch die neuen Leistungspotenziale der nächsten Generation (5G) überall Standard werden.

Der Ausbau des Glasfasernetzes darf nicht einseitig durch Gewinnprognosen beeinflusst, sondern muss durch einen abgestimmten Zuschnitt der Ausschreibungen ausgeglichen werden. Deshalb ist es wichtig, für einen fairen Wettbewerb aller Investoren und Konzepte zu sorgen. Wer den 5G-Mobilfunkstandard in Frankfurt am Main aufbauen will, muss auch die Erschließung im Hunsrück realisieren. Gerade bei dieser Technologie zeigt sich, wie wichtig die Erprobung und der Einsatz von Neuerungen für den ländlichen Raum und seine Entwicklung sind.

## INFRASTRUKTUR UND NAHVERSORGUNG

Die medizinische Versorgung auf dem Land muss die gleiche Qualität haben wie in der Stadt. Um konsequenter als bisher medizinisches Fachpersonal für eine Tätigkeit auf dem Land zu gewinnen, muss über eine Landarztquote bei Studienplatzvergabe, die Etablierung von Lehrkrankenhäusern in ländlichen Regionen („eine Universität, zwei Standorte“) sowie den Aufbau eines Gemeindegewerkschafts nachgedacht werden. Ergänzend, aber nicht ersetzend

sollen die Möglichkeiten der Digitalen Medizin ausgebaut werden. Gerade bei der Geburtsbegleitung und -nachsorge sind Hebammen unverzichtbar.

In besonders vom demografischen Wandel betroffenen Regionen kommt in den nächsten Jahren ein hoher Anpassungsbedarf auf die Kommunen zu. Über gestärkte Kommunalfinanzen und verbesserte Möglichkeiten der Stadt- und Dorfwentwicklung sollen Leerstand bekämpft, die Stadt- und Ortskerne aufgewertet und Angebote der Grundversorgung gestärkt werden. Die breite Einführung des vielfach bewährten Konzepts „Jung kauft alt“ verbindet die Schaffung von Wohneigentum für Familien mit Leerstandnutzung.

In kleinen Orten können Mehrfunktionenhäuser ein wichtiges Instrument dafür sein, dass die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs und Dienstleistungen gesichert ist. Sie können bereits heute über das BMEL und die jeweiligen Entwicklungsprogramme der Länder gefördert werden. Die Wettbewerbe „Unser Dorf hat Zukunft“, „Kerniges Dorf“ oder „REGIOkommune“ des BMEL schaffen zusätzliche Anreize für die ländliche Entwicklung. Sie fördern Engagement, Kreativität und Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

Ein besonders bedeutendes Ziel liegt darin, Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten vor Ort zu erhalten oder neu zu schaffen. Zum Erhalt von Grundschulen unterstützen wir Kooperationen und innovative Lösungen, die einen hochwertigen Schulunterricht auch dort ermöglichen, wo klassische Schulstandorte nicht mehr tragfähig sind. Wichtig sind auch erreichbare Gymnasien, Berufs- und Fachschulen sowie Weiterbildungseinrichtungen, um den Fachkräftenachwuchs in ländlichen Regionen sicherzustellen.

Hierfür muss der ÖPNV besser organisiert werden. Auch hier gilt es, die gemeinde- und landkreisübergreifende interkommunale Zusammenarbeit zu stärken. Der Busverkehr ist das Rückgrat des ÖPNV im ländlichen Raum. Er sollte durch bedarfsgerechte Fahrzeuggrößen sowie vielfach erprobte flexible Transportmöglichkeiten (Bürgerbusse oder Sammel- und Ruftaxis) ergänzt werden. Auch der Führerschein ab sechzehn Jahren stellt einen gangbaren Weg zu mehr Mobilität dar.

## VERWALTUNG BÜRGERNAH SICHERN

Starke ländliche Räume brauchen starke Kommunen mit flexiblen Finanzmitteln. Eine moderne und präzise Verwaltung, bürgernahe Strukturen und mehr Eigenverantwortung vor Ort ergänzen einander.

Besondere Bedeutung kommt der Bündelung der lokalen Verantwortung zu. Durch Zusammenarbeit über Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen hinweg lassen sich Initiativen und Projekte auf den Weg bringen, die für Kommunen im Alleingang nicht oder nur schwer umsetzbar sind.

Bürgerbüros und mobile Bürgerservices können auch in dünner besiedelten Gemeinden Angebote in den Orten anbieten. Die Digitalisierung der Verwaltung kann neue Perspektiven für die Bürgerinnen und Bürger eröffnen. Das darf aber nicht bedeuten, dass Verwaltung nicht mehr sichtbar ist. Wir brauchen auch in Zukunft eine Präsenz vor Ort, klare Zuständigkeiten und echte Ansprechpartner, die die Situation vor Ort kennen. Zur besseren Bund-Länder-Koordinierung kann auch hier eine „Gemeinsame Koordinierungsstelle Ländlicher Raum“ wertvolle Arbeit leisten.

Das Ehrenamt ist die Seele des ländlichen Raums. Wer das ehrenamtliche Engagement stärkt, stärkt auch das Land. Daher müssen vom Ehrenamt getragene gesellschaftliche Initiativen mit Vorbildcharakter in ländlichen Räumen gefördert werden. Ein Beispiel ist das Programm „500 Landinitiativen“, mit dem Menschen unterstützt werden, die sich ehrenamtlich für die Integration von Flüchtlingen engagieren.

Viele ländliche Regionen stehen vor großen Herausforderungen. Gleichzeitig sind sie aber auch Orte voll Innovation, Ideen und Lebensqualität. Zur Bewältigung der Herausforderungen auf dem Land setze ich auf den Dialog mit allen Beteiligten. Wir bringen Aktive und Engagierte aus Bürgerschaft, Unternehmen, Kommunen, Verbänden und Politik zusammen.

Mein Ziel lautet: gemeinsam und im Austausch mit den Akteuren vor Ort die Herausforderungen für die Zukunft zu benennen sowie Lösungen für lebendige und zukunftsfähige ländliche Regionen zu entwickeln und bekannt zu machen. Hierfür brauchen wir eine neue Politik für ländliche Regionen und eine starke Allianz aus Partnern, die intensiv für Daseinsvorsorge, Wirtschaft, Arbeit, eine gute Siedlungsentwicklung und Landnutzung sowie zivilgesellschaftliches Engagement in der Fläche arbeitet. So werden ländliche Regionen lebenswert und entwickeln sich zukunftsfest.

# Ländliche Räume unter Druck

—  
Veränderungen durch  
demografischen Wandel und Urbanisierungstendenzen

## ROLAND LÖFFLER

Geboren 1970 in Homberg (Efze),  
evangelischer Theologe,  
Geschäftsführer der Stiftung  
Westfalen-Initiative in Münster.

Am 3. Juli 1889 schrieb der Maler Otto Modersohn über seinen ersten Besuch in Worpswede in sein Tagebuch: „Ich sah gleich, dass meine Erwartungen nicht getäuscht waren. Ich fand ein höchst originelles Dorf, das auf mich einen

durchaus fremdartigen Eindruck machte; der hügelige sandige Boden selbst, die großen bemoosten Strohdächer und alles so weit und so groß wie am Meer.“ In bewusster Distanz zu den urbanen Zentren mit ihren sozialen Herausforderungen und ihrem festgefahrenen Kulturbetrieb entwickelte sich dort eines der berühmtesten Künstlerdörfer der Kunstgeschichte. Um 1900 war es also gar nicht so anders wie in unserer Zeit, in der Ökologen und Kreative oft Dörfer als Ruhe versprechende, etwas romantisierte Rückzugsorte betrachten. Wieder andere verlassen das Land, dessen biedere Enge und überkommene Traditionen sie stören.

Dem Land als romantischem Sehnsuchtsort, der den Einstieg in die Natur und Ruhe jenseits der Hektik der Großstadt verheißt, steht das Bild biederer Enge, der Sozialkontrolle und des Verharrens in überkommenen Traditionen gegenüber.

Gleichgültig, wie man den ländlichen Raum deutet: Unbestritten ist, dass Dörfer und Kleinstädte in den letzten 100 Jahren einen tiefgreifenden Funktionswandel erlebt haben. Sie haben zumeist ihre ursprüngliche Bedeutung als Orte der Land- und Forstwirtschaft verloren. Der Agrarsektor macht nur noch rund 0,9 Prozent der deutschen Volkswirtschaft aus. Dörfer sind oft zu reinen Schlafstätten für Pendler geworden. Doch Land ist nicht gleich Land: Während im Münsterland annähernd Vollbeschäftigung herrscht, innovative Mittelständler auf internationalem Parkett zu bestehen wissen, findet sich in Vorpommern, der Altmark, im Hunsrück oder in Osthessen deutlich weniger Wirtschaftskraft. Aus Orten wie Anklam oder Demmin sind deshalb seit der Wende über zwanzig Prozent der Bevölkerung abgewandert.

Landflucht ist in Deutschland kein neues Phänomen: Im 19. Jahrhundert im Zuge der beginnenden Industrialisierung, dann im 20. Jahrhundert während des Niedergangs der landwirtschaftsnahen Arbeitsplätze und nun im 21. Jahrhundert als Folge des demografischen Wandels gab es stets große Binnenmigrationsbewegungen zu verzeichnen.

Ballungsräume wachsen deshalb mit erstaunlicher Geschwindigkeit. Sie bilden Cluster aus florierender Wirtschaft, innovativer Forschung, einer breiten Kulturlandschaft, einem attraktiven Einzelhandel und Nischen für unterschiedliche Lebensstile – mithin ein breites Angebot, das für viele Menschen attraktiver ist als weite Gärten, Misthaufen und Vogelgesang.

## DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Der demografische Wandel besitzt im Kern drei Dimensionen: Die Bevölkerung wird älter, sie schrumpft, und sie wird heterogener. Dabei sind genaue Prognosen der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland nicht einfach, weil sie von der Interaktion der drei genannten Faktoren abhängen, wie der Kölner Demograf Eckart Bomsdorf gezeigt hat. Die deutsche Bevölkerung wird – je nach Fertilitäts-, Lebenserwartungs- und Migrationsquote – bis 2060 zwischen fünf und fünfzehn Millionen Menschen verlieren. Mit einem weitblickenden Bündel an Maßnahmen (Renten-, Familien-, Einwanderungs-, Strukturpolitik) lasse sich der Bevölkerungsrückgang in Deutschland nicht stoppen, sondern nur dämpfen, so Bomsdorf. Die Gründe für die Alterung der Bevölkerung und die Schrumpfung der deutschen Gesellschaft liegen auf der Hand: Deutschland besitzt eine im internationalen Vergleich niedrige Fertilitätsrate von aktuell 1,5 Kindern pro Frau. 25 Prozent der deutschen Frauen gebären gar kein Kind – eine der höchsten Quoten weltweit. Und

deutsche Eltern werden immer älter: 1980 freuten sich junge Paare mit 25 Jahren über ihren Nachwuchs, heute liegt der Altersdurchschnitt bei knapp 29 Jahren.

## URBANISIERUNG UND PERIPHERISIERUNG

Die Veränderung der Lebensverhältnisse, der demografische Wandel und die damit einhergehende Urbanisierung sind keine deutschen, sondern internationale Phänomene. Deutschland liegt mit einem Verstädterungsgrad, also dem Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung, von gut 73,0 Prozent noch deutlich hinter den USA mit 83,0 Prozent, Belgien mit 97,5 Prozent oder Dänemark mit 87,0 Prozent.

Schaut man sich die Siedlungstypologie genauer an, so zeigt sich, dass hierzulande die Übergänge von Stadt zu Land fließend sind. Das Gros der Deutschen wohnt zwar großstadtnah, aber nicht direkt in den Metropolen. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) unterscheidet für Deutschland vier Kategorien: Großstädte, verdichtetes Umland, ländliches Umland und ländlichen Raum. Nach dieser Einteilung leben mit Blick auf die Gesamtbevölkerung in Westdeutschland 21,95 Prozent, in Ostdeutschland 7,35 Prozent der Menschen in Großstädten, 40,85 Prozent (West) beziehungsweise 3,30 Prozent (Ost) im verdichteten Umland, während das ländliche Umland und der ländliche Raum jeweils rund 8,5 Prozent (West) beziehungsweise 4,5 Prozent (Ost) der Menschen umfasst.

Diese Tendenz zur Verstädterung setzt sich allen Prognosen zufolge bis 2050 fort: Die wirtschaftlich starken Regionen wie das Rhein-Main-Gebiet, Köln-Düsseldorf, der süddeutsche Raum von Stuttgart über Augsburg bis München sowie die norddeutschen Metropolen Hamburg und Berlin samt Speckgürtel werden einen Zugewinn an Bürgern erleben, während periphere ländliche Räume schrumpfen.

## GEFAHR EINES „ABWÄRTSSTRUDELS“

Die Göttinger Sozialwissenschaftlerin Claudia Neu, seit vielen Jahren eine der führenden Demografinnen Deutschlands, spricht deshalb auch von der „Peripherisierung ländlicher Räume“: In schrumpfenden Gesellschaften führe eine zunehmende Verstädterung zu sinkenden Bevölkerungszahlen in der Fläche. „Dünne Besiedlung ländlicher Räume ist für sich genommen selbst in Europa keine Seltenheit und bietet zunächst noch keinen Anlass zur Sorge. Die aktuelle Dramatik für (entlegene) ländliche Räume liegt vielmehr darin, dass sinkende Einwohnerzahlen sinkende Steuereinnahmen und

mangelnde Infrastrukturauslastung nach sich ziehen. In Kombination mit wirtschaftlicher Strukturschwäche, hoher Arbeitslosigkeit und De-Infrastrukturalisierung erzeugt die dünnere Besiedlungsdichte aber einen Abwärtsstrudel, der die betroffenen Regionen immer weiter ins Hintertreffen geraten lässt.“

Nach dem „Raumordnungsbericht“ des BBSR aus dem Jahre 2011 sind bereits 22 Kreise im Westen und 21 Kreise im Osten, also zehn Prozent aller deutschen Kreise, von diesen Entwicklungen erfasst. Neu verweist darauf, dass der Raumordnungsbericht 2011 dezidiert von „ungleichwertigen Lebensverhältnissen“ spreche: hier die florierenden Regionen des Südwestens – dort die eher schwachen ostdeutschen Kommunen. Es ist deshalb kaum verwunderlich, dass sich nach einer in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* 2014 veröffentlichten Allensbach-Umfrage 25 Prozent der deutschen Landbevölkerung über eine ungenügende Infrastrukturausstattung beklagen: fehlende wohnortnahe Schulangebote, langsame Internetverbindungen oder einen ausgedünnten öffentlichen Personennahverkehr.

In den kommenden zwei bis drei Jahrzehnten werden Kommunal- und Landespolitik durch das Zusammenspiel von demografischem Wandel und De-Infrastrukturalisierung unter erheblichem Druck stehen. Städte und Gemeinden in strukturschwachen Regionen brauchen deshalb ein gutes und zukunftsweisendes Zusammenspiel zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, um die Lage zu stabilisieren oder Trends zu brechen, so der Berliner Sozialwissenschaftler Johannes Staemmler. Nur wenn Bewegung in solche Kommunen komme, sei es durch Impulse der Stadtverwaltung, sei es durch Modellprojekte oder Initiativen der Zivilgesellschaft, sei es durch das Engagement einzelner Unternehmen, könnten positive Veränderungen in Gang gesetzt werden. Da Städte im Strukturwandel zugleich „Orte der Krise“ seien, warnt Staemmler vor übereiltem Handeln und fordert auch bei der zwingend gebotenen Bürgerbeteiligung ein behutsames Vorgehen, um die verunsicherte Bürgerschaft nicht durch zu hohe Anforderungen und Erwartungen zu überlasten oder zu enttäuschen.

## „ORDNUNGSRAHMEN FÜR DAS KLEINERWERDEN“

Die Zukunft ländlicher Räume ist also keineswegs nur ein Thema für Landromantiker, Ökologen, die Bauern- und Waldbesitzerverbände. Vielmehr können die sozialen Folgen des demografischen Wandels Wohlstandskonflikte provozieren, die alle betreffen. Die alternde Gesellschaft fordere nicht nur die finanzielle Leistungsfähigkeit der Sozialversicherungskassen und die technische Infrastruktur schrumpfender Regionen heraus, so der Kasseler Soziologe Berthold Vogel. Die veränderte Altersstruktur einer Gesellschaft rufe zugleich neue Verteilungsfragen hervor – zwischen Alten und Jungen, zwischen Dorf

und Stadt, zwischen Pendlern und Immobilien, zwischen partikularen Interessen und Fragen des Gemeinwohls. Im Falle des demografischen Wandels gibt es nach Vogel keine konfliktneutralisierenden, sondern ausschließlich konfliktgestaltende Strategien.

Johannes Beermann, ehemaliger Chef der Sächsischen Staatskanzlei und heute Vorstandsmitglied der Bundesbank, fordert deshalb eine ehrliche Debatte über die grundgesetzlich verankerte Forderung nach der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“. Aus diesem Prinzip könne seiner Meinung nach kein Anspruch auf Gleichheit der Lebensverhältnisse in städtischen oder ländlichen Räumen gezogen werden. Das Grundgesetz ziele lediglich auf ein Mindestmaß an sozialem Zusammenhalt, um ein Auseinanderdriften bundesstaatlicher Ordnung zu verhindern.

Ähnlich argumentiert Reiner Klingholz, Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung in der 2013 erschienenen Studie *Vielfalt statt Gleichwertigkeit. Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet*. Für Klingholz steht der Gleichwertigkeitsansatz einer nachhaltigen Raumentwicklung sogar im Wege, denn die dafür nötigen Rahmenbedingungen existieren nicht mehr. Notwendig seien ein „Ordnungsrahmen für das Kleinerwerden“, regional angepasste Standards und individuelle Lösungen für betroffene Kommunen. Politik und Gesellschaft müssten es wagen, unbequeme Fragen zu stellen, etwa ob es sich lohne, in kleinen Dörfern mit Bevölkerungsrückgang noch den Straßenausbau zu fördern, Linienverkehr zugunsten einer individuellen Beförderung von Schülern einzustellen, die Entsiedelung bestimmter Gebiete aktiv zu fördern – eine These, die Klingholz übrigens heftige Kritik eingebracht hat.

Wer Anpassungsstrategien und individuelle Lösungen fordert, die ohne eine Ko-Produktion von Wohlfahrt durch Staat und Zivilgesellschaft nicht denkbar sind, fordert die Kommunen heraus, ihre Leistungsangebote zu priorisieren. Das führt in der Regel zu Kürzungen der Ressourcen oder zur Absenkung von Qualitätsstandards. Wie diese Anpassungen vorzunehmen sind, kann nicht „par ordre du mufti“ entschieden werden, sondern ist Aufgabe der öffentlichen, politischen Debatte in jeder Kommune, in jedem Bundesland. Diese Debatte betrifft aber auch das Verhältnis des Bundes zu Ländern und den Kommunen – gerade, wenn es um die Verteilung der öffentlichen Finanzen geht. Die Debatte über die Zukunft der ländlichen Räume im demografischen Wandel verdient deshalb einen vorderen Platz auf der politischen Agenda.

#### Literaturhinweis

Eichert, Christof / Löffler, Roland (Hrsg.): „Landflucht 3.0. Welche Zukunft hat der ländliche Raum?“, Herder Verlag, Freiburg 2015. Darin finden sich auch die genannten Beiträge von Claudia Neu, Berthold Vogel, Johannes Staemmler und Johannes Beermann.

# Im Agrarland Nummer 1

Wie VW und die Landwirtschaft in Niedersachsen zusammenpassen

#### BERND ALTHUSMANN

Geboren 1966 in Oldenburg (i. OL), ehemaliger niedersächsischer Kultusminister, Landesvorsitzender der CDU Niedersachsen und Spitzenkandidat seiner Partei für die Landtagswahl 2018.

„Althusmann liest die Akten von vorn bis hinten. Und wenn er fertig ist, liest er sie noch mal von vorn“, heißt es über Sie – was man in Zeiten von Fake News positiv hervorheben kann. Was lesen Sie denn über die Lage des ländlichen Raums in Niedersachsen?

**Bernd Althusmann:** Die ländlichen Regionen sind für mehr als fünfzig Prozent der Niedersachsen Lebensort und Heimat.

Der ländliche Raum ist in einem Agrarland wie Niedersachsen für die CDU von höchster Bedeutung. Hier gilt es, künftig einen Schwerpunkt niedersächsischer Landespolitik zu setzen. Ebenso wie in den städtischen Ballungszentren haben die Menschen dort ein Recht auf schulische oder medizinische Versorgung – auf alle Einrichtungen der Versorgung, die ein zufriedenes Leben ermöglichen. Kurzum: Wir brauchen auch in Zukunft eine leistungsfähige Infrastruktur, die ein sicheres Leben in all seinen Facetten gerade auch im ländlichen Raum ermöglicht.

Im Süden des Landes stellt sich die Frage des demografischen Wandels besonders dringend. Hier altert die Bevölkerung

rasant, junge Fachkräfte wachsen nur langsam nach. Das hat Auswirkungen auf die wirtschaftliche Kraft in weiten Teilen des Landes Niedersachsen.

Aktuell sieht sich trotz gut gefüllter Auftragsbücher der klassische Mittelstand, also etwa Handwerksbetriebe, mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Dazu gehört besonders der Fachkräftemangel, um derzeit das Auftragsvolumen abarbeiten zu können. Hinzu kommt die infrastrukturelle Entwicklung der ländlichen Räume, vor allem auch die Versorgung mit Highspeed-Internet. Hier erwarte ich für die kommenden Jahre das größte Wachstumspotenzial. An wichtiger Stelle steht aber im Agrarland Nummer 1 die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft.

**Volker Kauder warnte kürzlich vor einer neuen „Teilung Deutschlands“, wenn man die Lebensqualität für die Menschen jenseits der Ballungsräume nicht entschiedener fördere. Ist es mit Blick auf Niedersachsen wirklich so dramatisch?**

**Bernd Althusmann:** Volker Kauder hat recht, wenn er sagt, dass wir als CDU Deutschlands einen stärkeren Schwerpunkt bei der Entwicklung der ländlichen Räume setzen sollten.

Themen wie schnelles Internet oder Breitbandversorgung sind in den städtischen Ballungszentren meist weniger von Relevanz. Hier sind die Grundlagen meist gelegt. Aber der ländliche Raum darf nicht abgehängt werden. Wer unseren Wohlstand in unserem Bundesland sichern will, der muss das ganze Land in den Blick nehmen und dort heute die Weichen für morgen stellen.

**Was sind die politischen Konsequenzen, wenn sich der Staat aus der Fläche zurückzieht? Droht dadurch ein Erstarken des Populismus?**

**Bernd Althusmann:** In der Tat ist zu befürchten, dass Menschen aus Regionen, in denen keine neuen Perspektiven entwickelt werden, wo eine schulische oder auch frühkindliche Versorgung, sprich Kindertagesstätten und Krippen, nicht ausreichend vorhanden sind, in Ballungsräume wegziehen oder ein Gefühl des Abgehängtseins entwickeln. Dies befördert offenbar vereinfachende Tendenzen von Populisten links wie rechts. Dem gilt es als überzeugte Demokraten mutig entgegenzutreten. Eine solche Wahrnehmung sollten wir gar nicht erst aufkommen lassen und – umso mehr – den grundgesetzlichen Auftrag gleicher Lebensbedingungen ernst nehmen.

**Würden Sie sagen, dass wir – ich sage „wir“, weil ich unsere Zeitschrift da durchaus einschließe – in den letzten Jahren zu viel über die CDU als „Großstadtpartei“ debattiert haben und zu wenig über die Verankerung in der Fläche?**

**Bernd Althusmann:** Die Themen „Großstadt-CDU“ und „CDU im ländlichen Raum“ unterscheiden sich unzweifelhaft, weil sie jeweils ganz andere Anforderungen an die Lösungsfähigkeit der Politik stellen, aber beide Themenbereiche sind unser klassisches CDU-Profil. Wir müssen sachgerechte Antworten auf Zukunftsfragen geben, denen die Bürger unseres Landes vertrauen können. Dass sie dies verstärkt tun, zeigen die zurückliegenden Landtagswahlen. In Ballungszentren geht

es manchmal stärker um Verkehrsbelastungen, den ÖPNV, Kriminalitätsbelastungen, während im ländlichen Raum aufgrund der älter werdenden Gesellschaft etwa die Erreichbarkeit der nächsten Apotheke oder die ärztliche Versorgung eine zentrale Rolle spielen. Aber auch dort fühlen sich Menschen einsam oder nicht sicher. Das gilt es ernst zu nehmen. Ich denke nicht, dass sich die CDU in den letzten Jahren zu stark auf die städtischen Ballungszentren konzentriert hat. Im Gegenteil: In Großstädten stehen wir vor anderen Herausforderungen als im oft dünn besiedelten Raum. Wir müssen Mut zur politischen Schwerpunktsetzung haben und weiter daran arbeiten, als „Großstadt-CDU“ ein Profil zu bieten, das den Menschen in städtischen Ballungszentren einen Anreiz gibt, CDU zu wählen. Im ländlichen Raum sind die Lebensumstände andere, aber gleich wichtig.

**Volkswagen ist der größte Arbeitgeber in Niedersachsen, die Landwirtschaft der zweitgrößte. Beide stehen aktuell öffentlich am Pranger: der eine wegen der Diesellaffäre, der andere wegen der Massentierhaltung und zu viel Gülle. Wo ist die Kritik berechtigt?**

**Bernd Althusmann:** Von einer Landesregierung darf man erwarten, dass der zwanzigprozentige Anteil des Landes am weltgrößten Automobilhersteller vernünftig gemanagt wird, sodass sich der größte Arbeitgeber mit 120.000 Arbeitsplätzen an sechs Standorten in Niedersachsen zukunftsfähig aufstellt. Bei der Unternehmenskultur von VW muss sich noch einiges ändern, was aber kaum von der amtierenden Landesregierung aktiv begleitet wird. Die beiden Vertreter des Landes

Niedersachsen im VW-Aufsichtsrat sind kein Vollzugsorgan des Vorstandes. Bisher ist aus meiner Sicht ein klarer Kurs zwischen dem festen Willen zur Aufklärung und mutiger Aufstellung für die Zukunft nicht erkennbar. Stattdessen werden immer neue Nebenkriegsschauplätze eröffnet. Die Mitarbeiter am Band können den Begriff „Diesel-Skandal“ oder „Diesel-Gate“ längst nicht mehr hören und wollen stattdessen Antworten darauf, wie sich VW in den nächsten zehn Jahren aufstellen wird – und konkret, welche Antriebstechnologien und welche Modelle der Zukunft an welchen Standorten in Niedersachsen gebaut werden.

Was diese Zukunftsfragen betrifft, kommt der Aufsichtsrat seiner Funktion leider zurzeit nicht in ausreichendem Maße nach. Stattdessen werden üppige und höchst fragwürdige Abfindungen gewährt, während im Bund vonseiten der SPD über zu hohe Managergehälter debattiert wird. Ein Land wie Niedersachsen als großer Anteilseigner muss schon den Mut haben, zu sagen, was es akzeptiert und was nicht.

Und mit Blick auf das Agrarland Nummer 1 in Deutschland: Nach VW ist unsere bäuerliche Landwirtschaft mit allen vor- und nachgelagerten Bereichen der Ernährungswirtschaft der zweitwichtigste Arbeitgeber in unserem Bundesland. Die Niedersachsen haben ein feines Gespür dafür, ob es der verantwortlichen Politik gelingt, den Spagat zwischen Verbraucherschutz und Tierwohl einerseits und landwirtschaftlicher Produktion andererseits vernünftig auszutarieren. Wir produzieren heute – unabhängig davon, ob aus traditioneller oder ökologischer Landwirtschaft – täglich Lebensmittel von der höchsten Qualität, die jemals in Deutschland und

in Niedersachsen erzielt wurde. Dabei stehen unsere landwirtschaftlichen Betriebe, insbesondere unsere bäuerlichen Familien, vor enormen Herausforderungen unterschiedlichster Art. Durch zum Teil ideologische Entscheidungen werden immer wieder neue Vorgaben vonseiten des Landes oben draufgepackt, was die landwirtschaftliche Produktion zusätzlich erschwert. Wir sollten endlich wieder zu einer Politik für unsere Landwirtschaft und mit unserer Landwirtschaft zurückfinden. Beim Thema Verbraucherschutz müssen wir deutlich machen, wie landwirtschaftliche Produktion heute im täglichen Betrieb stattfindet. Das romantische Bild der Landwirtschaft in unseren Köpfen muss sich der Realität besser anpassen. Die Landwirtschaft arbeitet heute hoch technologisiert, immer effizienter, digitalisiert und ressourcenschützend und die Böden immer besser vor zu hohen Belastungen schützend. Dies wird in manch politischer Debatte ausgeblendet. Aus diesem neuen und realistischen Bild von Landwirtschaft muss beiderseitiges Vertrauen erwachsen. Allerdings habe ich oft den Eindruck, dass es mit Bezug auf die Landwirtschaft und den Naturschutz bisweilen sehr viel mehr um ein Hinterherrennen hinter vermeintlichen, jedoch meist kurzlebigen Trends geht als um die aktive und faire Förderung oder Darstellung der bäuerlichen Landwirtschaft. Wir brauchen eine Politik mit und für unsere Landwirte und keine Politik gegen sie.

**Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat sich inzwischen für die Kampagne der sogenannten „neuen Bauernregeln“ entschuldigt. Können Sie die Aufregung um so harmlos er-**

**scheinende Sprüche – wie „Steht das Schwein auf einem Bein, ist der Schweinestall zu klein“ – verstehen?**

**Bernd Althusmann:** Das war eine Entgleisung der Bundesumweltministerin, die sich gegen die Landwirte in Deutschland richtete und viel Vertrauen verspielt hat. Die Kampagne wollte den Gegensatz von Umwelt- und Landwirtschaftspolitik betonen, anstatt die Gemeinsamkeiten herauszustellen. Unsere Landwirtschaft trägt bestmöglich den gestiegenen Umweltschutzstandards Rechnung – etwa beim Düngereinsatz auf den Feldern oder bei der Antibiotika-Verwendung in der Tierhaltung. Wir sollten verstärkt die technologischen Möglichkeiten nutzen, mit denen sich diese Herausforderungen besser managen lassen. Dabei gilt es, auch gegenüber der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass unsere Landwirtschaft nach den besten Standards arbeitet – etwa, um Boden- oder Grundwasserbelastungen zu vermeiden. Klar muss aber auch sein, dass die Produktion von Lebensmitteln zu diesen Standards Geld kostet und landwirtschaftliche Betriebe eine solide Existenzgrundlage benötigen. Diesen Spagat hinzubekommen, ist die große Kunst im Verhältnis zwischen vernunftorientierter Landwirtschafts- und Umweltschutzpolitik.

**Nun haben seit 2013 in Niedersachsen 1.700 landwirtschaftliche Betriebe aufgegeben. Was sind die Gründe für diese Entwicklung und ihre Konsequenzen mit Blick auf die Perspektiven des ländlichen Raums?**

**Bernd Althusmann:** Das größte Problem der hiesigen Landwirtschaft bleibt der

große Flächenverbrauch. Täglich werden in der Größenordnung eines durchschnittlichen niedersächsischen Betriebs Flächen verbraucht: circa sieben Hektar pro Tag. Diesen Verbrauch durch eine ländliche Entwicklungspolitik zu mindern, ist eine Kernherausforderung der nächsten Jahre. Darüber hinaus muss die Landwirtschaft deutlich von Bürokratie entlastet werden, wobei auch Fragen der Umweltgesetzgebung mit auf den Prüfstand gehören. Ich nenne das Stichwort „Wassergesetz“, ein Gesetzesvorhaben, das die Bewirtschaftung von bestimmten Flächen nahezu unmöglich macht und damit einer Enteignung gleichkommt. Dies wurde bislang auch nur teilweise in Niedersachsen zurückgenommen. Ohnehin reagiert die amtierende Landesregierung immer erst auf Druck von außen.

Die Idee einer „Pachtpreisbremse“ für landwirtschaftliche Flächen, wie sie aktuell in Niedersachsen intensiv diskutiert wird, halte ich unter dem Aspekt – was kann das Land tun, um die Ausgangsbedingungen für Landwirte zu verbessern – nicht für zielführend. Auch sollte die einzelbetriebliche Förderung, die zuletzt deutlich reduziert wurde, wieder auf den Stand von vor 2013 angehoben werden.

**Sie waren von 2013 bis 2016 für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Namibia und Angola. Gab es Erfahrungen, die Ihnen heute helfen, die aktuellen**

**Herausforderungen in Niedersachsen besser oder leichter einzuordnen?**

**Bernd Althusmann:** Ich glaube, dass der „Blick über den Tellerrand“ für einen Spitzenkandidaten der CDU für das Amt des Ministerpräsidenten in Niedersachsen sehr hilfreich ist. Heute verfüge ich über eine höhere Sensibilität für globale und soziale Themen. Mein Afrika-Aufenthalt mit meiner Familie hat mir eine gewisse Erleuchtung zurückgegeben. Heute glaube ich, noch besser zwischen wichtig und wünschenswert unterscheiden zu können. Insbesondere die weltweite Flüchtlingskrise und unsere Antworten darauf sehe ich heute viel kritischer als vor inzwischen vier Jahren. Europa wird hier eine zentralere Funktion einnehmen müssen als manche national gesteuerte Entwicklungszusammenarbeit. Natürlich lassen sich die Probleme des südlichen Afrika nicht mit unseren Problemen in Deutschland oder Niedersachsen vergleichen. Aber die Kenntnis der Situation dort führt zu einer Schärfung des Blickes für die Probleme auch in unserem Bundesland und zusätzlich zu einer gewissen Gelassenheit mit Blick auf die künftigen Herausforderungen. Sie sind nicht geringer, aber wir können zuversichtlich sein, dass wir sie gut meistern werden. Dessen bin ich mir sicher.

*Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 18. Mai 2017.*

# Aus der Opposition in die Regierung

Die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen

## VIOLA NEU

Geboren 1964 in Ludwigshafen, Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

In Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen ist es der CDU gelungen, stärkste Partei zu werden. Der Ausgang der Koalitionsverhandlungen unmittelbar nach der Wahl ist zwar noch offen, doch hat die CDU den Auftrag zur Regierungsbildung. Derzeit könnte es in Nordrhein-Westfalen zu einer Koalition von CDU und FDP kommen, die im Parlament eine Stimme Mehrheit hätte. Die SPD hat in Nordrhein-Westfalen bereits angekündigt, nicht für Sondierungsgespräche zur Verfügung zu stehen. In Schleswig-Holstein könnte es zu einer weiteren Koalition aus CDU, FDP und Grünen kommen. Dies wäre das zweite Mal, dass eine sogenannte Jamaika-Koa-

lition gebildet würde. Die erste Jamaika-Koalition regierte von 2009 bis 2012 im Saarland.

Eine Koalition von CDU und FDP hätte den Charme, dass ein weiteres klassisches Zweierbündnis wieder entstehen würde, das es in den Ländern derzeit nicht gibt. Zudem würde ein „großer“ Regierungswechsel vollzogen, da keine der beiden Parteien zuvor an der Regierung beteiligt war. Würde sich in Schleswig-Holstein Jamaika bilden, wäre der Bundesrat um eine weitere Regierungsvariante reicher. Auch auf die Bundespolitik könnten sich die Erfahrungen aus den Ländern auswirken.

In beiden Ländern gab es zwar während der Legislaturperiode jeweils eine Phase, in der die CDU vor der SPD lag, doch hatte sich im Frühjahr nach der

Nominierung des Kanzlerkandidaten der SPD, Martin Schulz, das Meinungsklima zugunsten der SPD zunächst gedreht. Bei der Landtagswahl im Saarland im März 2017 zeigte sich bereits, dass die landespolitische Reichweite des in Medien sogenannten „Schulz-Effektes“ (häufig auch „Schulz-Zug“) begrenzt ist.

## KURZFRISTIGES SCHULZ-HOCH BLIEB UNGENUTZT

Mit der Bestätigung der Saarländischen Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer und den Zugewinnen der CDU bei gleichzeitigen Verlusten der SPD hat sich das Meinungsklima wieder geändert. Schulz, der eine Woche vor der Wahl im Saarland mit 100 Prozent zum Parteivorsitzenden der SPD gewählt wurde, konnte seine Partei nicht vor Verlusten bewahren. Dies liegt vor allem daran, dass sich bundespolitische Effekte wesentlich seltener und schwächer als häufig angenommen auf das landespolitische Meinungsklima auswirken. So war es auch bei den drei Landtagswahlen im Frühjahr 2017.

Martin Schulz konnte damit das kurzfristige Hoch für die Wahlkämpfe nicht gewinnbringend nutzen. Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sagte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, sie habe Schulz gebeten, keine bundespolitischen Themen in den Landtagswahlkampf einzubringen. Unklar ist, warum diese Strategie von der SPD gewählt und der Spitzenkandidat für die Bundestagswahl aus dem Rampenlicht entfernt wurde. Antworten darauf bleiben ebenso spekulativ wie Mutmaßungen über den Ausgang der Bundestagswahl.

## KEINE KLEINE BUNDESTAGSWAHL

Die Formulierung, bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen handle es sich um eine „kleine Bundestagswahl“, ist zwar geläufig, jedoch nur berechtigt, wenn man die Zahl der Wahlberechtigten des Landes berücksichtigt. Die Dominanz der SPD in der Regierung von NRW in den vergangenen Jahrzehnten hat im Bund bekanntlich keinen Niederschlag gefunden. Damit ist Nordrhein-Westfalen kein Indikator für den Ausgang anderer Wahlen, selbst wenn es 2005 sowohl im Land als auch im Bund zu einem Regierungswechsel kam, allerdings mit unterschiedlichen Koalitions-konstellationen. Auch in Nordrhein-Westfalen sind bundespolitische Einflüsse vorhanden. Doch ist die Bedeutung nicht größer oder kleiner als in anderen Ländern. 36 Prozent der Wahlberechtigten sagen, die bundespolitische Situation sei für die Wahlentscheidung wichtiger. Nur sehr selten (zum Beispiel in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt oder Hessen) steigt der Wert über vierzig Prozent an.

Auch eine zweite Legende über Nordrhein-Westfalen ist recht brüchig – nämlich, dass Nordrhein-Westfalen *das* Stammland der SPD sei. Seit 1966 war die SPD nur von 2005 bis 2010 nicht an der Landesregierung beteiligt. Damit hat die CDU die historische Dominanz der SPD ein zweites Mal in der jüngeren Geschichte gebrochen und kann den Ministerpräsidenten stellen. Wahlergebnisse von etwa 32 Prozent hatte die SPD bei den ersten Landtagswahlen 1947 und 1950. Bis 1962 war die CDU die stärkste Partei. 1966 entschied sich die FDP während der Legislaturperiode für einen Wechsel zur SPD.

In den 1970er-Jahren konnte die CDU nicht regieren, da sich die FDP für sozial-liberale Koalitionen entschied. Danach gelang es der CDU erst 2005 mit Jürgen Rüttgers wieder, die Regierung in einer schwarz-gelben Koalition zu leiten. Vor allem die 1980er- und 1990er-Jahre mit dem Ministerpräsidenten Johannes Rau (1978 bis 1998) festigten das Image vom „Stammland“ der SPD, welches bei genauerer Betrachtung historisch brüchig ist, vor allem, da das Bindestrich-Land sozialstrukturell und weltanschaulich heterogen zusammengesetzt war und ist.

Die Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zeigen erneut, wie differenziert das Wahlverhalten ist. Mit dem Rückgang traditioneller Parteibindungen entscheiden sich die Wähler von Wahl zu Wahl neu – und dies auch jenseits vermeintlicher Lageraffinitäten. Dies gilt auch für Nichtwähler, die weder ein monolithischer Block sind noch eine Reservewählerschaft für eine bestimmte Partei oder ein politisches Lager bilden. Während im letzten Jahr vor allem die AfD Stimmen aus dem Nichtwählerlager mobilisieren konnte, gelang dies bei den Landtagswahlen 2017 vor allem der CDU.

**ENTSCHEIDUNG AUF DEN LETZTEN METERN**

Beide Wahlen wurden in den letzten Wochen vor dem Wahltermin entschieden, vielleicht auch auf den letzten Metern. Die Bedeutung des Wahlkampfes wird durch diese Aufholjagd sichtbar. Die Landesverbände setzten auf Angriffswahlkämpfe, die die Bilanz der Regierung thematisieren und die Probleme aufgreifen,

die den Menschen besonders wichtig sind. Die Kommunikationslinie wurde bis zum Ende beibehalten, sodass die Argumentation verfangen konnte. Zudem wurden soziale und traditionelle Medien gemixt und damit auch eine zielgerichtete Ansprache von Wählern möglich.

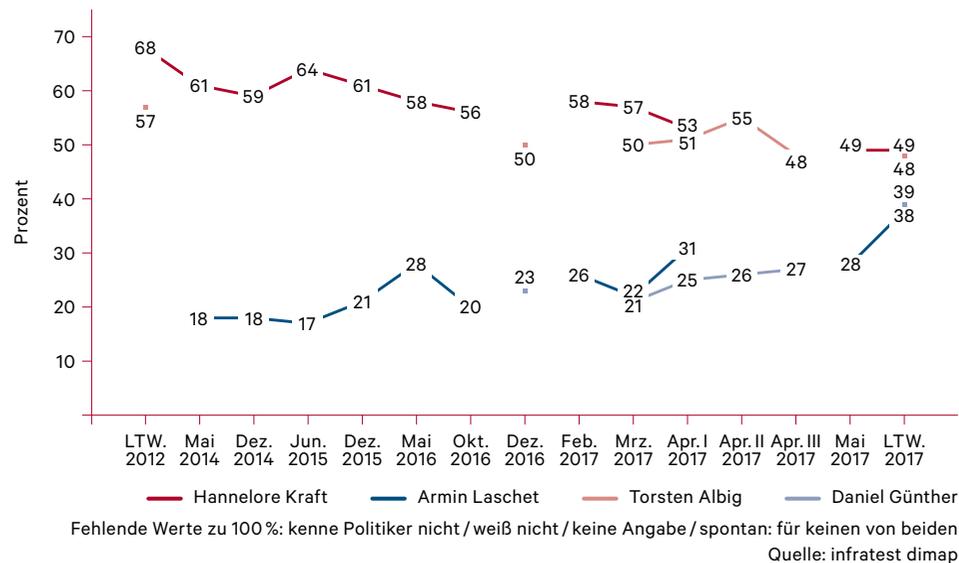
Darüber hinaus setzte die CDU auf direkte Haustürkommunikation. „Das Erfolgsrezept heißt Tür-zu-Tür-Wahlkampf. Allein in der letzten Woche vor der Wahl besuchten die Wahlkämpfer in NRW über 30.000 Haushalte. Das gab vor allem in einigen hart umkämpften Wahlkreisen den Ausschlag und zeigt: Es kommt auf den persönlichen Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern an“, ist in den Mails von Connect 17 zu lesen.

Damit ist eine recht traditionelle Kampagnenform, die auch im Saarland und in Schleswig-Holstein eingesetzt wurde, wieder zentraler Bestandteil der Kommunikationsstrategie. Aus vielen Studien ist die Wirkung bewiesen. Doch haben auch die SPD und Hannelore Kraft auf diese Strategie gesetzt. Bei Facebook und Twitter hatte Christian Lindner die größten Reichweiten. Auch wurde der Wahlwerbespot der FDP medial stark wahrgenommen und fand – über die reine TV-Ausstrahlung hinaus – auch im Netz viele Zuschauer.

Überraschend ist die Ähnlichkeit der Ausgangssituationen, welche die beiden Landtagswahlen entschieden haben. Die Amtsinhaber profitierten zunächst von ihrem Amtsbonus. Beiden Herausforderern ist es mit beharrlicher Kommunikation gelungen, diesen Amtsbonus so schrumpfen zu lassen, dass am Ende von einem „Bonus“ kaum noch gesprochen werden kann. Sowohl Armin Laschet als auch Daniel Günther lagen am Ende der Wahl etwa zehn Punkte hinter den amtierenden

**DIREKTWAHL MINISTERPRÄSIDENTEN: ZEITVERLAUF**

Wenn man den Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein bzw. Nordrhein-Westfalen direkt wählen könnte, für wen würden Sie sich entscheiden: Für Torsten Albig oder für Daniel Günther/ für Hannelore Kraft oder für Armin Laschet?



Ministerpräsidenten, die noch nicht einmal von der Hälfte der Wahlberechtigten erneut im Amt gewünscht wurden.

Die CDU verstand es, in beiden Ländern Themen zu setzen und Lösungskompetenzen zu vermitteln. Bei den Problemen, die jeweils in den Ländern als am wichtigsten erachtet wurden, lag die CDU vor der SPD. Die SPD konnte zwar im Politikfeld soziale Gerechtigkeit punkten, aber Fragen der sozialen Gerechtigkeit hatten die Wähler in beiden Ländern nicht mobilisiert. Wichtiger waren konkrete Probleme der Länder, von Infrastruktur und Verkehr über Bildung und Schule bis hin zur Kriminalität.

Dass es möglich war, mit einem thematischen Wahlkampf zu gewinnen, lag vor allem an der kritischen Bewertung der

Leistungsbilanz der Regierungen. Mit einem sinngemäßen „Weiter so“ konnten die Landesregierungen nicht punkten, da ihre Arbeit in wesentlichen politischen Problemen kritisch bewertet wurde. Personalisierungsstrategien verloren so an Bedeutung. Vor dem Hintergrund der Unzufriedenheit mit der Arbeit der Regierungen und unter dem Eindruck, dass politische Probleme nicht gelöst werden, kam es zu einer starken Mobilisierung von Wählern.

Die gestiegene Wahlbeteiligung ist ein Indikator dafür. Die früheren Nichtwähler haben sich überwiegend für die Wahl der CDU entschieden. Sie gilt als die Partei, der am stärksten zugetraut wird, die künftigen Probleme zu lösen. So entschieden sich in Nordrhein-Westfalen von

den circa 680.000 vormaligen Nichtwählern 430.000 für eine Stimmabgabe zugunsten der CDU. Doch zeigt sich bereits seit 2016 ein ungebrochener Trend zu steigenden Beteiligungsraten (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Saarland). Aber auch 2014 (Europa) und 2013 stiegen die Beteiligungsraten in Niedersachsen, Hessen und bei der Bundestagswahl an.

Die Wahlen haben aber auch im Abschneiden der anderen Parteien gezeigt, wie stark sich die jeweilige Wahrnehmung der Inhalte und Personen auf das Wahlverhalten auswirkt. Nur zur Erinnerung: Im Saarland scheiterten sowohl Grüne als auch FDP an der Fünf-Prozent-Hürde, die Linke bleibt trotz Verlusten zweistellig. Anders war die Situation in Schleswig-Holstein. Sowohl FDP als auch Grüne profitierten vor allem von der Popularität ihrer Kandidaten, wobei es sich im Fall von Wolfgang Kubicki um den Spitzenkandidaten handelte, im Fall von Robert Habeck um den Umweltminister, der nicht auf der Liste kandidierte, da er sich zum Zeitpunkt der Aufstellung noch um die Position des (männlichen) Bundesspitzenkandidaten der Grünen bewarb. Beiden gelang es, dass ihre Parteien respektable Wahlergebnisse erzielten. In Nordrhein-Westfalen war es Christian Lindner, der – als FDP-Bundesvorsitzender und gestärkt durch seine „unterhaltsame“ Oppositionsarbeit – von einem auf ihn maßgeschneiderten Wahlkampf profitierte und seiner Partei das beste Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen überhaupt bescherte. Die Grünen konnten im größten Bundesland

weder inhaltlich noch personell überzeugen. Zudem wurde ihre Arbeit in der Regierung besonders schlecht bewertet.

Auf der Ebene der kleineren Parteien hat die AfD die Rolle der Piraten übernommen. Die Piraten, die in der kurzen Phase von 2011 bis 2012 in vier Landtage einzogen, konnten nicht erneut Wähler mobilisieren. Die ehemaligen Wähler der Piraten scheinen hingegen ideologisch unbeeindruckt zur nächsten Protestpartei, der AfD, zu wechseln. Zumindest konnte die AfD von den „sonstigen“ Parteien in beiden Ländern den stärksten Wählerstrom verbuchen. Allein in Nordrhein-Westfalen erhielt die AfD 300.000 Stimmen aus dem Lager der „sonstigen“ Parteien. In geringerem Umfang mobilisierte die Partei ehemalige Nichtwähler (120.000). Die Wechselaktivität von früheren Wählern anderer Parteien fiel hingegen schwach aus. Von der SPD wechselten 60.000 vormalige Wähler, von der CDU 50.000 und von der FDP 30.000.

Die Ergebnisse verdeutlichen auch, dass die AfD ihren Zenit überschritten haben könnte. In allen Trendindikatoren ist ein langsamer, aber stetiger Rückgang in der Zustimmung zu der Partei sichtbar. Zweistellige Ergebnisse sind in weite Ferne gerückt.

#### Anmerkung

Wahlergebnis Schleswig-Holstein (Zweitstimmen) in Prozent: CDU 32,0; SPD 27,2; Grüne 12,9; FDP 11,5; AfD 5,9; SSW 3,3 (die Fünf-Prozent-Hürde gilt nicht für den SSW, sodass er mit drei Mandaten im Landtag vertreten ist).

Wahlergebnis Nordrhein-Westfalen (Zweitstimmen) in Prozent: CDU 33,0; SPD 31,2; FDP 12,6; AfD 7,4; Grüne 6,4. Die Linke ist mit 4,9 Prozent knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert.

# Révolution?

Nachlese zur französischen Präsidentschaftswahl

## NINO GALETTI

Geboren 1972 in Freiburg (Schweiz), Leiter des Auslandsbüros Frankreich der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Paris.

Eigentlich wäre diese Wahl für den bürgerlichen Präsidentschaftskandidaten nicht zu verlieren gewesen. Die Rahmenbedingungen für den Herausforderer von François Hollande waren im Vorfeld denkbar günstig: eine lahmende Wirtschaft, eine zerstrittene Sozialistische Partei und ein Präsident, der in den vergangenen fünf Jahren weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben war.

Vielen Beobachtern und Analysten schien rund ein Jahr vor den Wahlen klar, dass Hollande abgewählt und ein Bürgerlicher – aller Voraussicht nach der frühere

Premierminister und Bürgermeister von Bordeaux Alain Juppé – im Mai 2017 zum neuen Präsidenten gewählt werden würde. Bei einer Umfrage vom April 2016 sahen die Meinungsforscher Juppé mit über dreißig Prozent Zustimmungsrate an der Spitze. Abgefragt wurden damals neben Staatspräsident Hollande auch sein Vorgänger, der Vorsitzende der Républicains Nicolas Sarkozy, Premierminister Manuel Valls sowie die Vorsitzenden von Front National und Parti de Gauche, Marine Le Pen und Jean-Luc Mélenchon.

Ein Jahr später ist bis auf die beiden letztgenannten kein Politiker mehr im Rennen gewesen. Das gesamte politische Mittelfeld wurde „abgeräumt“. Erstmals in der Geschichte der Fünften Republik kam weder der Kandidat der Sozialisten

noch der Kandidat der bürgerlichen Gaulisten in die Stichwahl. Gewählt wurde mit dem 39-jährigen Emmanuel Macron schließlich ein Politiker, der erst im Sommer 2014 die politische Bühne betreten hatte und im April 2016 seine eigene politische Bewegung „En Marche“ gründete, um als unabhängiger Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen anzutreten.

*Révolution* hatte Macron sein im Vorfeld der Wahl erschienenes Buch genannt, in dem er seinen Werdegang nachzeichnet und seine Ideen präsentierte. Allerdings ist dem Buch wenig Revolutionäres zu entnehmen, eher ein modifiziertes „Weiter so“ der Reformpolitik der bisherigen Regierung. Dass Macrons Wahl zum Staatspräsidenten dennoch zu einem Umbruch der politischen Landschaft in Frankreich führen würde, hatte bis vor wenigen Monaten kaum jemand erwartet. Zu gering war die Wahrscheinlichkeit, dass sich der politische Seiteneinsteiger gegen die sich seit Jahrzehnten auf dem politischen Parkett bewegenden Mitbewerber durchsetzen könnte.

## VIEL PLATZ IN DER POLITISCHEN MITTE

Seinen Wahlsieg hat Emmanuel Macron jedoch weniger seiner eigenen Stärke als der Schwäche seiner Gegner zu verdanken. Macron konnte sich durchsetzen, weil in den Vorwahlen von *Républicains* und Sozialisten nicht etwa der liberale Alain Juppé oder der gemäßigte Manuel Valls, sondern zwei Kandidaten aufgestellt wurden, die betont konservativ beziehungsweise klar links auftraten. Weder François Fillon noch Benoît Hamon gaben sich im

Wahlkampf besondere Mühe, die Wähler der Mitte zu erreichen. Stattdessen blieb Fillon ein Kandidat, der strikte Wirtschaftsreformen forderte, eine traditionsgebundene Gesellschaftspolitik vertrat und aus seiner Nähe zur katholischen Kirche keinen Hehl machte – im laizistischen Frankreich stieß dies bei vielen Wählern auf Unverständnis und Ablehnung. Derweil kündigte der Sozialist Hamon an, das bedingungslose Grundeinkommen und die 32-Stunden-Woche einführen zu wollen. Beide behielten ihre Kernwählerschaft im Blick, die sie in den Vorwahlen so zahlreich unterstützt hatte und der sie sich verpflichtet fühlten. Beide wollten vermeiden, Wähler nach rechts oder links an die Populisten Marine Le Pen und Jean-Luc Mélenchon zu verlieren, verloren dabei jedoch die gemäßigten Wähler aus den Augen. Auf diese Weise war in der politischen Mitte viel Platz für Emmanuel Macron.

Schon vor Ausbruch der Affäre um die mutmaßliche Scheinbeschäftigung von Fillons Ehefrau und seinen Kindern als parlamentarische Assistenten am 25. Januar 2017 sackten die Umfragewerte des konservativen Kandidaten auf unter 25 Prozent ab. Die Affäre selbst, insbesondere auch Fillons Umgang damit, trug nicht dazu bei, den Kandidaten der *Républicains* zu stärken. Statt schlüssige Erklärungen für sein Verhalten zu liefern, beschuldigte Fillon Staatsanwälte und Medien und vermutete eine vom Élysée organisierte Verschwörung gegen ihn. Auch wenn mitunter der Eindruck entstehen konnte, dass Staatsanwaltschaft und ausgesuchte Medien im Fall Fillon Hand in Hand arbeiteten – mehrfach wurden vertrauliche Ermittlungsergebnisse zeitnah in Online- und Printmedien veröffentlicht – blieben die Vorwürfe an Fillon haften.

Angesichts des Ausmaßes der Affäre ist das Ergebnis, das François Fillon bei der ersten Wahlrunde am 23. April 2017 eingefahren hat, beachtlich. Es fehlten lediglich 1,9 Prozentpunkte, um die Kandidatin des Front National, Marine Le Pen, zu übertreffen. Insgesamt lagen die vier Kandidaten – Macron, Le Pen, Fillon, Mélenchon – weniger als fünf Prozentpunkte auseinander. Es hätte nicht viel gefehlt und Fillon wäre in die Stichwahl gekommen – die Chance, dass er der nächste Präsident Frankreichs werden würde, war bis zur ersten Wahlrunde nicht unrealistisch.

## PARTEIENLANDSCHAFT IN BEWEGUNG

Das Ergebnis vom 23. April zeigt, dass das französische Zwei-Lager-System der Fünften Republik zu Ende ist und Frankreich heute politisch in vier etwa gleich große Lager aufgeteilt ist: in die bürgerlich-konservativen *Républicains*, die sozialliberale Sammlungsbewegung des Präsidenten „En Marche“, die linkspopulistische *Parti de Gauche* und den rechtspopulistischen Front National.

Über die Zukunft der bislang regierenden Sozialisten werden die anstehenden Parlamentswahlen entscheiden. Ob sich „En Marche“ faktisch in eine in die Mitte gerückte und modernisierte Nachfolgerin der *Parti Socialiste* entwickeln wird, kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

Die Bewegung des Präsidenten wird unter dem Namen „La République en marche“ an den Parlamentswahlen, die am 11. und am 18. Juni stattfinden werden, teilnehmen. Welchen Erfolg ihre

Kandidaten haben werden, ist völlig unsicher. Frankreich betritt hier Neuland. Seit 2002, als die Amtszeiten von Präsident und *Assemblée nationale* zeitlich synchronisiert wurden und die Wahlen stets im Abstand von wenigen Wochen stattfinden, rief der neu gewählte Präsident stets dazu auf, die Kandidaten der eigenen Partei zu unterstützen und auf diese Weise eine parlamentarische Mehrheit zu sichern. Ob bei Chirac, Sarkozy oder Hollande – der Bürger gab dem frisch gewählten Präsidenten seine Parlamentsmehrheit.

Wie sich der Wähler bei der bevorstehenden Wahl verhalten wird, ist offen: Das französische Mehrheitswahlrecht sieht vor, dass auch in den Wahlkreisen der Kandidat im zweiten Wahlgang die Mehrheit der Stimmen erhalten muss, um gewählt zu sein. Dieses Wahlsystem stärkt die gemäßigten Kräfte. So sind in der zu Ende gehenden Wahlperiode gerade einmal zwei Abgeordnete des rechtspopulistischen Front National in der *Assemblée nationale* vertreten, obwohl die Partei von Marine Le Pen 2012 rund dreizehn Prozent der Wählerstimmen erhalten hatte. Wie stark die einzelnen Parteien in der neuen Wahlperiode sein werden, hängt davon ab, in wie vielen Wahlkreisen sie die Mehrheit erhalten werden. Frankreichs politische Landschaft ist in Bewegung. Vielleicht hat der neue Präsident dann doch eine „Révolution“ ausgelöst.

# Was sie wollten, was sie waren, was sie bewirkten

—  
Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur  
Aufarbeitung der SED-Diktatur

## PETER MASER

Geboren 1943 in Berlin, war  
an der Arbeit beider Enquete-  
Kommissionen beteiligt.

Mit den beiden Enquete-Kommissionen des  
Deutschen Bundestages zur „Aufarbeitung  
von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur  
in Deutschland“ (1992 bis 1994) und zur „Über-

windung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“  
(1995 bis 1998), die der DDR-Bürgerrechtler Rainer Eppelmann (CDU) lei-  
tete, wurde wie mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) und der Installation  
der „Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicher-  
heitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)“  
im Spätherbst 1991 einem zentralen Anliegen der Oppositionsbewegung in  
der DDR entsprochen.

Die zunächst favorisierte Idee eines „Tribunals“ über die DDR-Vergangenheit konnte sich aufgrund rechtsstaatlicher Bedenken nicht durchsetzen. Sehr rasch wurde auch darüber Einigkeit erzielt, die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur könne nicht auf „Vergangenheitsbewältigung“ zielen, vielmehr müsse die „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ als ein fortdauernder Prozess und eine zentrale Aufgabe des geeinten Deutschland begriffen werden. Die Einrichtung einer Enquete-Kommission des Bundestages war das geeignetste Instrument, diesen Prozess in Gang zu setzen.

Nach Paragraph 56 seiner Geschäftsordnung richtet der Bundestag Enquete-Kommissionen „zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe“ ein. Im Unterschied zu anderen Ausschüssen des Bundestages sind Enquete-Kommissionen „gemischte Gremien“, in denen neben Abgeordneten externe Sachverständige gleichberechtigt mitwirken.

## „SED-STAAAT WAR EINE DIKTATUR“

Die erste Enquete-Kommission veranstaltete insgesamt 81 Plenarsitzungen, von denen 44 als öffentliche Anhörungen in Bonn und Berlin, aber auch in Halle, Rostock, Erfurt, Dresden und Jena durchgeführt wurden. Im Rahmen dieser Anhörungen kamen 327 Sachverständige und Zeitzeugen aus ganz Deutschland und den verschiedensten Lebens- und Wirkungsbereichen zu Wort. Besonders eindrücklich waren jene Veranstaltungen, in denen die Kommission Opfer der SED-Diktatur und Vertreter von Opposition und Widerstand in der DDR anhörte.

Bei der Ausarbeitung ihres Berichts an das Plenum des Bundestages konnte sich die Kommission darüber hinaus auf rund 150 Expertisen, Gutachten und Berichte stützen. Die Protokolle der Anhörungen und die wissenschaftlichen Gutachten ergaben zusammen eine umfangreiche Textsammlung von 15.000 Seiten, die der Deutsche Bundestag 1995 in einer achtzehn Bände umfassenden Edition der Öffentlichkeit zugänglich machte.

Das Programm und die Ergebnisse der Arbeit der ersten Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ sind bereits in ihrem Titel festgehalten. Es ging um die historische und politische Aufarbeitung von Geschichte in einem fortwährenden Prozess, in den immer auch schon die Betrachtung der Folgen dieser Geschichte einbezogen werden sollte. Die Enquete-Kommission charakterisierte die DDR unmissverständlich als SED-Diktatur und korrigierte damit die Perspektiven einer systemimmanenten Betrachtungsweise, wie sie sich in Teilen der westdeutschen DDR-Forschung eingebürgert hatte. Mit dem erst spät in den Kommissionstitel aufgenommenen Zusatz „in Deutschland“ verdeutlichte die Enquete-Kommission zudem ihre einmütige Auffassung, dass die

deutsche Teilungsgeschichte und die gesamtdeutschen Bezüge bei einer Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur nicht ausgeblendet werden dürfen.

## „EINZIGARTIGES ZEUGNIS DER VERGEWISSERUNG“

Die wichtigsten inhaltlichen Feststellungen der Enquete-Kommission fasste der interfraktionelle Entschließungsantrag prägnant zusammen, den sich das Plenum des Deutschen Bundestages am 17. Juni 1994 mit überwältigender Mehrheit zu eigen machte:

- (1) „Der SED-Staat war eine Diktatur. Er war dies nicht durch Fehlentwicklung oder individuellen Machtmißbrauch – der kam im Einzelnen hinzu –, sondern von seinen historischen und ideologischen Grundlagen her.“
- (2) „Die Hauptverantwortung für das Unrecht, das von diesem System begangen wurde, trägt die SED.“
- (3) „Die politisch-moralische Verurteilung der SED-Diktatur bedeutet keine Verurteilung der ihr unterworfenen Menschen, im Gegenteil. Die Deutschen in der SBZ/DDR haben den schwereren Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte zu tragen gehabt. [...] Es ist das bleibende Verdienst der Deutschen in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und dem Ostteil Berlins, daß sie das SED-Regime stürzten und den Weg zur Demokratie und damit zur Vereinigung Deutschlands freigemacht haben!“
- (4) „Die innere Einheit Deutschlands und damit die Beseitigung der materiellen und immateriellen Folgeschäden der SED-Diktatur bleibt die herausragende Aufgabe der bevorstehenden Jahre.“
- (5) „Zu den geistigen Grundlagen einer innerlich gefestigten Demokratie gehört ein von der Gesellschaft getragener antitotalitärer Konsens. [...] Dies bedeutet die Absage an jedwede Form totalitärer Ideologien, Programme, Parteien und Bewegungen.“

Die erste Enquete-Kommission konnte mit ihrer Arbeit eine beachtliche Öffentlichkeitswirksamkeit erreichen. Die Materialien dieser Kommission hat die Präsidentin des Bundestages, Rita Süßmuth, deshalb zu Recht als „einzigartiges Zeugnis der Vergewisserung gerade eben erlebter Vergangenheit“ bezeichnet.

In der 13. Legislaturperiode des Bundestages widmete sich dann die zweite Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im

Prozeß der deutschen Einheit“ dem Auftrag, „aufbauend auf den Ergebnissen der Vorgängerkommission, Beiträge zu einer politisch-historischen Analyse und einer politisch-moralischen Bewertung der SED-Diktatur (zu) leisten, den gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitungsprozeß (zu) fördern und für die Zukunft Vorschläge für seine Weiterführung zu machen“. Die Erträge der zweiten Kommission, einschließlich ihres Schlussberichts, wurden gleichfalls in einer Edition von umfangreichen vierzehn Bänden veröffentlicht.

## ZEICHEN DER NORMALISIERUNG

Die zweite Enquete-Kommission stand eindeutig nicht mehr in dem Maße im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses wie die erste, obwohl auch sie sehr gründlich gearbeitet hat: 117 Gutachten wurden eingeholt. Bundesbehörden und Sachverständige lieferten 43 Berichte. Bei 24 Anhörungen kamen 292 Politiker, auswärtige Sachverständige und Zeitzeugen zu Wort. Wenn trotz dieser Aktivitäten die zweite Enquete-Kommission weniger deutlich wahrgenommen wurde, dann war das auch ein Zeichen der Normalisierung im vereinigten Deutschland. Vieles von dem, was in der Arbeit der ersten Kommission noch sensationell wirkte, war in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre schon selbstverständlicher Bestandteil des antitotalitären Konsenses im vereinigten Deutschland.

Ob es der zweiten Kommission gelang, dazu beizutragen, „daß sich Menschen mit ihren unterschiedlichen Biographien im Einigungsprozeß besser wiederfinden“, wird sehr unterschiedlich beurteilt werden. Besonders schwierig war es, das Alltagsleben in der DDR und den neuen Ländern angemessen zu beschreiben. Die Analysen der Sozialwissenschaftler leisteten dazu wichtige Beiträge. Andererseits beharrten die eingeladenen Zeitzeugen aber auch immer wieder auf der Unverwechselbarkeit ihrer individuellen Biographien, die sich der wissenschaftlich-systematischen Erfassung verweigerten. Der wiederholte Appell Rainer Eppelmanns „Wir müssen uns voneinander erzählen“ fand nur begrenzte Resonanz.

Mit besonderer Aufmerksamkeit beschäftigte sich die zweite Enquete-Kommission mit den gesamtdeutschen Formen der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen und deren Opfer. Die damit verbundenen Probleme wurden insbesondere im Zusammenhang mit den Orten einer „doppelten Vergangenheit“ leidenschaftlich diskutiert: Darf man, muss man die Erinnerung an stalinistisches Unrecht der an die Verbrechen der Nationalsozialisten nachordnen? Die Kommission konnte dazu beitragen, die unterschiedlichen Opfergruppen und die Gedenkstättenleitungen miteinander ins Gespräch zu bringen und die Arbeiten an der „Gedenkstättenkonzeption“ des Bundes zu konkretisieren.

## WACHHALTEN DER ERINNERUNG

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur durch die Enquete-Kommissionen wird heute durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED fortgeführt. Mit der Gründung dieser Stiftung 1998 hat sich der Deutsche Bundestag mit großer Einmütigkeit – lediglich bei der PDS gab es eine Gegenstimme – dazu bekannt, welche Bedeutung er auch in Zukunft der Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland und der Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit zumisst.

Aufgabe der Stiftung Aufarbeitung, wie sie inzwischen allgemein genannt wird, ist es, „Beiträge zur umfassenden Aufarbeitung von Entstehung, Geschichte und Folgen der SED-Diktatur zu leisten sowie zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie, zur Festigung des antitotalitären Konsenses, zu einer demokratischen politischen Kultur und zur Vollendung der inneren Einheit Deutschlands beizutragen“ (Zwischenbericht).

Zahlreiche ehemalige Mitglieder der Enquete-Kommissionen beteiligen sich bis heute an der Tätigkeit der Stiftung. Deren Aufgabenfelder „Unterstützung von gesellschaftlichen Aufarbeitungsinitiativen und von Verbänden der Opfer der SED-Diktatur“, „Beratung und Hilfe für die Opfer der SED-Diktatur“, Unterstützung der „Auseinandersetzung mit der zweiten deutschen Diktatur und ihren Folgen im Vereinigungsprozess“, Förderung der „weiteren wissenschaftlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur“, Sicherung der „zahlreichen Dokumente und Materialien des Widerstandes und der Opposition gegen die SED-Diktatur“ sowie das Wachhalten der „Erinnerung an die Teilung Deutschlands und die Opfer des SED-Regimes“ spiegeln nicht nur sehr präzise die Anliegen der beiden Enquete-Kommissionen wider, sondern tragen auch entscheidend dazu bei, diese Aufgaben in der demokratischen Kultur des vereinigten Deutschland dauerhaft zu verankern.

### Literatur

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Neun Bände in 18 Teilbänden, Nomos Verlag, Baden-Baden 1995; Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1995.

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Acht Bände in 14 Teilbänden, Nomos Verlag, Baden-Baden 1999; Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1999.

# Der Aufarbeitung eine Zukunft!

—  
Plädoyer für eine Stärkung der  
Gedenkstätten im Forschungsverbund „SED-Unrecht“

### STEFAN DONTH

Geboren 1968 in Dresden,

Forschungsleiter der Gedenkstätte  
Berlin-Hohenschönhausen.

Im Mai 2017 jährt sich die Arbeitsaufnahme der ersten Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

zum 25. Mal. Begünstigt durch den offenen Aktenzugang, richteten seit 1990 zahlreiche Historikerinnen und Historiker ihren Fokus auf die Geschichte der DDR. Inzwischen wurden fast siebentausend Bücher zu dem Thema publiziert.

Doch erreicht das Wissen auch alle Bürger unseres Landes? Die anhaltende Diskussion etwa über die Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat war, offenbart Wissenslücken in der Gesellschaft. Die Konturen des Unrechtsstaates

verschwimmen immer mehr. Mehr als 26 Jahre nach dem Ende der DDR wächst die Sorge, dass die historische Erfahrung, in einer sozialistischen Gesellschaft zu leben, in Vergessenheit gerät. Insbesondere die Regierungsbeteiligung der Linkspartei in Brandenburg, Thüringen und Berlin sehen viele als Beleg dafür. Dass die Linkspartei einen ehemaligen hauptamtlichen Stasimitarbeiter zum Staatssekretär berief und diese Entscheidung bis heute verteidigt, lässt zahlreiche Bürger mit Unbehagen in die Zukunft blicken.

Der historische Auftrag der Enquete-Kommission bleibt deshalb aktuell. Wir müssen uns mehr anstrengen beim Kampf gegen das Vergessen des SED-Unrechtsregimes. Die Entscheidung des Deutschen Bundestages vom Herbst 2016, einen Forschungsverbund „SED-Unrecht“ zu errichten, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

## WERT DER FREIHEIT

Mit ihrer Initiative haben CDU-Forschungsexperte Michael Kretschmer und seine Fraktionskollegen ein wichtiges Signal gesetzt – gerade in Zeiten, in denen wir uns immer wieder damit auseinandersetzen müssen, dass viele Menschen den Wert der Freiheit und die Folgen der Unfreiheit aus dem Blick verlieren. Es ist gut, dass Bundesbildungsministerin Johanna Wanka jetzt bei der Umsetzung des Bundestagsbeschlusses großen Wert darauf legt, die richtigen Themen zu identifizieren, zukunftsfähige Strukturen zu schaffen und geeignete Orte für eine zeitgemäße Vermittlung neuer Forschungsergebnisse zu stärken.

Dabei ist die Konzentration auf das Thema „Unrecht“ keine Schwäche, sondern eine Stärke der DDR-Forschung. Der Forschungsverbund muss sich mit dem in der DDR begangenen Unrecht befassen und darf nicht Vorhaben zu beliebigen Aspekten der DDR-Geschichte fördern. Zu den wichtigsten thematischen Aufgaben gehören dabei die Ermittlung der Gesamtzahl der politischen Häftlinge während der SED-Diktatur und die Erarbeitung eines detaillierten Verzeichnisses der aus politischen Gründen Inhaftierten in den DDR-Haftanstalten. Weitere Themen aus dem Repertoire sozialistischer Herrschaftsausübung sind unter anderem Hinrichtungen durch sowjetische und DDR-Dienststellen, Enteignungen, Umsiedlungen und Deportationen, Studien- und Berufsverbote, schulische Repressalien (zum Beispiel Zulassungsbeschränkungen zum Abitur), Zersetzungsmaßnahmen, Repressalien in der SED und die Verfolgung von Mitgliedern der bürgerlichen Parteien – die Liste offener Fragen ist lang. Wichtig ist, dass die Forschung mit der Legendenbildung aufräumt, die Hauptschuld bei der Geheimpolizei, dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS), zu verorten. Ein solcher Ansatz lenkt von der eigentlichen Verantwortung der SED, der Vorgängerpartei der Linkspartei, ab.

Neben den richtigen Inhalten braucht die DDR-Forschung strukturelle Impulse. An den Universitäten spielt das Thema „SED-Unrecht“ kaum eine Rolle. Selbst junge Historiker haben große Wissenslücken. Ein Forschungsverbund muss die Weichen stellen, damit der Unrechtscharakter der zweiten deutschen Diktatur in der universitären Ausbildung künftigen Generationen junger Lehrer und Historiker vermittelt wird.

Juniorprofessuren und Postdoktoranden sind geeignete Instrumente zur Verbesserung der universitären Forschung und Lehre. Eine möglichst große Zahl von Studierenden und jungen Wissenschaftlern lässt sich sicherlich mit attraktiven Stipendienprogrammen dafür gewinnen, ihre akademischen Qualifizierungsarbeiten zu Themen des SED-Unrechts zu erstellen.

## ORTE DER VERFOLGUNG

Das größte Unrecht geschah im SED-Staat in den Haftanstalten. Bei einem neuen Forschungsverbund kommt deshalb den Gedenkstätten – den authentischen Orten der Verfolgung – eine Schlüsselrolle zu. Diese stehen für die konkrete lokale und physische Manifestierung des Unrechts. In den Gedenkstätten findet keine abstrakte Darstellung, sondern ein direkter Wissenstransfer vor allem an jüngere Besucher statt. Dieser Ansatz hat sich auch bei der ortsbezogenen Unrechtsforschung über den Nationalsozialismus etwa in den KZ-Gedenkstätten als erfolgreich erwiesen.

Die Gedenkstätten sind zentrale Orte zur Erforschung des SED-Unrechts, verfügen jedoch kaum über wissenschaftliches Personal. Die Forschungstätigkeit an Gedenkstätten sollte deshalb mithilfe von durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanzierten wissenschaftlichen Mitarbeitern und Volontariaten mit Promotionsmöglichkeit ausgebaut und großzügig gestärkt werden.

Notwendig ist darüber hinaus, die Gedenkstätten zum SED-Unrecht besser in die zeithistorische Forschung einzubinden und sie dazu bei der Vergabe von Fördermitteln bevorzugt zu unterstützen. Universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sollten nach Möglichkeit nur gemeinsam mit einer Gedenkstätte förderfähig sein und dazu entsprechende Verbünde bilden. Auf diese Weise wären auch kleinere Einrichtungen in der Lage, zentrale Fragestellungen ihrer Vermittlungsarbeit zum SED-Unrecht wissenschaftlich aufzuarbeiten.

Die Gedenkstätten wollen auch beim Transfer der Forschungsergebnisse in die Praxis mehr tun und neue Akzente setzen, damit der Forschungsverbund seine Wirkung nicht verfehlt. Für eine breite Vermittlung neuer Erkenntnisse in die Gesellschaft und die Aufklärung über das SED-Unrecht sind die Gedenkstätten als authentische Orte unverzichtbar. Es ist in gesamtgesellschaftlichem Interesse, wenn sich Bürgerinnen und Bürger mit der

Geschichte der sozialistischen Diktatur auseinandersetzen und sich mit den Schicksalen der Opfer dieses gescheiterten Gesellschaftsexperiments beschäftigen. In den Gedenkstätten entwickeln historisch interessierte Besucher ihr Meinungsbild im Gespräch mit Zeitzeugen, bei Veranstaltungen und beim Studium von Publikationen. Mit ihren modernen Bildungsangeboten tragen Gedenkstätten entscheidend zur Festigung demokratischer Werte bei.

## „DEN OPFERN GERECHT WERDEN“

Die authentischen Orte der Verfolgung gehören zu den Anziehungspunkten für immer mehr ausländische Touristen. Dort wird ihr Bild von der Bundesrepublik Deutschland als geschichtsbewusstem Land mit geprägt. Die Gedenkstätten reihen sich damit ein in eine Reihe von Orten mit diktatorischer Vergangenheit, die zahlreiche deutsche Städte und Gemeinden für viele so faszinierend machen: Weil sie anschaulich machen, dass die Freiheit, die in unserem Alltag zu spüren ist, am Ende über das Unrecht triumphiert.

Es liegt auf der Hand, dass erfolgreiche Aufarbeitung die Opfer der SED-Diktatur zu Wort kommen lässt, damit all den Menschen, die das sozialistische Unrecht zu erdulden hatten, endlich Gerechtigkeit widerfährt. Ein Forschungsverbund „SED-Unrecht“ wird seine Aufgaben nur erfüllen können, wenn er die Opfer in seine Tätigkeit einbindet. Es ist naheliegend, sie bei der Erarbeitung der Ausschreibungen und der Entscheidung über die Mittelvergabe zu beteiligen.

Ziel des Forschungsverbundes „SED-Unrecht“ muss es sein, das Bewusstsein dafür zu stärken, dass die DDR ein Unrechtsstaat war. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe – „den Opfern gerecht werden, aufklären über Ursachen und Folgen von Unrecht und das Bewusstsein für Demokratie und Menschenrechte stärken“ (Roland Jahn) – kann nirgendwo so effizient wie in den Gedenkstätten erfüllt werden.

# Geschichten- netzwerke und das postmoderne Wissen

Die Kunst des Erzählers Michael Köhlmeier

## MICHAEL BRAUN

Geboren 1964 in Simmerath,  
Leiter des Referates Literatur der  
Konrad-Adenauer-Stiftung Sankt  
Augustin und außerplanmäßiger  
Professor für Neuere Deutsche  
Literatur und ihre Didaktik an der  
Universität zu Köln.

Winston Churchill liebte es, beim Diktieren seiner Memoiren Zuhörer zu haben. Die Stenografistin reichte dafür nicht hin. Sie hatte genug mit dem Aufschreiben zu tun. Deshalb wurden auch Familienmitglieder und Freunde herbeizitiert. Bald blieb nur noch die zehnjährige Tochter Mary übrig. Als Churchill sah, wie seine Tochter auf die Geschichte blickte,

„als blätterte sie in einem Bilderbuch“, da blickte er auf die Geschichte wie sie.

Michael Köhlmeier, dem am 25. Juni der Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung 2017 verliehen wird, gibt diese Anekdote in seinem Roman *Zwei Herren am Strand* (Erstauflage 2014) wieder. Zwei Herren erzählen sich und uns ihre Geschichte, Geschichten aus dem 20. Jahrhundert. Es sind

Churchill und Chaplin, ein Politiker und ein Künstler, beide alt geworden und mit Nachruhm schon zu Lebzeiten gesegnet. Ein Biograph – den Köhlmeier als fiktive Figur in seinen Roman einschleust – macht sich daran, deren Leben zu erzählen. Er entdeckt Jahrhundertbiographien von unerbittlichem Ernst und von ebenso unerschütterlicher Komik. In ihnen kommt die Geschichte aus dem Museum der Moderne in das Atelier der Nachmoderne, um dort in spannende Geschichten verwandelt zu werden. „Die Weltgeschichte, so bombastisch sie auch mitunter auftritt, ist nur die Kulisse, vor der ein Mensch oder zwei Menschen oder ein halbes Dutzend einen Teil ihres Lebens leben. Man kann nur Geschichten von einzelnen Menschen erzählen, Geschichte als solche lässt sich nicht erzählen“, lässt Köhlmeier seinen Churchill sagen.

## VERWANDELN VON GESCHICHTE

Es gibt wohl kaum einen zeitgenössischen Schriftsteller, der sich des Erzählens mit einer solchen Vielfalt und Verve, mit Erfindungsgeist und Esprit angenommen hat, wie der am 15. Oktober 1949 in Hard am Bodensee geborene Michael Köhlmeier. Ein „natural born narrator“, so würdigt ihn die *Welt* (18. Oktober 2014), in Anspielung auf einen Filmtitel. Auf der epischen Klaviatur beherrscht er alle Tonlagen: von Romanen und Novellen über Libretti, Hör- und Drehbücher bis zu Nachdichtungen von biblischen Geschichten, antiken Mythen, Märchen und Shakespeare-Dramen.

Erzählen ist für Michael Köhlmeier das Zurüsten von Geschichte und Lebensstoff als Stories, die im doppelten Sinne gut sind, weil sie zeigen, wie die Literatur ans Werk geht und was sie mit uns beim Lesen und beim Zuhören anstellt. Etwas vom Geheimnis seiner Erzählkunst lüften Köhlmeiers Nachdichtungen. Die klassischen Sagen des Altertums, die ihm der Vater, und die Märchen, die ihm die Großmutter erzählte, faszinierten ihn trotz oder gerade wegen ihrer Verschiedenheit so sehr, dass er sie „erzählend weiterspinnen“ wollte. Im Nibelungenlied, das Hebbel zufolge stumm und taub ist, weil es nichts über das Innenleben seiner Helden preisgibt, interessiert ihn die Psychologie der Figuren. Und für die Dramen Shakespeares, der Harold Bloom zufolge den modernen Menschen erfunden hat, nimmt ihn der innere Reichtum der Figuren ein; in ihnen sei vorgegeben, „wie der Mensch zu lachen und zu weinen habe“.

## MYTHEN DES ALLTAGS

Mythen sind offene Zeichensysteme, die sich in ihrer Ausdrucksweise, als Botschaft entfalten. Wie Roland Barthes, der im Nahkampf mit der Popkultur die Mythen in den Alltag abwandern sah, überträgt auch Köhlmeier die alten

Geschichten in unsere Zeit: „Diese Sagen sind ein schwarzer, tiefer Spiegel, in dem wir uns immer wieder betrachten, weil er unser Bild sowohl in seiner Klarheit als auch in seiner Rätselhaftigkeit wiedergibt.“ Etwa die Geschichte der Odyssee, die Köhlmeier auf nur vierzehn Seiten so nacherzählt, dass ihre vielarmige Dramaturgie ebenso wie ihre Kernbotschaft zutage tritt: Es ist eine Heimkehr-, eine Abenteuer- und eine Liebesgeschichte. Odysseus irrt durchs Mittelmeer, Penelope wird von Freiern belagert, zwanzig Jahre hat sich das Ehepaar nicht gesehen, und doch ist nichts anderes als die gelingende Rückkehr die eigentliche Botschaft des Mythos.

Auch aus dem antiken Europa-Mythos schöpft Michael Köhlmeier in seinem *Großen Sagenbuch des klassischen Altertums* (1999) eine Geschichte von vielsagender Aktualität. Er konzentriert sich auf Europas Bruder Kadmos, der Sparta gründete, die Stadt der Krieger, und auf ihren Sohn Minos, den Vater der kretischen Kultur und der vorbildlichen Gesetzgebung. Die Entführung Europas hat so, folgt man Köhlmeiers Deutung, ambivalente Folgen. Der französische Schriftsteller und Übersetzer Mathias Énard kommt zu einer anderen Lesart. Bei der Verleihung des Leipziger Buchpreises zur europäischen Verständigung 2017 sagte er: „Europa war eine libanesisische Prinzessin, die an einem Strand bei Sidon von einem Gott des Nordens entführt wurde, der sie beehrte: Zeus. Europa, Tochter König Agenors, hat nie einen Fuß auf unsere Landstriche gesetzt. Europa hat ihr Leben im südöstlichen Mittelmeerraum zwischen Phönizien und Kreta verbracht. Europa ist eine illegale Einwanderin. Eine Ausländerin. Eine Kriegsbeute. Ihre Geschichte ist eine Mittelmeergeschichte, eine Geschichte von Begehren und Eroberung. Diese Metapher für die Geschichte Europas lehrt uns vieles: Wir tragen ihren Namen. Europa ist begehrenswert. Europa ist orientalisches.“

## LITERARISCHER LEBENSLAUF

„Ich bin“, schreibt Michael Köhlmeier, „in einer erzählsüchtigen Familie aufgewachsen und habe schon als Kind gewusst, dass ich gerne Schriftsteller werden möchte.“ Das vorliterarische Erzählen hat Köhlmeiers Entwicklung geprägt. Es umfasst Erfinden und Erinnern. Es ist gemeinschaftsbildend, verbindet die Generationen, muss aber aus der mündlichen Alltagspraxis in die individuelle Schriftform überführt werden, um Kunst zu sein. Das demonstriert der Roman *Bleib über Nacht* (1993), eine NachkriegsLiebesgeschichte über seine Eltern, die sich in Coburg begegnet sind.

Köhlmeier begann als Schüler im Kapuziner-Internat in Feldkirch zu schreiben, in einer Atmosphäre, die von Gruppendruck und Autoritätswettkämpfen geprägt war. Wie sehr Erzählen auch immer Staunen und Trösten ist, darüber gibt der Roman *Die Musterschüler* (1989) Auskunft. Der dritte frühe Schreibeinfluss – nach Elternhaus und Schule – war das Studium der

Germanistik in Marburg (1970 bis 1978); daneben studierte Köhlmeier Mathematik und Physik in Gießen und Frankfurt am Main. 1975 schickte Köhlmeier einen Text zum Rauriser Literaturwettbewerb, vergaß ihn und wurde daran erinnert, als er einen Brief erhielt, in dem stand, dass er den Preis gewonnen habe. Michael Köhlmeier setzte sich in seinen VW, fuhr nach Wetzlar, ging spazieren und entschied sich, ab nun Schriftsteller zu sein.

## ERZÄHLER ZUM HÖREN

Sein literarisches Schaffen begann mit den Originalton-Hörspielen, die er Anfang der 1980er-Jahre über Konflikte der Arbeitswelt und soziale Randgruppen schrieb. Ein Durchbruch war die Sammlung von Neuerzählungen von Sagen des klassischen Altertums (1995 bis 1998, fünfzehn CDs). Seit 2007 läuft eine Reihe von weiteren Neuerzählungen antiker Geschichten in einer achtzigteiligen Sendereihe des Bayerischen Rundfunks, gesendet von ARD-alpha.

In den Nacherzählungen von biblischen, antiken und germanischen Mythen, neben den Romanen der zweite Hauptstamm seines Werks, stehen Götterschwank und Kriegskatastrophe nebeneinander, es geschehen kalkulierte Abstürze vom Erhabenen ins Vulgäre und Banale, die Figuren werden psychologisch vertieft. Wenn der Erzähler jemand ist, der „dem Hörer Rat weiß“, dann ist Michael Köhlmeier ein weiser Erzähler; in den Mythen liegt die „epische Seite der Wahrheit“ (Walter Benjamin). Das zeigt sein jüngstes Buch *Wer hat dir gesagt, dass du nackt bist, Adam?* (2016). Orientiert an Grundfragen unserer Zeit, enthält der Band Märchen, Legenden und Geschichten über Helden aus Bibel und Antike, erzählt von Michael Köhlmeier und erklärt von dem Wiener Philosophen Konrad Paul Liessmann. Es geht um das Doppelgesicht der „Neugier“ in der biblischen Paradiesgeschichte, den fatalen Zusammenhang von „Gewalt“ und „Traurigkeit“, das „Daidalos-Prinzip“ der „Arbeit“: Unsere Arbeit ist die Lösung der (ökologischen, technischen, sozialen) Probleme, die uns die Maschinen hinterlassen, die wir zur Beschleunigung und Vereinfachung der Arbeit entwickelt haben.

## ERZÄHLEN MIT TIEFENWIRKUNG

Michael Köhlmeiers episches Werk zeichnet sich aus durch ein Erzählen, das souverän und gelassen ist und es, bei aller Sympathie für die Figuren, an kluger Weitsicht nicht fehlen lässt. Der Autor vertritt die Auffassung, dass „unbedingte Menschenliebe“ und „unbedingter Menschenhass“ den Blick des Erzählers trüben. Deshalb lässt er seine Figuren zwischen Hoffnung und Depression schwanken, führt sie an die Siegesstätten und auf die Schlachtfelder der Geschichte, gibt ihnen eine archetypische Tiefenstruktur. Sie ist ein

Grundmerkmal von Köhlmeiers Erzählen: „Wenn ich von einem Vater erzähle, und es schimmert dahinter ein Gedanke Abraham oder der Vater an sich, dann bekommt das eine ungemeine Tiefenwirkung, die jedes Erzählen rechtfertigt“, gab er am 12. März 1994 der Zeitung *Die Presse* zu Protokoll.

Der Roman *Abendland*, nominiert auf der Shortlist für den Deutschen Buchpreis 2007, erzählt eine Geschichte des 20. Jahrhunderts am Beispiel des fast hundertjährigen Mathematikers, Weltbürgers und Jazz-Fans Candoris (dem der Österreicher Leopold Vietoris Pate gestanden hat). Aufgezeichnet wird diese Lebensgeschichte von einem Schriftsteller. Beides – die Politik in der Geschichte und der persönliche Erzähler im Roman – sind wichtige Elemente von Köhlmeiers Kompositionskunst. Story und History, Faktum und Fiktion bilden eine epische Einheit. „Man kann nur Geschichten von einzelnen Menschen erzählen, Geschichte als solche lässt sich nicht erzählen“, schreibt Köhlmeier.

Das gleiche Prinzip bestimmt den Roman *Zwei Herren am Strand* (2016). Auch hier tritt ein Erzähler auf, der die verschlungenen Lebensgeschichten Charly Chaplins und Winston Churchills zusammenführt. Beide schließen einen Pakt: sich gegenseitig zu helfen, wenn einer von ihnen in schwere Depression verfällt. Der Roman ist, so die Kritik, ein „ausgefuchstes Fabulierspiegelspiel“ mit realen und erfundenen Quellen, eine Geschichte über eine weitgehend unbekannt gebliebene Freundschaft, die getragen wird durch den gemeinsamen, aber mit unterschiedlichen Mitteln geführten Kampf gegen Hitler. Die Frage nach Wahrheit und Täuschung, Gut und Böse grundiert auch den 2013 erschienenen Roman *Die Abenteuer des Joel Spazierers*, einen Schelmenroman über die Diktatoren und ihre Helfershelfer im 20. Jahrhundert.

Michael Köhlmeiers novellistisches Erzählen steht in der goetheschen Linie: Ein Problem wird pointiert, spannend inszeniert und in einer brüchigen Idylle aufgelöst. *Sunrise* (1994) ist eine Doppelgängergeschichte und moderne Adaption des *Ackermanns aus Böhmen* von Johannes von Tepl aus dem Jahr 1400. *Idylle mit ertrinkendem Hund* (2005), Buch der Stadt Köln 2013, ist eine Glückstrauererzählung, in der der Autor, unverschleiert wie selten zuvor, den Unfalltod der eigenen Tochter verarbeitet. 2016 erschien *Das Mädchen mit dem Fingerhut*, eine Coming-of-Age-Legende und eine provozierende Parabel auf die westeuropäische Einwanderungsgesellschaft, in der es nicht leicht fällt, zwischen Flüchtlingshelfer und Flüchtlingsopfer zu unterscheiden.

## REDAKTEUR DES MODERNEN WISSENS

Aus dem reichen Stoffvorrat der abendländischen Kulturgeschichte schöpft Michael Köhlmeier seine Geschichten, vom Volksmärchen über Legende, historische Sage, Schelmenroman, Erinnerungsfiktion und Generationenepos

bis zur zeitkritischen Novelle. Es geht um die Frage nach der Herkunft des Menschen und seiner christlich-humanen Wertorientierung angesichts der Herausforderungen der Gegenwart: Migration und Gewalt. Doch der Autor versteht sich nicht als Experte, der lehrt, was er weiß, sondern vielmehr als Philosoph, der nach dem fragt, was er nicht weiß. Michael Köhlmeier ist ein neugieriger Erzähler, ein Philosoph unter den Dichtern, ein Redakteur des postmodernen Wissens. Er rettet die „grands récits“, die Meta-Erzählungen von Heldenreise, Selbstaufklärung, Hermeneutik des Sinns, vor dem Vergessen. Jean-François Lyotard sah – in seinem auf Wunsch der kanadischen Regierung erstellten Bericht über den Zustand des postmodernen Wissens (1979) – diese europäischen Narrative in einer Zeit schwinden, die keine heroischen Subjekte mehr nötig hatte. Doch Köhlmeier legitimiert dieses Narrativ auf eine neue und einleuchtende Weise. Zwischen Tragödie und Idylle finden seine Erzählungen einen originellen Weg von poetischer Freiheit in politischer Verantwortung. Oder wie er es Churchill sagen lässt: Spannend ist eine Story dann, wenn es gelingt, sich erstens „verständlich auszudrücken, zweitens, das Narrative zu betonen und sich mit den Reflexionen zurückzuhalten“.

#### Literaturauswahl

Wer hat dir gesagt, dass du nackt bist, Adam?, mit Konrad Paul Liessmann, Hanser Verlag, München 2016, 224 Seiten, 20,00 Euro.

Das Mädchen mit dem Fingerhut, Hanser Verlag, München 2016, 144 Seiten, 18,90 Euro.

Zwei Herren am Strand, Taschenbuch, dtv Literaturverlag, München 2016, 272 Seiten, 9,90 Euro.

Die Abenteuer des Joel Spazierier, Taschenbuch, dtv Literaturverlag, München 2014, 656 Seiten, 14,90 Euro.

Bleib über Nacht / Geh mit mir. Zwei Romane (zuerst erschienen 1993 und 2000), Taschenbuch, dtv Literaturverlag, München 2010, 9,90 Euro.

Idylle mit ertrinkendem Hund, Taschenbuch, dtv Literaturverlag, München 2010, 112 Seiten, 8,90 Euro.

Sunrise. Erzählung, Taschenbuch, Haymon Verlag, Innsbruck 2010, 96 Seiten, 9,95 Euro.

Die Musterschüler, Taschenbuch, dtv Literaturverlag, München 2009, 602 Seiten, 14,90 Euro.

Abendland, Taschenbuch, dtv Literaturverlag, München 2008, 784 Seiten, 11,90 Euro.

Das große Sagenbuch des klassischen Altertums, Taschenbuch, Piper Verlag, München 2002, 640 Seiten, 14,00 Euro.

# Der Vater, die Macht und das Erbe

Anmerkungen eines Zeitzeugen zum Tagebuch des Monsignore Paul Adenauer

#### PETER MOLT

Geboren 1929 in Stuttgart, 1960 Leiter der Politischen Akademie Eichholz und gleichzeitig ab 1962 Leiter des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, ab 1966 Geschäftsführer des Deutschen Entwicklungsdienstes, später beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, zuletzt Beauftragter für die Partnerschaft des Landes Rheinland-Pfalz mit Ruanda sowie Lehrtätigkeit an der Universität Trier.

Konrad Adenauer – Der Vater, die Macht und das Erbe. Das Tagebuch des Monsignore Paul Adenauer 1961–1966, herausgegeben von Hanns Jürgen Küsters, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2017, 529 Seiten, 29,90 Euro.

Zum 50. Todestag Konrad Adenauers konnten die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus und die Konrad-Adenauer-Stiftung noch einmal eine neue Quelle zu seiner Lebensbeschreibung erschließen: das von Hanns Jürgen Küsters herausgegebene, mit einer Einführung versehene und vorzüglich bearbeitete Tagebuch des Adenauer-Sohns Monsignore Paul Adenauer (1923 bis 2007).

Die Notizen Paul Adenauers wurden erst im Jahr 2015 aufgefunden und waren wohl nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Sie sind weder ein durchgehender Kommentar noch eine umfassende Ergänzung zu den Memoiren Adenauers und den Biographien über ihn, zumal sie große zeitliche Lücken aufweisen, vor allem für die

letzten, ereignisreichen Monate der Kanzlerschaft Adenauers im Sommer 1963. Das lag wohl daran, dass Paul Adenauer damals die Leitung des Kölner Zentralinstituts für Ehe und Familienfragen übernahm, aber auch an den Erholungsaufenthalten seines Vaters in Cadenabbia. Die Tagebücher Paul Adenauers, der seit 1960 im Hause seines Vaters in Rhöndorf wohnte, geben jedoch einen interessanten und guten Einblick in die persönliche Welt Konrad Adenauers, in sein Wirken und seine Stimmungen in den letzten Regierungs- und Lebensjahren.

Ich habe in diesen Jahren den Bundeskanzler häufiger persönlich gesprochen und ihm im März 1962 zur Aufnahme der internationalen Arbeit der späteren Konrad-Adenauer-Stiftung ausführlich Bericht erstattet. Natürlich hatte ich keine detaillierte Einsicht in die Arbeit des Bundeskanzleramtes. Aber als Leiter der Politischen Akademie Eichholz ab April 1960 und ihres internationalen Instituts ab 1962 hatte ich durch den ständigen Kontakt zur Bundesgeschäftsstelle und zur Bundestagsfraktion einen guten Überblick über die damalige Situation der CDU, über die Stimmungen, die Machtkämpfe und Intrigen.

### ADENAUERS „HINAUSWURF“

Im Streit um die Nachfolge Konrad Adenauers und der mit seinem Rücktritt verbundenen personellen Erneuerung der CDU geriet die Partei intern in eine Krise, in der nicht nur persönliche Ambitionen, sondern auch die unterschiedlichen Auffassungen vor allem über die sicherheits-

und europapolitische Ausrichtung Deutschlands eine erhebliche Rolle spielten.

Die Tagebücher beschönigen die Konflikte nicht. Die Gespräche, die Adenauer mit seinem Sohn führte, spiegeln nicht nur seinen Groll wegen des erzwungenen Rücktritts als Bundeskanzler, seinen „Hinauswurf“, wider, sondern vor allem die Ängste eines großen alten Staatsmannes, der sein Lebenswerk gefährdet sieht und dagegen mit seinen letzten Kräften ankämpft. Der Sohn, der seinen Vater verehrt, bekräftigt oft noch dessen düstere Stimmungen, zumal er außer zur Sozial- und Familienpolitik kaum eigene Bewertungen und Meinungen beisteuern kann.

In seiner Einführung analysiert der Herausgeber die aus dem Tagebuch ersichtliche Stimmung Adenauers: „Nach der Bundestagswahl 1961 schwankt Konrad Adenauer zwischen Machterhalt und Selbstmitleid darüber, was ihm im hohen Alter noch zugemutet wird, zwischen Überdruß, alles hinwerfen zu wollen, und Kampfbereitschaft, sich nicht unterkriegen zu lassen, zwischen nicht loslassen können und physischer und psychischer Erschöpfung angesichts der Beanspruchungen. Er lamentiert und kokettiert gleichzeitig damit, was er sich mit der Wahl zum Kanzler nochmals selbst angetan hat. Diese innere Zerrissenheit ist spürbar.“

Bis zum September 1961 war Konrad Adenauer die unbestrittene Autorität in der CDU. Diese war damals noch eine „Honoratiorenpartei“ mit einer schwachen Organisation. Auch Meinungsumfragen spielten kaum eine Rolle. Wichtig waren die Veröffentlichungen in den Zeitungen, zumal auch das Fernsehen noch am Anfang stand. Der Parteivorsitzende hatte – im

Gegensatz zur späteren Ära Kohl – kaum Einfluss auf die Landesverbände und Parteigliederungen, seine Macht beruhte auf der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers, der Personalpolitik auf der zentralen Ebene und auf dem Ausbalancieren des Einflusses der jeweiligen „Provinzfürsten“.

### KAMPF UM DIE FÜHRUNG DER PARTEI

Die Verschiebung der Machtstrukturen begann mit der Bundestagswahl 1961, die zur zeitlichen Begrenzung seines Amtes führte und damit den Kampf um die zukünftige Führung der Partei auslöste. Die Richtlinienkompetenz war durch die FDP-Minister und die Ambitionen von Außenminister Gerhard Schröder, Verteidigungsminister Franz Josef Strauß und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard eingeschränkt. Die entscheidende Zäsur bildete natürlich der Rücktritt im Herbst 1963. Adenauer blieb zwar Bundesvorsitzender der CDU, aber bereits 1962 waren ihm Josef Hermann Dufhues als geschäftsführender Parteivorsitzender und Kai-Uwe von Hassel als dessen Stellvertreter zur Seite gestellt worden.

Die Sitzungen des Parteivorstands und die Parteitage, die zuvor den großen politischen Entscheidungen nur Beifall spenden durften, erwiesen sich für die neu beanspruchte Rolle Adenauers als ungenügendes Steuerungsorgan. Der Parteivorsitz war ein symbolisches Amt ohne Macht. Aus den Eintragungen im Tagebuch Paul Adenauers hat man den Eindruck, dass dieser das nicht realisierte und selbst sein Vater sich dieses grund-

legenden Einschnitts nicht immer bewusst war. Allenfalls über Vorträge, Interviews und persönliche Gespräche konnte er noch politischen Einfluss ausüben.

Natürlich war es übertrieben, dass Adenauer sein gesamtes Lebenswerk gefährdet sah. Der Wiedereintritt der Deutschen in die Gemeinschaft der freien Völker und seine internationale Anerkennung als wichtiger weltpolitischer Akteur wurden durch die triumphalen Besuche Präsident Charles de Gaulles vom 4. bis 9. September 1962 und Präsident John F. Kennedys vom 23. bis 26. Juni 1963 bestätigt.

Dem leidenschaftlichen Politiker Adenauer lag vor allem die Fortführung der engen Zusammenarbeit mit Frankreich und seinem Präsidenten de Gaulle am Herzen. Dessen Besuch wurde in der deutschen Öffentlichkeit als Aussöhnung einer jahrhundertalten Erbfeindschaft bejubelt, obwohl die deutsch-französische Zusammenarbeit letztlich auch der Logik der europäischen Nachkriegsentwicklung entsprach und deshalb mit einem Vertrag besiegelt wurde.

Adenauer warf seinem Nachfolger Ludwig Erhard vor, dies nicht zu erkennen und die deutsch-französische Freundschaft durch die demonstrative und einseitige Ausrichtung seiner Politik auf die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien zu gefährden: Bei Außenminister Schröder sah er zudem anti-französische Ressentiments. Die Gespräche zwischen Vater und Sohn zeigen jedoch, dass selbst Adenauer sich nicht immer sicher war, wie er de Gaulles Außenpolitik einschätzen sollte. Zwar blieb er dabei, dass jeglicher Zweifel an der deutsch-französischen Freundschaft die Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik infrage stelle und die Deutschen die enge Bindung an

Frankreich bräuchten. Gleichzeitig wuchsen bei ihm Zweifel an de Gaulles Politik.

Das Kernproblem der deutsch-französischen Zusammenarbeit, die Konrad Adenauer und Charles de Gaulle mit dem deutsch-französischen Vertrag 1963 festschreiben wollten, war, dass die langfristigen Motive de Gaulles und die Interessen Deutschlands unterschiedlich waren. De Gaulle, der, wie oft übersehen wird, den Algerienkrieg beendete und Frankreich von seinem Kolonialreich trennte, sich dabei aber von den USA mangelhaft unterstützt fühlte, wollte vornehmlich die weltpolitische Großmachtstellung Frankreichs wiederherstellen beziehungsweise bewahren. Für dieses Ziel sah er in der engen Bindung zwischen Frankreich und Deutschland einen wesentlichen Vorteil.

## DE GAULLES „GRÖSSENWAHNSINN“

Die Veränderung des deutsch-französischen Vertrags durch die vom Bundestag vorangestellte Präambel und seine missmutige Hinnahme durch die Regierung Erhard entwertete den Vertrag. De Gaulle sprach von einer vereinbarten, aber nicht vollzogenen Ehe. Seine folgenden Schritte, die Beendigung der Unterstellung der französischen Armee unter die NATO, der Streit mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und seine Politik des leeren Stuhls, der anschließende Luxemburger Kompromiss mit der europäischen Sonderrolle und der Flirt mit Polen und Russland sind aus dieser Enttäuschung heraus zu verstehen. Er betonte zwar immer wieder, dass Frankreich, wenn ein Weltkonflikt drohe, das erste Land bleibe,

das mit den Amerikanern solidarisch sei. Unter normalen Verhältnissen gelte es aber, der Abhängigkeit Europas von den Amerikanern ein Ende zu setzen. Wenn Adenauer gegenüber seinem Sohn vom „Größenwahnsinn“ de Gaulles sprach, meinte er wohl damit, dass er diese weitreichenden Ziele de Gaulles als zu ambitiös und unerreichbar einschätzte.

Auch Adenauer ging es bei der Intensivierung der Beziehungen zu Frankreich um die Stärkung des internationalen Status der Bundesrepublik, allerdings auf einer bescheideneren Ebene. Die Partnerschaft mit Frankreich sollte politische Zugeständnisse an die Sowjetunion, die er John F. Kennedy und Harold Macmillan zutraute, erschweren. Sie sollte aber auch die Widerstandsfähigkeit Deutschlands gegenüber den finanziellen Forderungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, mit denen er 1960/61 konfrontiert war und die später auch Erhard erhebliche Probleme bereiteten, stärken. Der Grundsatz, dass für die Sicherheit der Bundesrepublik die NATO eine zentrale Bedeutung habe, wurde selbstverständlich von ihm nie infrage gestellt. Trotz der zunächst enttäuschten Erwartungen und daraus resultierenden Spannungen hat der Élysée-Vertrag Bestand gehabt. Die beiden Völker kamen sich näher, und die gemeinsamen Beratungen der Regierungen zeitigten zwar keine großen Ergebnisse, vertieften aber das wechselseitige Verständnis.

## SORGE UM DIE CDU

Adenauers zweite große Besorgnis galt der CDU: Er beklagt, dass er zu wenig Macht habe, um eine Reform der Partei

anzustoßen, fühlt allenthalben, dass die Leute ihn nicht mehr fürchten, ihn nicht mehr achten, spürt, dass er sehr einsam und allein dasteht.

Die CDU befand sich in einem Umbruch – nicht nur durch den Abschied von ihrem langjährigen, dominierenden Parteivorsitzenden, sondern auch durch das Ausscheiden der letzten seiner vor 1900 geborenen politischen Weggenossen in der Weimarer Republik. Aber auch für die nächste Altersgruppe der zwischen 1900 und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs Geborenen, die erst in der Zeit des Nationalsozialismus ins Berufsleben eintraten und sich nach 1945 politisch engagierten, nahte das Ende ihrer politischen Karrieren, sie kamen allenfalls für einen Übergang infrage.

Es war die Generation der im Ersten Weltkrieg und in den Jahren danach Geborenen, die im Zweiten Weltkrieg zu meist als Soldaten gedient hatten, die jetzt in die Verantwortung drängten. Keiner von ihnen hatte sich allerdings so positionieren können, dass ihm der Parteivorsitz unbestritten zugefallen wäre. Dies war der Grund, dass 1966 gegen den Willen Adenauers und seiner immer noch zahlreichen Anhänger Bundeskanzler Ludwig Erhard, obwohl auch schon 66 Jahre alt, zum CDU-Vorsitzenden gewählt wurde, allerdings eingeehgt von Rainer Barzel als stellvertretendem Vorsitzenden und Bruno Heck als geschäftsführendem Präsidiumsmitglied. Für die Wahl Hecks spielte die Unterstützung Adenauers eine maßgebliche Rolle.

Im Gegensatz zur falschen Einschätzung der Macht des Parteivorsitzenden steht die Treffsicherheit Adenauers in der Beurteilung der politischen Qualitäten seiner Gegner und seiner Unterstützer.

Erhard und Schröder wurden von ihm abgelehnt, Strauss, Dufhues, Rasner und Barzel werden von ihm – aus späterer Sicht berechtigt – kritisch gesehen.

Bemerkenswert ist sein Urteil über den späteren langjährigen Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung Bruno Heck. Paul Adenauer berichtet dazu: „Sicher ist, dass die CDU nicht gerettet werden kann ohne eine feste Parteispitze, die es bisher eben nie richtig gab. Vater glaubt, dass dazu auch ein Bundesgeschäftsführer oder ein Mann als geschäftsführendes Vorstandsmitglied mit entsprechendem Format gehört. Heck ist der einzige, dem er das zutraut. Nur sei der als Schwabe etwas langsam. Aber er sei bereit, sein Ministerium und seinen Abgeordnetensitz dafür aufzugeben und sich dieser Aufgabe zu widmen.“ Diese Aufgabe hat Heck meisterlich erfüllt, indem er als geschäftsführendes Präsidiumsmitglied und dann als Generalsekretär von 1966 bis 1971 die Voraussetzungen für die Erneuerung der Bundespartei unter Helmut Kohl, Heiner Geißler, Gerhard Stoltenberg, Manfred Wörner und anderen schuf.

Das eigentliche Lebenswerk Konrad Adenauers – die Konsolidierung der Bundesrepublik Deutschland und der europäische Zusammenschluss – reicht, wie wir heute wissen, über die Gründung und Führung der CDU und die Zusammenarbeit mit Frankreich weit hinaus. Aber auch für diese Weichenstellungen, die Konrad Adenauer in den letzten Lebensjahren so leidenschaftlich bewegten, wirkten sein Urteil und sein Wirken noch viele Jahre nach seinem Tod am 19. April 1967 fort.

## „Afrikanische Freunde“

In memoriam Otto Lenz

(\* 6. Juli 1903 in Wetzlar, † 2. Mai 1957 in Neapel)

Am 25. März 2017 jährte sich zum 60. Male der Jahrestag der Unterzeichnung der „Römischen Verträge“ zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Im Umfeld dieses Datums war viel davon die Rede, zur Bekämpfung der Fluchtursachen in den Ländern südlich der Sahara bedürfe es einer engeren Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten dieser Region. Langjährige Verbindungen zwischen der Europäischen Union und diesen Staaten gab es bereits.

Am 2. Mai 2017 jährte sich auch zum 60. Mal der Todestag unseres Vaters Dr. Otto Lenz. Ursache für seinen frühen Tod war eine Malariainfektion, die er sich auf einer Reise zugezogen hatte, die der Herstellung von Beziehungen zwischen der EWG und Ländern Französisch-Westafrikas dienen sollte. Es handelte sich um Senegal, Mauretanien, Guinea, die Elfenbeinküste, Französisch-Sudan (heute Mali), Obervolta (Burkina Faso), Dahomey (Benin) und Niger.

Die Reise einiger Abgeordneter aus den EWG-Staaten führte von Dakar unter anderem über Conakry, Abidjan, Lomé und Niamey nach Algier und dauerte vom 6. bis 19. April 1957. Die Teilnehmer kamen aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden. Im Reisebericht werden die Abgeordneten Giacomo Matteotti (Italien), Marinus van der Goes van Naters (Niederlande) und Hermann Höcherl (CSU) namentlich erwähnt.

Die Parlamentarier wollten Fragen eines Assoziierungsvertrags und die Entwicklungsmöglichkeiten des entstehenden „Gemeinsamen Marktes“ prüfen, zu dem auch Afrika „dazugehören“ sollte. Die Gruppe traf mit führenden Politikern aus Westafrika zusammen, wie dem Bürgermeister von Dakar, Amadou Lamine-Guèye, und dem Bürgermeister von Abidjan, Félix Houphouët-Boigny (im Reisebericht unseres Vaters als „M. Homphonet“ bezeichnet). Beide sollten im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit ihrer Länder eine bedeutende Rolle spielen. Unser Vater hat wohl als CDU-Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages und der Beratenden (heute: Parlamentarischen) Versammlung des Europarates an der Reise teilgenommen.

Die Ratifizierung des EWG-Vertrages hat unser Vater nicht mehr erlebt, aber die von ihm verfolgte Politik wurde fortgesetzt. Sein Nachfolger im Auswärtigen Ausschuss

wurde der bisherige Stellvertreter Hans Furler. Der EWG-Vertrag wurde vom Bundesrat einstimmig und vom Bundestag mit den Stimmen der oppositionellen SPD und unter anderem gegen die Stimmen der oppositionellen FDP angenommen und trat am 1. Januar 1958 in Kraft.

Im Frühjahr 1958 wurde die „Gemeinsame Versammlung“ der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) entsprechend dem „Abkommen über gemeinsame Organe für die europäischen Gemeinschaften“ umgebildet, für das sich Hans Furler sehr eingesetzt hatte. Diese Versammlung nahm den Namen „Europäisches Parlament“ an und bildete einen Ausschuss für die Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete, zu dessen Vorsitzendem der FDP-Abgeordnete Walter Scheel bestimmt wurde. 1960 wurde Hans Furler zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt.

Wenige Tage später beschloss das Parlament, eine gemeinsame Konferenz mit den Parlamenten Madagaskars und derjenigen Staaten Afrikas durchzuführen, die vor ihrer Selbstständigkeit von Frankreich, Belgien, Italien und den Niederlanden abhängig gewesen waren.

Die erste vorbereitende Zusammenkunft europäischer und überseeischer Parlamentarier fand im Januar 1961 in Rom, die zweite im Mai 1961 in Bonn statt, die erste Plenarkonferenz im Juni 1961 in Straßburg, jeweils auf der Grundlage der Gleichberechtigung beider Seiten. Präsident Furler sprach immer von „unseren afrikanischen Freunden“. Zu den Ergebnissen der Konferenz gehörte die Schaffung eines „Ständigen Paritätischen Ausschusses“, der abwechselnd in Straßburg und Übersee zusammentritt.

Der Kreis der assoziierten Staaten ist in der Folgezeit immer weiter ausgedehnt worden und umfasst heute 79 sogenannte AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik). Kennzeichnend für diese, auf die Entwicklung der Teilnehmerstaaten zielende Partnerschaft ist die Beteiligung der Parlamente an dem institutionellen Rahmen der Vereinigung.

Wenn sich die EU-Institutionen und Mitgliedstaaten jetzt mit den Staaten südlich der Sahara treffen, um die Ursachen der Fluchtbewegung zu bekämpfen, treffen sie auf eine jahrelange Zusammenarbeit, die ihren Ursprung in der Reise jener Delegation von 1957 hat, die die mit der EWG zu assoziierenden westafrikanischen Gebiete besucht hat.

Hinweis der Redaktion: Otto Lenz war 1945 Mitgründer der CDU in Berlin. In der Zeit des Nationalsozialismus unterstützte er den Widerstand. Nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 war Lenz verhaftet und vom Volksgerichtshof zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden. 1951 bis 1953 war er als Staatssekretär Chef des Bundeskanzleramtes, 1953 bis zu seinem Tod Mitglied des Deutschen Bundestages. 1955 wurde er Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates. 1956 begründete er gemeinsam mit Erich Peter Neumann „Die Politische Meinung“.

*Carl Otto und Marlene Lenz*

*Carl Otto Lenz war seit 1959 Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments und hat in dieser Eigenschaft 1961 an den Konferenzen von Rom und Straßburg teilgenommen. Er war von 1965 bis 1984 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1984 bis 1997 Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof. Marlene Lenz gehörte von 1979 bis 1999 dem Europäischen Parlament an, in dem sie Vorsitzende des Ausschusses für die Rechte der Frau und des Unterausschusses für Menschenrechte war.*

### 4.000 QUADRATMETER EUROPÄISCHE GESCHICHTE

In Brüssel ist am 4. Mai 2017 das Haus der Europäischen Geschichte eröffnet worden. Rund ein Jahrzehnt zuvor hatte Hans-Gert Pöttering unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten des Europäischen Parlaments angeregt, „einen Ort der Erinnerung und der Zukunft“ zu schaffen, in der die „Idee Europas weiter wachsen kann“.

Rückblickend beschrieb Pöttering die Realisierung des Projekts als „Marathonlauf mit vielen Schwierigkeiten“. Zehn Wissenschaftler aus acht Ländern gestalteten die Dauerausstellung. Verschiedenste nationale Erinnerungskulturen mussten sich zu einer verbindenden europäischen Sicht auf die Geschichte annähern. Dass dies gelungen ist, könnte man in einer Zeit, in der viele an der Zukunft der Europäischen Union zweifeln, als ein Zeichen des fortbestehenden Einigungswillens werten.

Rechtes Bild: Innenansicht des Hauses der Europäischen Geschichte. © REUTERS / Eric Vidal  
Unteres Bild: Eröffnung des Hauses der Europäischen Geschichte am 4. Mai 2017 durch Hans-Gert Pöttering (links) und den aktuellen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani (rechts).  
© European Union 2017 / Javier Bernal Revert



Die nächste Ausgabe erscheint im August 2017  
zum Thema

## Christentum

### Zur Bedeutung einer Weltreligion

Mit Beiträgen unter anderen von Jacqueline Boysen, Rainer Bucher,  
Ahmet Cavuldak, Klaus Mertens und Annette Schavan.

#### IMPRESSUM

Nr. 544, Mai/Juni 2017, 62. Jahrgang, ISSN 0032-3446

#### DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

#### Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering  
und Bernhard Vogel

#### Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

#### Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur)  
Ralf Thomas Baus (Redakteur)  
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)  
Pia Grundheber (Redaktionsassistentin i. V.)

#### Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin  
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin  
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92  
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10  
ralf.baus@kas.de  
cornelia.wurm@kas.de  
www.politische-meinung.de

#### Redaktionsbeirat

Alexander Brakel, Ulrike Hospes,  
Paul Linnarz, Matthias Schäfer

#### Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,  
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück  
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34  
Faxnummer: (05 41) 31 04 11  
C.Brinkmann@fromm-os.de

#### Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG  
Breiter Gang 10-16, 49074 Osnabrück

#### Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH  
Agentur für Markenentwicklung, Berlin  
www.stanhema.com

#### Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.  
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €  
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten  
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-  
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern  
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines  
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen  
über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Poli-  
tischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten  
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch  
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich  
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch  
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



## Cadenabbia und der Comer See

Adenauers Villa La Collina – kulturpolitische  
Begegnungsstätte von europäischer Ausstrahlung  
Reiseführer: Genießen, Wandern und Entspannen

Ein MERIAN Solitaire –  
herausgegeben von der  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
und TRAVEL HOUSE MEDIA  
GmbH, 2016,  
2. vollständig überarbeitete  
Ausgabe

208 Seiten mit zahlreichen  
Schwarz-Weiß-Fotos von  
Adenauers Aufhalten am  
See sowie aktuellen Bildern.  
Stadtpläne von Como und  
Bellagio, Straßenkarte  
Comer See.  
ISBN 978-3-8342-2069-1  
Preis: 14,99 Euro  
Bestellen Sie  
versandkostenfrei bei der  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
per E-Mail an  
publikationen@kas.de oder  
per Fax 0 22 41/24 65 22 64

Der erste Teil des Reiseführers erzählt die  
Geschichte des Sees, schildert Adenauers  
Aufenthalte in Cadenabbia, lässt Zeit-  
zeugen zu Wort kommen und bietet  
Informationen über die Villa La Collina –  
damals Adenauers Feriendomizil, heute  
internationaler Ort der Begegnung und  
Hotel für Individualreisende.

Der zweite Teil blättert die vielfältigen  
touristischen Reize des Comer Sees auf:  
die Stadt Como, prunkvolle Villen und  
hübsche Dörfer, das malerische Bellagio  
u. v. m. Sechs Wanderungen führen zu  
jahrhundertealten Stätten und eröffnen  
wundervolle Ausblicke.

Auf Wiedersehen in Cadenabbia!



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

